



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

01 | 2016

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Energiebilanz

Haushalte und Familien

Öffentliche Verschuldung



Fotonachweis

Titelfoto: Beate Bayer

Im Jahr 2014 lebten in Rheinland-Pfalz insgesamt 583 600 Familien mit 952 100 ledigen Kindern jeden Alters. Im Vergleich zum Jahr 2004 nahm die Zahl der Familien damit um 8,3 Prozent ab. Auch die Zahl der Kinder sank deutlich (–11 Prozent). Im Mittel lebten 2014 in jeder Familie 1,63 Kinder.

Beilagen: Faltblätter „Mikrozensus“ und „Bauen und Wohnen“

01 | 2016

STATISTISCHE MONATSHEFTE

69. Jahrgang

kurz + aktuell	3
Industrie ■ Baugewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Insolvenzen Gewerbemeldungen ■ Dienstleistungen ■ Tourismus Handwerk ■ Soziales ■ Bildung ■ Justiz ■ Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	21
Verbraucherpreise	23
Rheinland-Pfalz in Karten: Bestockte Rebfläche 2014 nach Verwaltungsbezirken	24
Energiebilanz – Grundlage für das Energiemonitoring in Rheinland-Pfalz	25
Haushalte und Familien 2014 – Durchschnittlich 2,1 Personen in jedem Haushalt	33
Öffentliche Verschuldung – Ergebnisse der Schuldenstatistik 2014	40
Daten zur Konjunktur	48
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	81
Neuerscheinungen	97

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Anstieg der Industrieproduktion im Oktober 2015

Im Oktober 2015 ist die rheinland-pfälzische Industrieproduktion leicht gestiegen. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex war im Berichtsmonat um 0,3 Prozent höher als im September. Zugleich lag der Index um 6,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Die drei umsatzstärksten Bereiche entwickelten sich unterschiedlich: Die Chemische Industrie, die größte Branche des Verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz, weitete ihre Produktion im Oktober gegenüber dem Vormonat um 6,8 Prozent aus. Der Output war 8,6 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Damit liegt der Güterausstoß der Chemischen Industrie nach drei Monaten mit deutlichen Rückgängen wieder über dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats. Im Fahrzeugbau, der Branche mit dem zweitgrößten Umsatzanteil, stieg die Produktion im Vergleich zum Vormonat leicht um 0,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat war eine Zunahme um 8,3 Prozent zu verzeichnen. Im Maschinenbau war der Güterausstoß niedriger als im Vormonat (-3,4 Prozent). Im Vergleich zum Oktober 2014 fiel der Output ebenfalls geringer aus (-3,8 Prozent).

In der Konsumgüterindustrie ergab sich im Oktober zwar ein Produktionsrückgang um 4,6 Prozent, trotzdem lag der Güterausstoß um 15 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, was u. a. auf einen Sondereffekt in einem Teilbereich der Branche zurückzuführen ist.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe/Branche	Okt. 2015		Jan. bis Okt. 2015	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Sep. 2015	Okt. 2014	Jan. bis Okt. 2014	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	0,3 % ↗	6,4 % ↑	4,6 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	2,8 % ↑	5,4 % ↑	-2,2 % ↓	
Investitionsgüterproduzenten	-0,5 % ↘	2,0 % ↑	3,9 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	-4,6 % ↓	14,7 % ↑	23,1 % ↑	
Chemie	6,8 % ↑	8,6 % ↑	-5,2 % ↓	
Fahrzeugbau	0,5 % ↗	8,3 % ↑	3,3 % ↑	
Maschinenbau	-3,4 % ↓	-3,8 % ↓	4,8 % ↑	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	1,6 % ↗	7,3 % ↑	5,0 % ↑	
Inland	1,2 % ↗	3,6 % ↑	2,7 % ↑	
Ausland	1,6 % ↗	9,9 % ↑	6,5 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	1,0 % ↗	0,7 % ↗	-1,9 % ↘	
Investitionsgüterproduzenten	-4,5 % ↓	-1,4 % ↘	6,0 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	24,4 % ↑	92,0 % ↑	38,9 % ↑	
Chemie	1,9 % ↗	4,0 % ↑	-1,4 % ↘	
Fahrzeugbau	-8,5 % ↓	-14,6 % ↓	7,6 % ↑	
Maschinenbau	-2,8 % ↓	10,7 % ↑	2,7 % ↑	

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

Mehr Auftragseingänge der Industrie im Oktober 2015

Im Oktober 2015 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie leicht gestiegen. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex lag um 1,6 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Aus dem In- und Ausland gingen mehr Bestellungen ein als im September (Inland: +1,2 Prozent; Ausland: +1,6 Prozent). Gegenüber

dem Vorjahresmonat erhöhten sich die Auftragseingänge um 7,3 Prozent. Die Nachfrage aus dem Inland war um 3,6 Prozent und das Ordervolumen aus dem Ausland um 9,9 Prozent höher als im Oktober 2014.

In den drei umsatzstärksten Branchen des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes entwickelte sich die Nachfrage unterschiedlich. In der Chemischen Industrie gingen 1,9 Prozent mehr Bestellungen ein als im

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

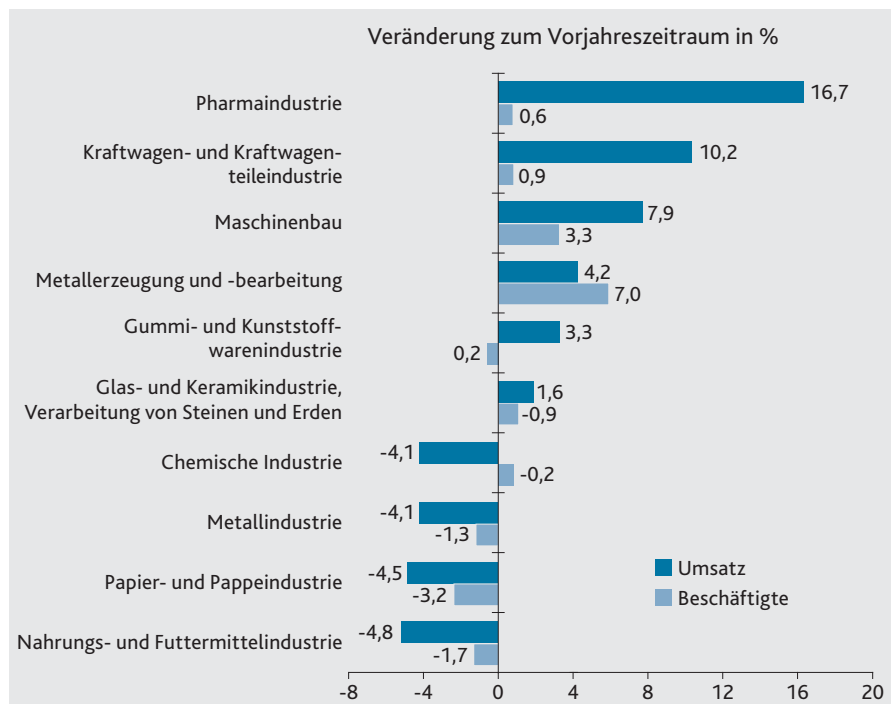


September. Zugleich lag das Ordervolumen auch um vier Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Fahrzeugbau wies dagegen einen deutlichen Rückgang der Auftragseingänge auf: Im Vergleich zum Vormonat gab es ein Minus von 8,5 Prozent; gegenüber dem Vorjahresmonat wurde sogar ein Rückgang um 15 Prozent registriert. Dies dürfte insbesondere mit einer schwächeren Nachfrage aus dem Ausland zusammenhängen. Im Maschinenbau blieb der bereinigte Auftragseingangsindex im Berichtsmonat 2,8 Prozent hinter dem Vormonatsergebnis zurück. Im Vergleich zum Vorjahresmonat erhöhte sich die Nachfrage dagegen um elf Prozent. Ein starkes Plus gab es in der Konsumgüterindustrie: Dort fiel das Ordervolumen im Oktober um 24 Prozent höher aus als im September. Zugleich lagen die Bestellungen 92 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats; hierbei spielte neben der günstigen Entwicklung der Konsumgüternachfrage ein Sondereffekt in einem Teilbereich der Branche eine Rolle.

Industrie weiterhin mit Umsatz- und Beschäftigtenplus – Zuwächse konzentrieren sich auf das Auslandsgeschäft

Die rheinland-pfälzische Industrie erwirtschaftete von Januar bis Oktober 2015 höhere Umsätze als im Vorjahreszeitraum. Die Industrieunternehmen erzielten Erlöse in Höhe von 72,6 Milliarden Euro, was einen Anstieg um 1,6 Prozent gegenüber den ersten zehn Monaten des Vorjahres bedeutete (Deutschland:

Umsätze Januar bis Oktober und Beschäftigte im Oktober 2015 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



+1,9 Prozent). In sechs von zehn Monaten – im März und April sowie von Juni bis September – waren die Umsätze höher als im jeweiligen Vorjahresmonat; im Oktober 2015 waren sie um 1,6 Prozent geringer als ein Jahr zuvor.

Das Auslandsgeschäft entwickelte sich in den ersten zehn Monaten günstig. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum war eine Umsatzsteigerung um 3,4 Prozent zu verzeichnen (Deutschland: +5,1 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag mit 56 Prozent (Deutschland: 49,4 Prozent) um einen Prozentpunkt höher als im Vorjahreszeitraum. Die Inlandsumsätze blieben hingegen hinter dem Niveau des Vorjahreszeitraums zurück (-0,6 Prozent; Deutschland: -1 Prozent).

Im Oktober wurden in der Industrie 254 900 Beschäftigte gezählt, das waren rund 1 900 bzw. 0,8 Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +0,9 Prozent). Von Januar bis Oktober 2015 wurden 325,4 Millionen Arbeitsstunden geleistet, was einem Zuwachs um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht (Deutschland: +0,7 Prozent).

Sechs der zehn umsatzstärksten Industriebranchen konnten in den ersten zehn Monaten 2015 ihre Umsätze steigern. Die Erlöse der Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen sowie der Produzenten von Kraftwagen und Kraftwagenteilen wiesen zweistellige Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf (+17 bzw.

+10 Prozent). Diese beiden Branchen profitierten insbesondere von einem guten Auslandsgeschäft. Der Maschinenbau folgte an dritter Stelle mit einem Plus von 7,9 Prozent, zu dem In- und Auslandsumsatz gleichermaßen beitrugen. Die Chemische Industrie musste hingegen einen Erlösrückgang um 4,1 Prozent hinnehmen, da die In- und Auslandsumsätze unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums lagen. Die höchsten Einbußen registrierten die Hersteller von Metallzeugnissen (-4,8 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich in den wichtigsten Branchen unterschiedlich. Sechs der zehn Wirtschaftszweige verzeichneten einen Anstieg der Beschäftigtenzahl. Den höchsten Zuwachs gegenüber Oktober 2014 gab es im Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung (+7 Prozent); dahinter folgte der Maschinenbau (+3,3 Prozent). In vier Branchen nahm die Beschäftigtenzahl ab; den deutlichsten Rückgang verzeichneten die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (-3,2 Prozent).

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im Oktober 2015 höher als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Oktober 2015 mehr Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge stiegen im Vergleich zum September 2015 – kalender- und saisonbereinigt – um 3,9 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz verbesserte sich leicht um ein Prozent. In den ersten zehn Monaten 2015 lagen die Auf-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Okt. 2015		Jan. bis Okt. 2015
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Sep. 2015	Okt. 2014	Jan. bis Okt. 2014
Auftragseingang	3,9 % ↑	5,9 % ↑	-1,6 % ↓
Hochbau insgesamt	31,0 % ↑	20,7 % ↑	2,0 % ↑
Wohnungsbau	-3,3 % ↓	37,4 % ↑	21,6 % ↑
gewerblicher Hochbau	21,9 % ↑	6,7 % ↑	-5,1 % ↓
öffentlicher Hochbau	170,5 % ↑	15,2 % ↑	-6,3 % ↓
Tiefbau insgesamt	-14,7 % ↓	-7,0 % ↓	-5,0 % ↓
gewerblicher Tiefbau	9,6 % ↑	21,9 % ↑	-2,4 % ↓
öffentlicher Tiefbau	-24,2 % ↓	-17,4 % ↓	-11,5 % ↓
Straßenbau	-16,6 % ↓	-12,7 % ↓	-3,0 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	1,0 % ↗	0,4 % ↗	-3,7 % ↓
Hochbau insgesamt	-1,4 % ↓	0,6 % ↗	-7,3 % ↓
Wohnungsbau	0 % →	7,8 % ↑	-4,9 % ↓
gewerblicher Hochbau	-3,5 % ↓	-6,6 % ↓	-7,5 % ↓
öffentlicher Hochbau	1,2 % ↗	3,4 % ↑	-10,2 % ↓
Tiefbau insgesamt	2,3 % ↑	0,1 % ↗	-0,1 % ↓
gewerblicher Tiefbau	0,3 % ↗	6,4 % ↑	22,1 % ↑
öffentlicher Tiefbau	2,7 % ↑	5,1 % ↑	1,3 % ↗
Straßenbau	1,5 % ↗	-5,0 % ↓	-9,4 % ↓

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

tragseingänge um 1,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Umsätze waren um 3,7 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum.

Gegenüber September 2015 erhöhte sich die Nachfrage nach Bauleistungen im Hochbau um 31 Prozent. Im Tiefbau gab das Ordervolumen um 15 Prozent nach. Für den öffentlichen Hochbau errechnete sich eine sprunghafte Steigerung der kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge (+170 Prozent), die allerdings auf einen rein „rechnerischen“ Effekt zurückzuführen ist: In diesem Jahr blieb der saisonal übliche kräftige Anstieg der Auftragseingänge im September sowie der darauffolgende starke Rückgang im Oktober aus. Im gewerblichen Hoch- und Tiefbau

waren ebenfalls Zuwächse zu verzeichnen (+22 bzw. +9,6 Prozent). Dagegen blieben vor allem im öffentlichen Tiefbau sowie im Straßenbau die Auftragseingänge deutlich hinter dem Vormonatsergebnis zurück (-24 bzw. -17 Prozent).

Im Vergleich zu den ersten zehn Monaten 2014 stiegen die Auftrags-eingänge im Hochbau um zwei Prozent. Im Tiefbau wurde ein Rückgang des Ordervolumens um fünf Prozent registriert.

Gegenüber September 2015 verringerten sich die Erlöse im Hochbau leicht (-1,4 Prozent). Dagegen verbesserten sich die Umsätze im Tiefbau (+2,3 Prozent). Lediglich der gewerbliche Hochbau verzeichnete

sinkende Umsätze (–3,5 Prozent), im Wohnungsbau gab es keine Veränderung. Die übrigen Baubereiche meldeten leichte Umsatzzuwächse. Den höchsten Anstieg im Vormonatsvergleich registrierte der öffentliche Tiefbau (+2,7 Prozent).

Im Vergleich zu den ersten zehn Monaten 2014 kam es im Hochbau zu einem deutlichen Rückgang des baugewerblichen Umsatzes (–7,3 Prozent). Im Tiefbau gab es im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nur eine geringfügige Veränderung (–0,1 Prozent).

Industriebetriebe investieren 2014 zum fünften Mal in Folge mehr als im Vorjahr

Die Investitionen der rheinland-pfälzischen Industrie sind 2014 erneut gestiegen und lag damit zum fünften Mal in Folge über dem Niveau des jeweiligen Vorjahres. Die Industriebetriebe des Landes tätigten Investitio-

nen in Höhe von knapp 3,1 Milliarden Euro, das waren 53,2 Millionen Euro bzw. 1,8 Prozent mehr als 2013. Die Investitionsquote, die die Investitionen zum Umsatz in Beziehung setzt, legte 2014 um 0,1 Prozentpunkte auf 3,4 Prozent zu. Die Investitionsneigung der rheinland-pfälzischen Betriebe war leicht überdurchschnittlich – in Deutschland belief sich die Investitionsquote auf 3,3 Prozent (+0,1 Prozentpunkte gegenüber 2013).

Der Hauptanteil der Bruttoanlageinvestitionen entfiel mit gut 2,7 Milliarden Euro auf Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung, was ein Plus von 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete. In Grundstücke und Gebäude wurde weniger investiert als 2013; das Investitionsvolumen lag bei 343 Millionen Euro (–15 Prozent).

In der Chemischen Industrie waren die Investitionen am höchsten. Sie beliefen sich 2014 auf 1,2 Milliar-

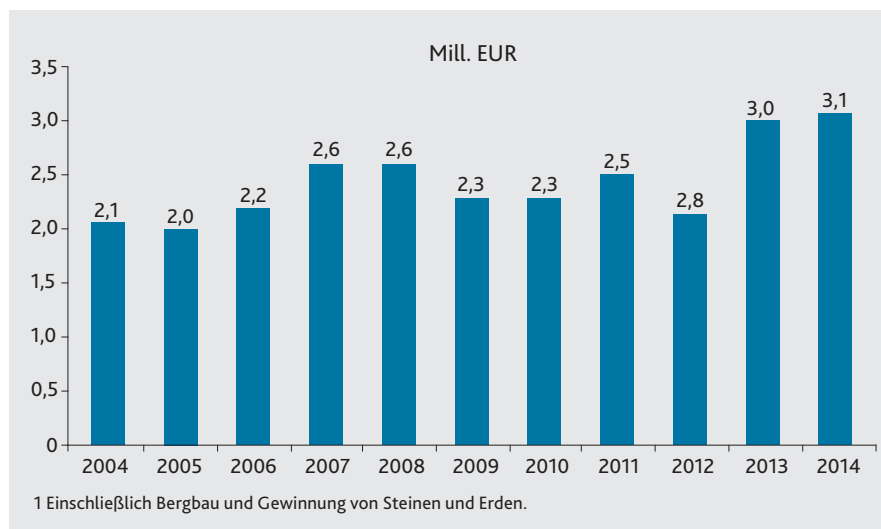
den Euro; das waren 40 Prozent des gesamten Investitionsvolumens der Industrie. An zweiter Stelle folgten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit Investitionen im Wert von 215 Millionen Euro, was einem Anteil von sieben Prozent entspricht. An dritter Stelle standen die Produzenten von Gummi- und Kunststoffwaren, die Investitionen im Wert von 204 Millionen Euro tätigten (Anteil: 6,6 Prozent).

Zahl der Betriebe im Bauhauptgewerbe rückläufig, aber Beschäftigung stabil

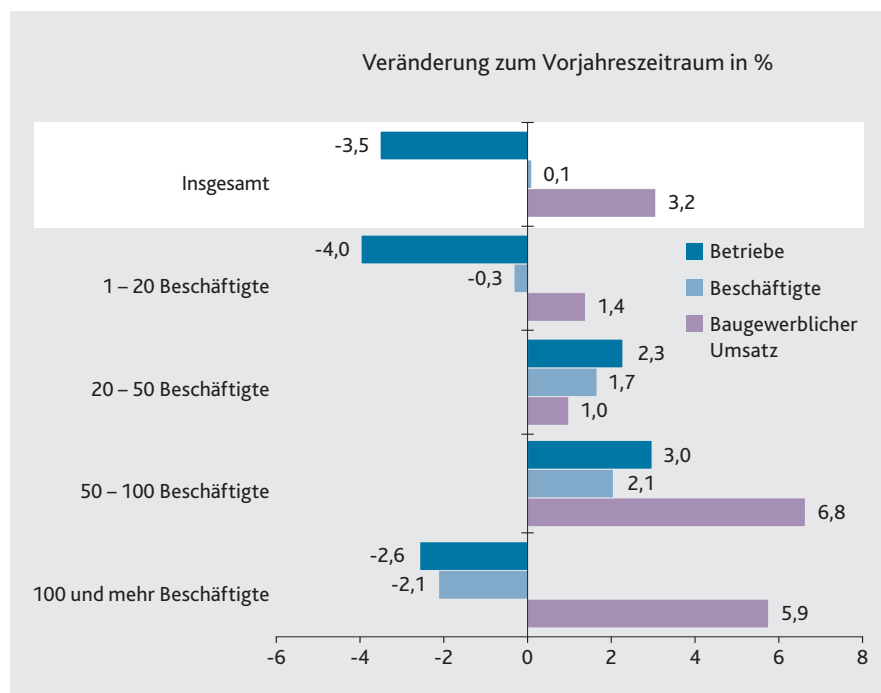
Die Zahl der Betriebe im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe ist gesunken. Am 30. Juni 2015 zählten 3 990 Betriebe zum Bauhauptgewerbe; das waren 3,5 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Rückgang machte sich vor allem bei den Kleinbetrieben mit bis zu 19 Beschäftigten bemerkbar, deren Zahl um vier Prozent geringer ausfiel als im Juni 2014. Bei den Betrieben der mittleren Größenklassen mit 20 bis unter 50 bzw. 50 bis unter 100 Beschäftigten gab es hingegen leichte Zuwächse.

Trotz rückläufiger Betriebszahlen blieb die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe stabil. Am 30. Juni 2015 arbeiteten in der Branche 39 022 Personen, damit lag die Beschäftigtenzahl geringfügig über dem Niveau des vergangenen Jahres (+0,1 Prozent). Mehr Beschäftigte als im Vorjahr waren in Betrieben der mittleren Größenklassen tätig, während die Beschäftigtenzahl in Klein- und Großbetrieben abnahm.

Bruttoanlageinvestitionen der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes¹ 2004–2014



Betriebe und Beschäftigte im Juni 2015 sowie baugewerblicher Umsatz 2014 im Bauhauptgewerbe nach Beschäftigtengrößenklassen



Kleinbetriebe mit bis zu 19 Beschäftigten sind im Bauhauptgewerbe weit verbreitet. Trotz des Rückgangs der Betriebs- und Beschäftigtenzahlen zählten im Juni 2015 noch etwa neun von zehn Betrieben des Bauhauptgewerbes zu dieser Größenklasse. In den Kleinbetrieben arbeitete mehr als die Hälfte der Beschäftigten der Branche. Umgekehrt gehört nur etwa jeder hundertste Betrieb zu den Großbetrieben mit 100 oder mehr Beschäftigten. In diesen Betrieben waren fast 17 Prozent der Beschäftigten tätig.

Die Betriebe des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes verzeichneten 2014 eine Umsatzsteigerung. Sie erzielten einen baugewerblichen Umsatz von 4,95 Milliarden Euro, was ein Plus von 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Kleinbetriebe

mit bis zu 19 Beschäftigten verbuchten 37 Prozent des baugewerblichen Umsatzes; den zweitgrößten Anteil hatten Großbetriebe mit 100 und mehr Beschäftigten, die mehr als ein Viertel des baugewerblichen Umsatzes erwirtschafteten.

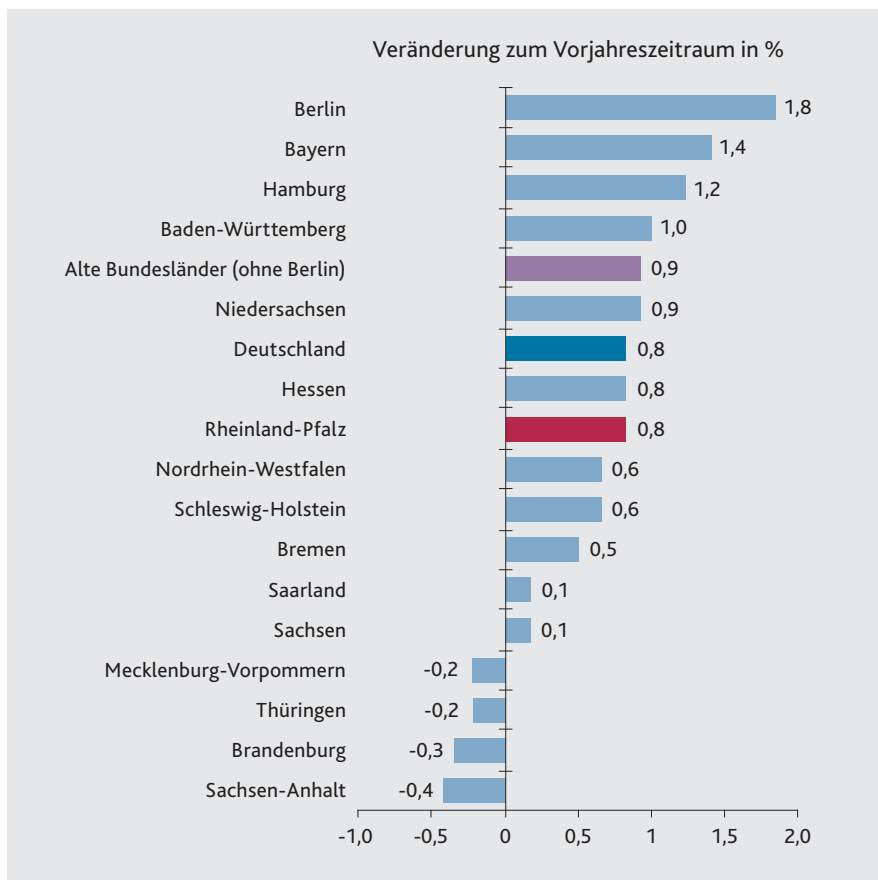
Auf sonstige spezialisierte Bautätigkeiten wie z. B. Dachdeckerei, Zimmerei und Gerüstbau entfiel ein baugewerblicher Umsatz von 1,6 Milliarden Euro, was einen Zuwachs von 3,5 Prozent gegenüber 2013 bedeutete. An zweiter Stelle folgte der Bau von Gebäuden mit Erlösen von 1,4 Milliarden Euro (+1,9 Prozent). Der Bau von Straßen und Eisenbahnverkehrsstrecken trug knapp 1,1 Milliarden Euro zum baugewerblichen Umsatz bei; hier gab es einen besonders kräftigen Anstieg um zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Erwerbstätigkeit steigt im dritten Quartal 2015 um 0,8 Prozent

Die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz nahm im dritten Quartal 2015 weiter zu. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ wurde mit durchschnittlich knapp zwei Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz ein neuer Höchststand erreicht. Gegenüber dem dritten Quartal 2014 stieg die Zahl der Erwerbstätigen um rund 15 900 bzw. 0,8 Prozent (Deutschland: ebenfalls +0,8 Prozent) und damit etwas stärker als in den ersten beiden Quartalen (jeweils +0,6 Prozent).

Der Beschäftigungszuwachs konzentriert sich wie bereits in den zurückliegenden Quartalen auf den Dienstleistungssektor. Dort waren 16 800 Personen bzw. 1,2 Prozent mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor (Deutschland: +1,1 Prozent). Insgesamt arbeiteten 1,44 Millionen Erwerbstätige im tertiären Sektor, das entspricht 72 Prozent aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz. Den prozentual höchsten Zuwachs verzeichnete der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“ mit einem Plus von 6 000 Erwerbstätigen bzw. 2,3 Prozent (Deutschland: +2 Prozent). Im größten Teilbereich des Dienstleistungssektors, „öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“, nahm die Beschäftigung um. Rund 7 000 Personen bzw.

Erwerbstätige am Arbeitsort im 3. Quartal 2015 nach Bundesländern



1,1 Prozent zu (Deutschland: +1 Prozent). Am geringsten fiel der Anstieg im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Information und Kommunikation“ mit einem Zuwachs von 3 700 Erwerbstätigen bzw. 0,7 Prozent aus (Deutschland: +0,5 Prozent).

Im Produzierenden Gewerbe, das mit 515 800 rund 26 Prozent aller Arbeitsplätze stellt, stagnierte die Beschäftigung dagegen (Deutschland: +0,2 Prozent). Zwar stieg die Erwerbstätigkeit im größten Teilbereich, dem Verarbeitenden Gewerbe, leicht um 800 Personen bzw. 0,2 Prozent (Deutschland: +0,4 Prozent) und erreichte damit nach der Wirtschafts-

krise einen neuen Höchststand. Im Baugewerbe nahm die Beschäftigung jedoch weiter ab. Im Vergleich zum dritten Quartal 2014 sank die

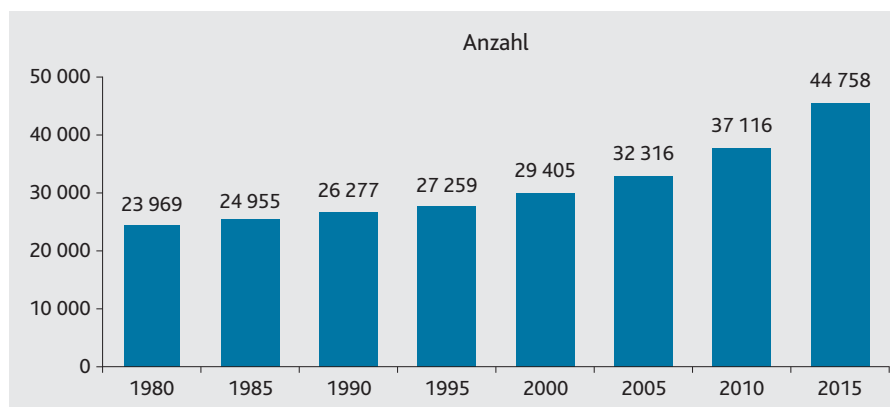
Zahl der Erwerbstätigen um 800 Personen bzw. 0,7 Prozent (Deutschland: –0,3 Prozent).

Einen erneuten Rückgang gab es im dritten Vierteljahr 2015 auch in der Land- und Forstwirtschaft. Hier lag die Zahl der Erwerbstätigen um 700 Personen bzw. 1,5 Prozent niedriger als im Vorjahresquartal (Deutschland: –2,6 Prozent). Damit waren rund 43 400 Personen in der Land- und Forstwirtschaft tätig.

Zahl der Landesbeamtinnen und -beamten im Ruhestand steigt weiter

Die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nach dem Beamtenversorgungsgesetz erreichte zu Beginn des Jahres 2015 in Rheinland-Pfalz mit insgesamt 44 760 Personen einen neuen Höchststand. Die Zahl wuchs im Vorjahresvergleich um vier Prozent. Insgesamt erhielten rund drei Viertel der Versorgungsempfänger ein Ruhegehalt, die übrigen Witwen- bzw. Witwergeld, Wai-sengeld oder Unfallruhegeld.

Versorgungsempfänger/-innen 1980–2015



Von den im Vorjahr in den Ruhestand versetzten 2 680 Beamtinnen und Beamten und bzw. Richterinnen und Richtern hatten 40 Prozent die gesetzliche Regelaltersgrenze noch nicht erreicht. Die Hälfte von ihnen ging auf eigenen Wunsch vorzeitig mit entsprechenden Abschläge bei den Versorgungsbezügen in den Ruhestand. Aufgrund einer Dienstunfähigkeit quittierten 23 Prozent vorzeitig den Dienst. Rund 30 Prozent der neuen „vorzeitigen“ Ruheständlerinnen und Ruheständler kommen aus dem Vollzugsdienst der Polizei und der Justiz. Für diese Berufsgruppe gelten zum Teil niedrigere Altersgrenzen.

Im Rahmen des Berufsausstiegs wird häufig die Möglichkeit der Altersteilzeit genutzt. So befanden sich rund 27 Prozent der Beschäftigten in der Altersgruppe ab 55 Jahren in der Altersteilzeit; 57 Prozent von ihnen waren bereits in der Freistellungsphase.

Langfristig gesehen steigt die Zahl der Ruheständlerinnen und Ruheständler: Während die Zahl der aktiven Beamtinnen und Beamten bzw. Richterinnen und Richter in Rheinland-Pfalz seit 1980 lediglich um 22 Prozent wuchs, stieg die Zahl der Personen mit Versorgungsbezügen im gleichen Zeitraum um 87 Prozent. Diese Zunahme ist zu einem großen Teil auf den demografischen Wandel zurückzuführen. Der gleiche Trend ist auch im System der gesetzlichen Rente zu beobachten. Hier wuchs die Anzahl der Rentenempfängerinnen und -empfänger im selben Zeitraum 65 Prozent.

Zahl der Insolvenzen weiterhin rückläufig

In den ersten neun Monaten des Jahres 2015 mussten weniger rheinland-pfälzische Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der

Unternehmensinsolvenzen ging im Vergleich zu 2014 um 8,9 Prozent auf 688 zurück. Noch deutlicher abgenommen hat die Zahl der Verbraucherinsolvenzen. Von Januar bis September 2015 wurden 2 523 Fälle registriert, 14 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Von den beantragten Unternehmensinsolvenzen waren insgesamt 3 215 Beschäftigte betroffen; die Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze ging damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 8,9 Prozent zurück. Auch die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen verringerte sich; sie sank um 5,6 Prozent auf 447 Millionen Euro. Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 649 300 Euro verschuldet (Januar bis September 2014: 626 700 Euro).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (125 Anträge) und dem Wirtschafts-

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 1.–3. Quartal 2005–2015



zweig „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (118). Mit Abstand folgten der Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (77), das Gastgewerbe (57) und das Verarbeitende Gewerbe (53).

Die Insolvenzhäufigkeit war in der kreisfreien Stadt Zweibrücken mit 8,9 Unternehmensinsolvenzen je 1000 wirtschaftlich aktive Unternehmen am höchsten. Unter den Kreisen verzeichnete der Landkreis Bad Kreuznach den höchsten Wert (6,7). Am niedrigsten war die Insolvenzhäufigkeit in der kreisfreien Stadt Worms mit drei Unternehmensinsolvenzen je 1000 Unternehmen. Von allen Landkreisen registrierte der Donnersbergkreis den günstigsten Wert (1,6).

Die Summe der voraussichtlichen Forderungen der Verbraucherinsolvenzen belief sich auf 148 Millionen Euro, das waren zehn Prozent weniger als von Januar bis September 2014. Die durchschnittlichen Schulden je insolventer Verbraucherin bzw. je insolventem Verbraucher betrugen 58 800 Euro (2014: 56 050 Euro).

Mit 25,4 Fällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen Verbraucherinsolvenzen in der kreisfreien Stadt Pirmasens am häufigsten vor. Unter den Landkreisen registrierte der Kreis Kusel den höchsten Wert (14,8). Den niedrigsten Wert aller kreisfreien Städte erreichte Landau in der Pfalz (3,4). Noch geringer war die Insolvenzhäufigkeit im Landkreis Südliche Weinstraße (1,9).

Betriebsgründungen¹ von Januar bis September 2014 und 2015 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Zahl der Gewerbeanmeldungen auf Vorjahresniveau

In Rheinland-Pfalz wurden in den ersten drei Quartalen 2015 insgesamt 27 040 Gewerbe angemeldet. Dies waren 0,3 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Neugründungen von Betrieben, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz erwartet wird, lag mit 4 370 um 2,4 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Zu diesen Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt

oder die mindestens eine bzw. einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bzw. Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 25 Prozent der Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Es folgte das Baugewerbe mit einem Anteil von 16 Prozent.

Im regionalen Vergleich erreichte unter den kreisfreien Städten Kaiserslautern mit 23,4 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner die höchste, die Stadt Trier mit 11,7 die niedrigste Quote. Bei den Kreisen nahm der Landkreis Vulkaneifel mit einer Quote von 13,7 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner den

Spitzenplatz ein, der geringste Wert errechnete sich für den Landkreis Südwestpfalz (sechs).

Die Anzahl der sonstigen Neugründungen lag mit 17 680 in etwa auf dem Niveau der ersten neun Monate des Vorjahres. Zu den sonstigen Neugründungen zählen Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen sowie Nebenerwerbsbetriebe. Hier kamen die Anmeldungen insbesondere aus den Wirtschaftsabschnitten „Wasserversorgung, Entsorgung“, „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ sowie „Gesundheits- und Sozialwesen“. Unter den sonstigen Neugründungen waren 9 800 Gründungen im Nebenerwerb, 2,6 Prozent weniger als in den ersten drei Quartalen des Jahres 2014.

Insgesamt wurden 25 190 Gewerbe abgemeldet, das waren 0,2 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2014. Die Zahl der Betriebsaufgaben, die das Pendant zu den Betriebsgründungen darstellen, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,8 Prozent auf 3 710. Die sonstigen Stilllegungen, bei denen es sich um die vollständige Aufgabe von Kleinunternehmen handelt, lagen mit 17 090 um knapp ein Prozent über dem Wert der ersten drei Quartale 2014.

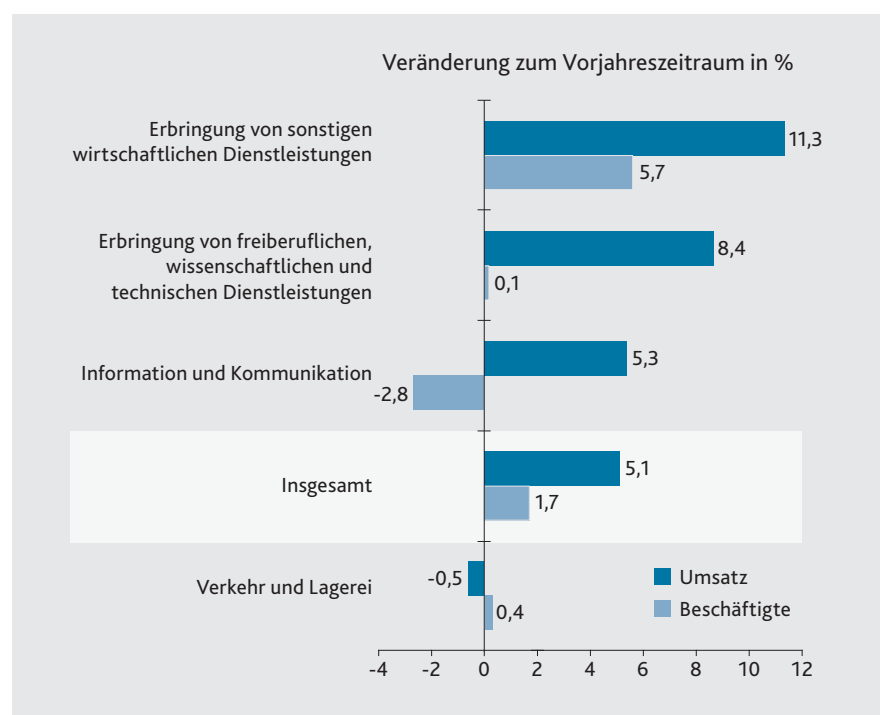
Umsatz und Beschäftigtenzahl steigen bei unternehmensnahen Dienstleistungen

Die rheinland-pfälzischen Dienstleistungsbereiche, die überwiegend

unternehmensnahen Service anbieten, erwirtschafteten von Juli bis September 2015 mehr Umsatz als im Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Angaben lagen die Erlöse um 5,1 Prozent über dem Niveau des dritten Quartals 2014 (Deutschland: +3,3 Prozent). In den ersten beiden Quartalen 2015 waren die Umsätze bereits höher ausgefallen als im Jahr zuvor: Im ersten Quartal gab es ein Plus von 1,3 Prozent und im zweiten Quartal einen Anstieg von 3,1 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum. Die Beschäftigtenzahl legte ebenfalls zu – sie war im dritten Quartal 2015 um 1,7 Prozent höher als 2014 (Deutschland: +2,6 Prozent). Im ersten und zweiten Quartal beliefen sich die Zuwächse auf 1,2 bzw. 1,5 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum.

Drei der vier Dienstleistungsbereiche verbuchten Umsatzsteigerungen gegenüber dem dritten Vorjahresquartal. Besonders kräftig fiel die Zunahme im Bereich Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen aus (+11 Prozent); hierzu zählen z. B. die Vermittlung von Arbeitskräften sowie Hausmeister- und Reinigungsdienste. Auch im Bereich Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen – dazu gehören Architektur- und Ingenieurbüros sowie die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen – lagen die Erlöse deutlich über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (+8,4 Prozent). Lediglich im Bereich Verkehr und Lagerei, dem u. a. der Straßen- und Schienenverkehr, die Schiff- und Luftfahrt sowie Post-, Kurier- und

Umsatz und Beschäftigte im 3. Quartal 2015 nach ausgewählten Dienstleistungsbereichen



Expressdienste zugerechnet werden, waren die Umsätze etwas geringer als im dritten Quartal 2014 (–0,5 Prozent).

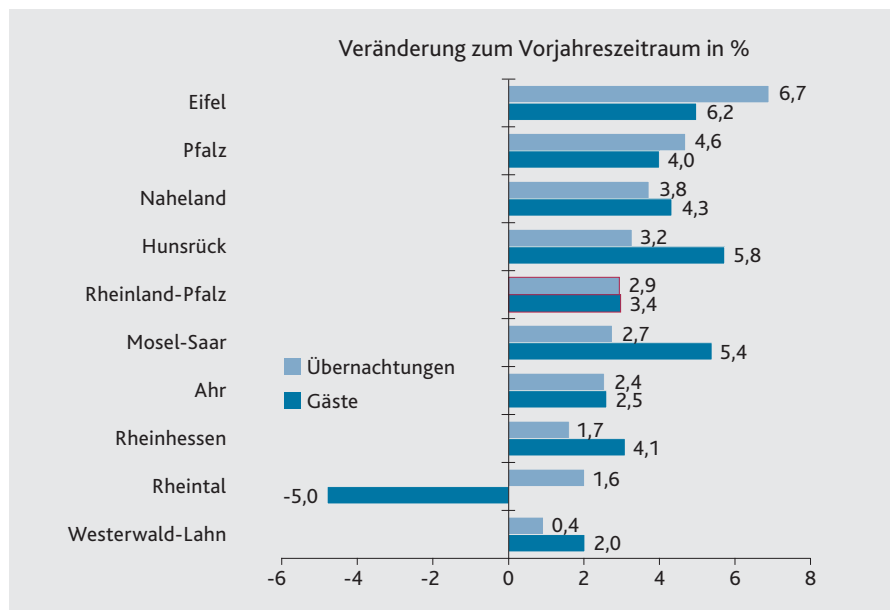
Zur insgesamt positiven Beschäftigungsentwicklung trug vor allem der Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ bei; dort erhöhte sich die Beschäftigtenzahl innerhalb eines Jahres um 5,7 Prozent. Im Bereich „Verkehr und Lagerei“ ergab sich ein geringes Plus von 0,4 Prozent gegenüber dem dritten Quartal 2014. Im Wirtschaftszweig „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ blieb die Beschäftigtenzahl nahezu unverändert (+0,1 Prozent). Ein Beschäftigungsrückgang war im Bereich Information und Kommunikation zu verzeichnen (–2,8 Prozent).

Rekordzahlen bei Gästen und Übernachtungen im Tourismus von Januar bis Oktober 2015

Der rheinland-pfälzische Tourismus kann in diesem Jahr die wohl beste Bilanz aller Zeiten vorlegen. Mit Ausnahme des Juni lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen in allen bisher ausgewerteten Monaten über den guten Vorjahreswerten. Der Oktober als letzter klassischer Reisemonat bescherte den Betrieben ein Gäste-Plus von 2,6 Prozent, die Zahl der Übernachtungen überstieg den Wert von Oktober 2014 um ein Prozent.

Insgesamt besuchten in den ersten zehn Monaten fast 8,4 Millionen Gäste das Land. Das waren 3,4 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum

Übernachtungen und Gäste von Januar bis Oktober 2015 nach Tourismusregionen



des Vorjahres. Noch nie konnten in diesem Zeitraum so viele Gäste begrüßt werden. Die gut 22,4 Millionen Übernachtungen stellen ebenfalls eine neue Höchstmarke dar; die bisher beste Zehnmonats-Bilanz aus dem Jahr 2011 wurde um mehr als 120 000 Übernachtungen übertroffen (+0,5 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresergebnis gab es eine Steigerung um 2,9 Prozent.

Alle rheinland-pfälzischen Tourismusregionen konnten mit einem Übernachtungsplus aufwarten. Den größten Anstieg verzeichnete die Tourismusregion Westerwald-Lahn (+6,7 Prozent); die geringste Zunahme gab es im Hunsrück (+0,4 Prozent). In acht der neun Gebiete erhöhte sich gleichzeitig das Gästeaufkommen. Auch hier erzielte die Region Westerwald-Lahn die größte Steigerung (+6,2 Prozent). Lediglich in der Eifel waren die Gästezahlen rückläufig,

obwohl das Übernachtungsaufkommen – insbesondere durch Zuwächse bei gewerblichen Kleinbetrieben und Privatquartieren – zunahm.

In allen Betriebsarten lagen die Übernachtungszahlen in den ersten zehn Monaten über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, wobei Pensionen, Hotels garnis, Camping- und Reisemobilplätze, Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime sowie Gasthöfe überdurchschnittlich zulegen. In den meisten Betriebsarten stieg auch das Gästeaufkommen; lediglich die Feriencentren mussten hohe und die Jugendherbergen, Hütten und ähnlichen Einrichtungen leichte Rückgänge hinnehmen.

Aus Deutschland kamen 6,5 Millionen Übernachtungsgäste nach Rheinland-Pfalz. Das war ein Plus von 4,1 Prozent gegenüber den ersten zehn Monaten des Vorjahres. Die

Zahl ihrer Übernachtungen stieg um 3,6 Prozent auf fast 17,1 Millionen. Nahezu 1,9 Millionen Besucherinnen und Besucher (+1 Prozent) reisten aus dem Ausland an. Auf sie entfielen rund 5,4 Millionen Übernachtungen (+0,6 Prozent). Davon wurden fast zwei Drittel von Gästen aus den Niederlanden und aus Belgien gebucht. Auf die Besucherinnen und Besucher aus Großbritannien und aus den USA entfielen Übernachtungsanteile von jeweils knapp sechs Prozent.

Handwerk erzielt im dritten Quartal ein Umsatzplus

Das zulassungspflichtige Handwerk in Rheinland-Pfalz verzeichnete im dritten Quartal 2015 eine Umsatzsteigerung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. Die Erlöse waren in den Monaten Juli bis September um

3,5 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +2,2 Prozent). Zuwächse gab es in fünf der sieben Gewerbegruppen. Im Ausbaugewerbe fiel der Umsatzanstieg mit einer Plus von fünf Prozent am größten aus.

Zwei der sieben Gewerbegruppen mussten Umsatzrückgänge hinnehmen: Die Erlöse der Handwerke für den privaten Bedarf waren um 1,9 Prozent niedriger als im dritten Quartal 2014. Die Umsätze der Handwerke für den gewerblichen Bedarf blieben nur leicht hinter dem Niveau des Vorjahreszeitraums zurück (-0,2 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten war um 0,4 Prozent geringer als im dritten Quartal des Vorjahres (Deutschland: -0,5 Prozent). Sechs der sieben Gewerbegruppen verzeichneten

einen Beschäftigungsrückgang; am höchsten war das Minus bei den Handwerken für den privaten Bedarf (-2,3 Prozent). Im Lebensmittelgewerbe stieg die Beschäftigtenzahl um 1,9 Prozent.

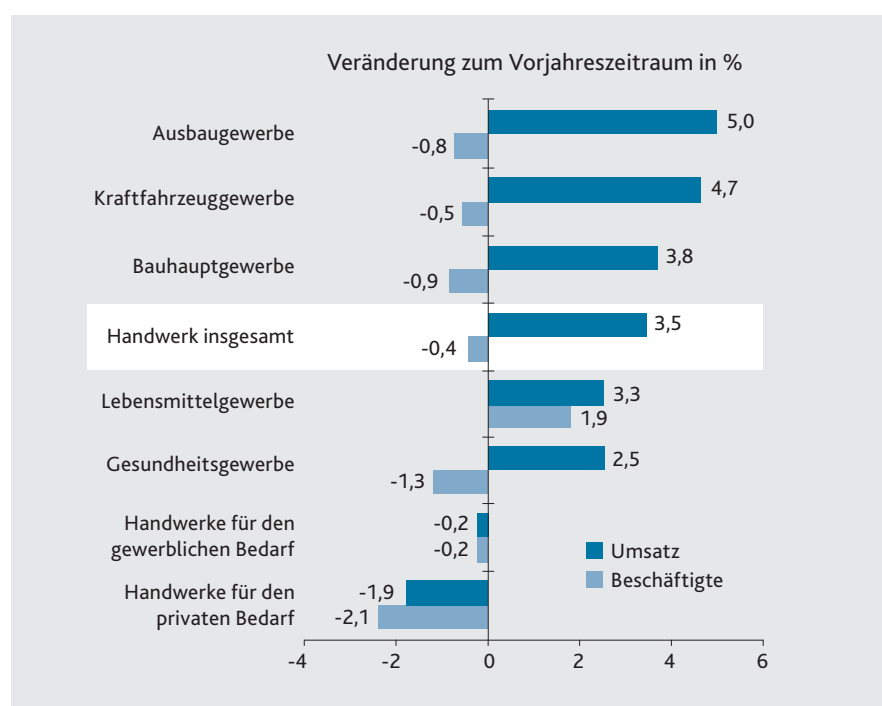
Fast 287 000 Menschen erhalten Mindestsicherungsleistungen – Mehr Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen

In Rheinland-Pfalz waren Ende des Jahres 2014 rund 287 000 Menschen auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu sichern. Damit erhielten 7,2 Prozent der Bevölkerung, also rund jede bzw. jeder 14. Einwohnerin bzw. Einwohner, Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Unter den Bundesländern wies Rheinland-Pfalz nach Bayern (4,7 Prozent) und Baden-Württemberg (5,3 Prozent) die drittniedrigste Quote auf. Deutschlandweit waren 9,3 Prozent der Bevölkerung auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen.

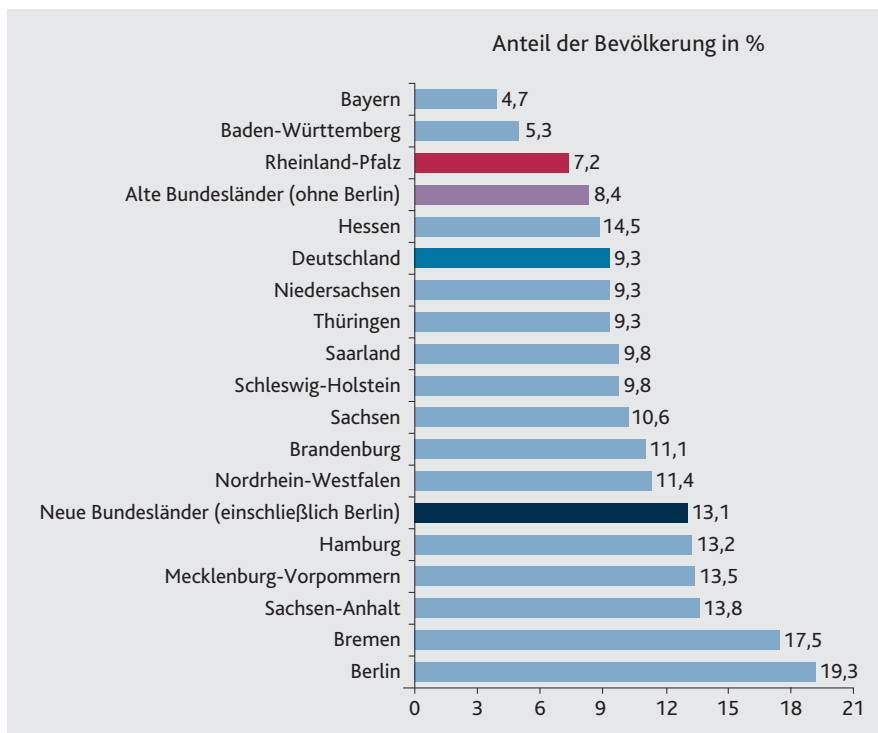
Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren ist ein Anstieg bei den Leistungsempfängerinnen und -empfängern zu verzeichnen (+4,7 Prozent). So lag deren Zahl im Jahr 2013 noch bei rund 274 000; in den Jahren 2012 und 2011 waren es 265 000 bzw. 266 000. Der Anstieg ist in erster Linie auf die gegenüber den Vorjahren stark gestiegene Zahl an Empfängerinnen und Empfängern von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zurückzuführen.

Der weitaus größte Teil der Menschen, die ihren Lebensunterhalt auf-

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 3. Quartal 2015 nach Gewerbegruppen



Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung 2014 nach Bundesländern



grund von Arbeitslosigkeit oder zu geringem Einkommen nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, erhielt Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz-IV-Leistungen). In Rheinland-Pfalz betraf dies Ende 2014 mehr als 221 400 Empfängerinnen und Empfänger. Davon bezogen rund 156 200 als Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II. Bei den restlichen knapp 65 300 handelte es sich um nicht erwerbsfähige Familienangehörige, insbesondere Kinder, denen das sogenannte Sozialgeld gezahlt wurde.

Rund 42 800 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erhielten Ende 2014 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Von ihnen waren nahezu 20 600 zwischen 18 und 65 Jahre alt und bezogen die Leistungen wegen dauerhaft

voller Erwerbsminderung, knapp 22 200 Empfängerinnen und Empfänger waren 65 Jahre und älter.

Stark gestiegen ist die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach der Asylbewerberleistungsgesetz. Am Jahresende 2014 erhielten rund 16 800 Frauen und Männer entsprechende Leistungen. Gegenüber dem Jahr 2013 ist dies ein Zuwachs um rund 7 200 Personen bzw. mehr als 75 Prozent.

Rund 80 Millionen Euro für Jugend- und Jugendsozialarbeit – Junge Menschen im Durchschnitt mit 75 Euro pro Kopf gefördert

Im Jahr 2014 gaben die Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz rund 80 Millionen

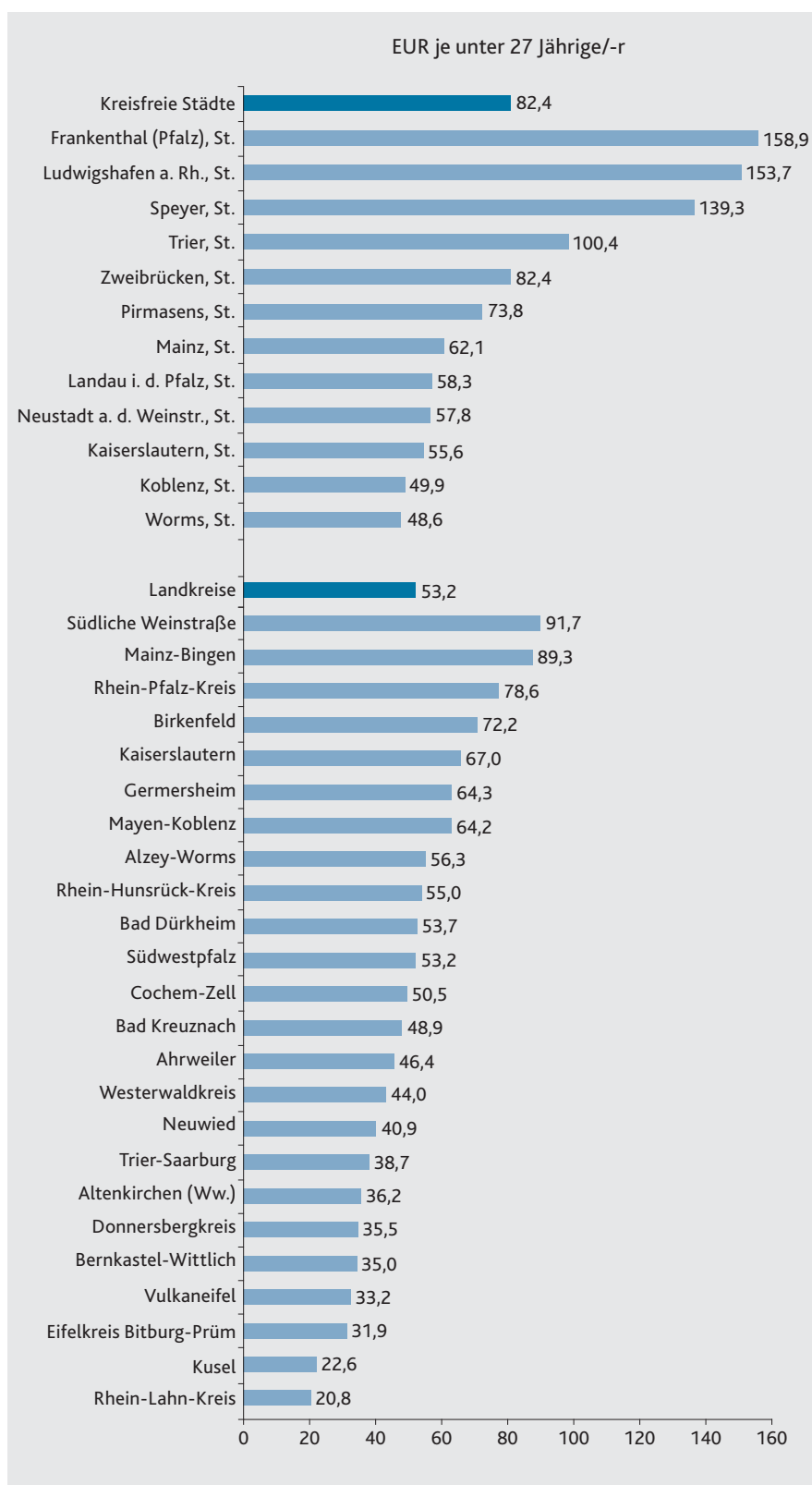
Euro für die Jugend- und Jugendsozialarbeit aus. Das waren knapp vier Millionen Euro bzw. fünf Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im Zehnjahresvergleich stiegen die Ausgaben in diesem Bereich um annähernd 32 Prozent. Je jungem Menschen – das sind nach dem Sozialgesetzbuch unter 27-Jährige – wurden im vergangenen Jahr im Schnitt rund 75 Euro für Maßnahmen der Jugend- und Jugendsozialarbeit aufgewendet. Im Jahr 2004 lag dieser Wert bei knapp 52 Euro.

Rund 13,5 Millionen Euro (17 Prozent) verausgabten die überörtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe (Jugendministerium und Landesjugendamt), mehr als 66,6 Millionen Euro (83 Prozent) brachten die Kommunen auf.

Maßnahmen der Jugendarbeit schlugen mit rund 60 Millionen Euro zu Buche. Die Ausgaben für diesen Teilbereich, der insbesondere die Jugendbildung, -beratung und -information, Freizeitangebote und die Aus- und Weiterbildung der in der Jugendarbeit Tätigen umfasst, sind gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben; im Zehnjahresvergleich wuchsen sie um knapp 18 Prozent. Der Landesanteil (7,3 Millionen Euro) an den Bruttoausgaben für Jugendarbeit lag im Jahr 2014 bei rund zwölf Prozent; knapp 53 Millionen Euro (88 Prozent) verausgabten die örtlichen Träger.

Für Maßnahmen der Jugendsozialarbeit fielen bei den örtlichen und überörtlichen Trägern 2014 Ausgaben von annähernd 20 Millionen Euro an. Dies waren 3,5 Millionen Euro (21 Prozent)

Ausgaben örtlicher Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe für Jugend- und Jugendsozialarbeit 2014 nach Verwaltungsbezirken



mehr als im Jahr zuvor. Im Zehnjahresvergleich haben sich die Ausgaben in diesem Bereich mehr als verdoppelt. Ziel der Jugendsozialarbeit ist es, junge Menschen durch gezielte sozialpädagogische, therapeutische und sonstige Dienste sowie Beratungen in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung zu fördern und sie bei der Eingliederung in die Arbeitswelt und bei der sozialen Integration zu unterstützen. Auf überörtliche Träger – hier insbesondere das für Jugend zuständige Landesministerium – entfielen rund 30 Prozent der Gesamtausgaben in diesem Bereich, von den örtlichen Trägern kamen 70 Prozent (14 Millionen Euro).

Jugend- und Jugendsozialarbeit wird von den örtlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in regional sehr unterschiedlichem Umfang betrieben. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerung im Alter von unter 27 Jahren lagen die Pro-Kopf-Ausgaben im vergangenen Jahr in den kreisfreien Städten mit rund 86 Euro etwa 33 Euro höher als in den Landkreisen. Das Spektrum der Pro-Kopf-Ausgaben in den kreisfreien Städte reichte von annähernd 159 Euro in Frankenthal bis zu knapp 49 Euro in Worms. In den Landkreisen wurde für Maßnahmen der Jugend- und Jugendsozialarbeit am meisten im Landkreis Südliche Weinstraße aufgewendet. Die Bruttoausgaben lagen hier bei annähernd 92 Euro je jungem Menschen. Die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben fielen mit rund 21 Euro im Rhein-Lahn-Kreis an. Die Aussagekraft dieser Regionalergebnisse wird allerdings

dadurch eingeschränkt, dass in der Statistik keine wohnortbezogenen Informationen über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der Jugend- und Jugendsozialarbeit vorliegen. Bei der Bezugnahme auf die jeweilige Wohnbevölkerung auf Kreisebene bleibt unberücksichtigt, dass Angebote örtlicher Träger auch von jungen Menschen in Anspruch genommen werden, die außerhalb des Zuständigkeitsbereiches des jeweiligen Trägers wohnen.

Gut die Hälfte der Studierenden stammt von außerhalb des Landes

Im Wintersemester 2014/15 waren 122 676 Studierende an den rheinland-pfälzischen Hochschulen einge-

schrieben. Rund 55 Prozent besaßen eine Hochschulzugangsberechtigung, die in einem anderen Bundesland oder dem Ausland erworben wurde (67 976). Die rheinland-pfälzischen Hochschulen sind insbesondere in den benachbarten Bundesländern gefragt: Im Wintersemester 2014/15 stammten 16 10 Studierende aus Hessen, 12 570 aus Nordrhein-Westfalen, 11 280 aus Baden-Württemberg und 8 780 aus dem Saarland.

Umgekehrt war gut die Hälfte der 114 560 Studierenden mit rheinland-pfälzischer Studienberechtigung an einer Hochschule in einem der anderen Bundesländer immatrikuliert. Die beliebtesten Hochschulstandorte der Rheinland-Pfälzerinnen und Rhein-

land-Pfälzer außerhalb des eigenen Landes waren in Nordrhein-Westfalen (17 090), Baden-Württemberg (14 950) und Hessen (12 110). Rund 48 Prozent (54 700) der Studierenden aus Rheinland-Pfalz studierten an einer der Hochschulen im Heimatland.

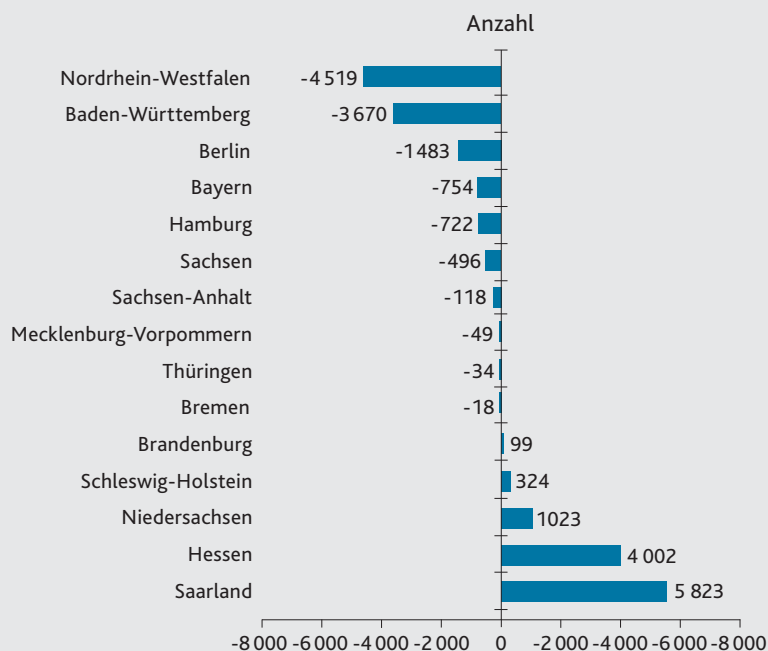
Werden die Abwanderungen von den Zuzügen abgezogen, ergibt sich der Studierendenwanderungssaldo. Aus dem Saarland und aus Hessen zogen deutlich mehr Studierende zu als dorthin abwanderten (Überschuss: 5 820 bzw. 4 000 Studierende. Ein negativer Wanderungssaldo bestand insbesondere gegenüber Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (Defizit: 4 520 bzw. 3 670 Studierende). Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet war der Wanderungssaldo im Wintersemester 2014/15 mit einem Defizit von 592 Studierenden sehr gering. In den Jahren zuvor wiesen die Hochschulen in Rheinland-Pfalz Wanderungsüberschüsse auf.

Drittmiteinnahmen der Hochschulen auf 213 Millionen Euro gewachsen

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz nahmen 2013 insgesamt 213 Millionen Euro an Drittmitteln ein. Das waren rund 20 Millionen Euro mehr als im Vorjahr (+10 Prozent).

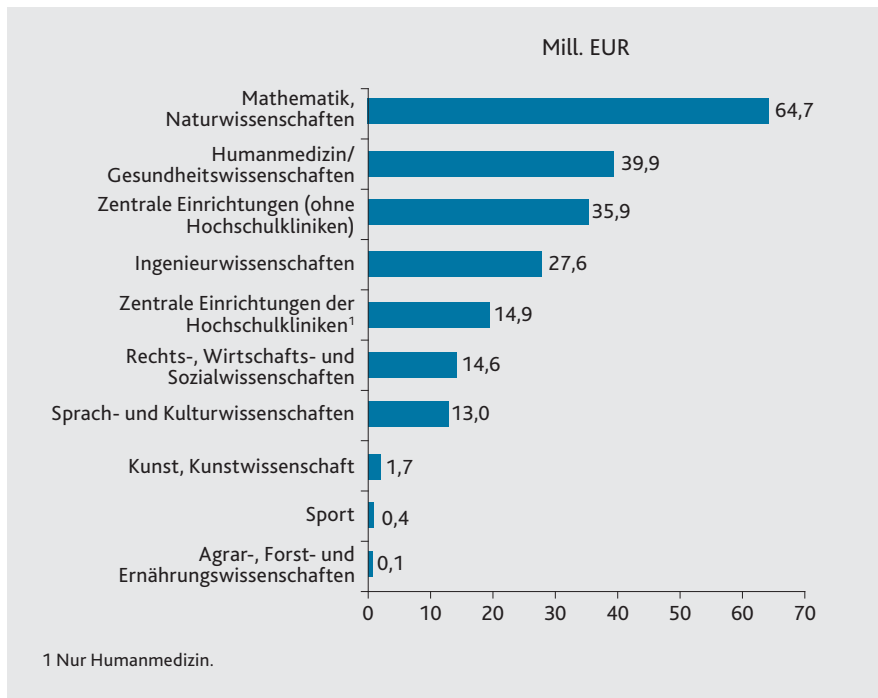
Die höchsten Drittmiteinnahmen entstanden in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften (65 Millionen Euro). Die Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften warben mit rund 40 Millionen Euro

Studierenden-Wanderungssaldo¹ mit anderen Bundesländern im Wintersemester 2014/15



¹ Differenz zwischen Studienberechtigten aus anderen Bundesländern, die in Rheinland-Pfalz studieren und rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die in anderen Bundesländern studieren.

Drittmiteinnahmen der Hochschulen 2013 nach Fächergruppen



die zweithöchsten, die Ingenieurwissenschaften mit rund 28 Millionen die dritthöchsten Drittmittelbeträge ein.

Bezogen auf die einzelnen Hochschulen entfielen auf die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz mit rund 56,8 Millionen Euro der höchste Drittmittelbetrag. Die Universitätsmedizin Mainz folgt mit rund 54,3 Millionen Euro, dahinter die Technische Universität Kaiserslautern mit 47,8 Millionen Euro. Mit deutlichem Abstand belegten die Universität Trier (15,5 Millionen Euro) und die Universität Koblenz-Landau (13,1 Millionen Euro) im Kreise der Landesuniversitäten absolut betrachtet die letzten beiden Plätze.

Innerhalb der Fachhochschulen warben die Hochschule Trier (8,5 Millionen Euro), die Fachhochschule Kai-

serslautern (5,7 Millionen Euro) sowie die Hochschule Koblenz (3,8 Millionen Euro) die meisten Drittmittel ein.

Wird jedoch die Anzahl der Professuren berücksichtigt, so verändern sich die Reihenfolge und Abstände bei den Universitäten und den Fachhochschulen:

Die mit Abstand höchsten Drittmiteinnahmen warben die 70 Professorinnen und Professoren der Universitätsmedizin mit durchschnittlich jeweils rund 775 000 Euro ein. In der Technischen Universität Kaiserslautern ergaben sich mit rechnerisch rund 229 000 Euro die zweithöchsten Einnahmen je Professur. Die Werte für die Johannes-Gutenberg-Universität (138 000 Euro je Professur), die Universität Trier (97 000 Euro je Professur) und die Universität Koblenz-

Landau (87 000 Euro je Professur) lagen deutlich dahinter.

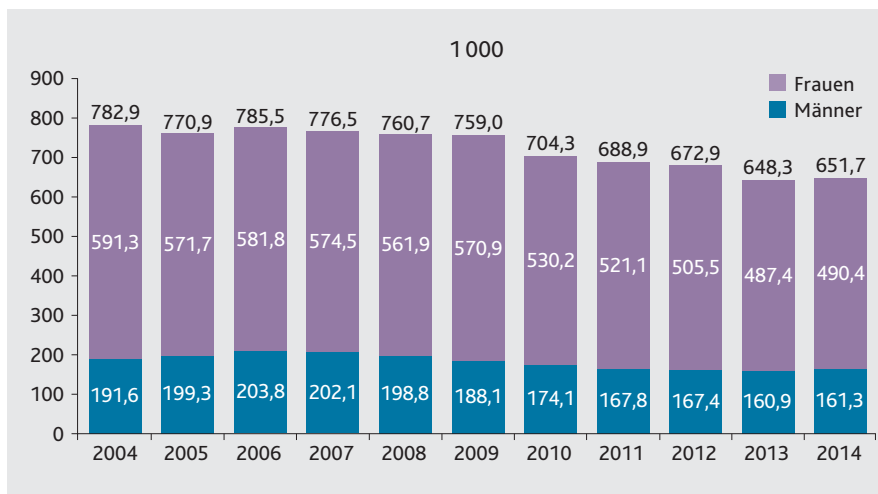
Unter den Fachhochschulen verzeichnete die Hochschule Trier (174 Professuren) mit durchschnittlich jeweils rund 49 000 Euro je Professorin und Professor die höchsten Drittmiteinnahmen. Auf Rang zwei folgt die relativ kleine Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar. Hier entfielen auf die lediglich 20 Professuren rechnerisch jeweils 45 000 Euro. Die dritthöchsten Einnahmen wurden für die Fachhochschule Kaiserslautern mit rund 38 000 Euro ermittelt.

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern werben die Professorinnen und Professoren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen jedoch unterdurchschnittlich viele Drittmittel ein. Mit rund 114 000 Euro belegt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich den letzten Platz.

Vor allem Frauen fragen Weiterbildungsangebote nach

Im Jahr 2014 nahmen an den Weiterbildungsmaßnahmen der Volkshochschulen und der sechs weiteren staatlich anerkannten Weiterbildungsträger im Land 651 670 Personen teil, das waren in etwa so viele wie im Jahr 2013 (+0,5 Prozent). Vor allem Frauen nehmen die Weiterbildungsangebote wahr. Auch 2014 waren nur 25 Prozent der Teilnehmer Männer; an dieser Relation hat sich in den vergangenen zehn Jahren kaum etwas geändert. Den geringsten Männeranteil verzeichneten 2014 Weiterbildungsangebote aus den Sachgebieten „Gesundheit, Hauswirtschaft

Teilnehmende an Weiterbildungsmaßnahmen 2004–2014 nach Geschlecht



und Ernährung" (14 Prozent), den geringsten Frauenanteil gab es beim Nachholen von Schulabschlüssen (40 Prozent).

Die höchste Teilnehmerzahl wiesen 2014 Weiterbildungsangebote aus den Sachgebieten „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ auf (201 240). Auch Veranstaltungen aus den Bereichen „Kunst, kreatives Gestalten und Freizeitbildung“ waren gut besucht (87 450). Die meiste Zeit beanspruchte allerdings die Sprachausbildung: Rund 30 Prozent von insgesamt 724 880 Weiterbildungsstunden entfielen auf die Sprachkurse. An zweiter Stelle folgen hier die Sachgebiete „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ (Anteil an den Weiterbildungsstunden: 23 Prozent).

Die größten Anbieter für Weiterbildung sind die Volkshochschulen. Sie organisierten 2014 rund 51 Prozent aller Veranstaltungen bzw. 71 Prozent der anerkannten Weiterbildungsstunden.

Bei der Weiterbildung bestehen ausgeprägte regionale Unterschiede: Die meisten Weiterbildungsstunden (80 600) wurden in Mainz durchgeführt. Wird die Zahl der Weiterbildungsstunden ins Verhältnis zur Einwohnerzahl gesetzt, steht Speyer mit 45 Stunden je 100 Einwohnerinnen bzw. Einwohner an der Spitze der kreisfreien Städte und Landkreise. In der kreisfreien Stadt Speyer ist auch die Zahl der Teilnehmenden im Verhältnis zur Einwohnerzahl am höchsten: 26 Personen je 100 Einwohnerinnen bzw. Einwohner besuchten die staatlich geförderten Weiterbildungsangebote. Knapp dahinter mit 25 Personen lagen die kreisfreie Stadt Koblenz und der Landkreis Kusel. Besonders wenige Teilnehmende gab es in den Landkreisen Trier-Saarburg und Cochem-Zell (8,2 bzw. 7,3). Bei der Interpretation dieser Werte ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass in der Weiterbildungsstatistik nicht Personen, sondern Teilnahme-fälle nachgewiesen werden, sodass

alle Personen, die mehrere Veranstaltungen besuchen, auch mehrfach als Teilnehmende gezählt werden. Darüber hinaus ist zu beachten, dass Angebote in den Städten auch von Interessenten aus dem Umland wahrgenommen werden.

Das Land Rheinland-Pfalz förderte die Weiterbildung im Haushaltsjahr 2014 mit rund 8,7 Millionen Euro. Den Großteil machten mit 8,6 Millionen Euro Fördermittel und Zuschüsse nach dem Weiterbildungsgesetz aus; der Rest sind Ausgleichszahlungen nach dem Bildungsfreistellungs-gesetz.

Weniger Strafgefangene als in Vorjahren – 99 Männer und sieben Frauen sitzen lebenslanglich ein

Ende März 2015 saßen in den zehn rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten 2 734 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte ein. Dies waren ein Prozent weniger als im Vorjahr und fünf Prozent weniger als noch 2013.

Bei 15 Einsitzenden handelte es sich um noch nicht volljährige Jugendliche, bei weiteren 141 um Heranwachsende im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, die eine Jugend- oder Freiheitsstrafe verbüßten. Insgesamt 2 578 Inhaftierte hatten bereits das 21 Lebensjahr vollendet.

Die voraussichtliche Vollzugsdauer der zu einer zeitigen Jugend- bzw. Freiheitsstrafe verurteilten 2 406 Männer und 180 Frauen lag bei durchschnittlich 23 bzw. 14 Monaten. Lebenslanglich saßen 99 Männer und sieben Frauen ein. Unter einer lebenslangen

Freiheitsstrafe wird in Deutschland einen Freiheitsentzug von mindestens 15 Jahren verstanden. Danach kann der Straftäter zur Bewährung ausgesetzt werden. Weitere 42 Männer befanden sich in Sicherungsverwahrung mit unbestimmter Vollzugsdauer. Eine Sicherungsverwahrung wird gerichtlich angeordnet, wenn ein Straftäter nach Verbüßen seiner Freiheitsstrafe zum Schutz der Allgemeinheit vor möglichen künftigen Taten nicht aus dem Strafvollzug entlassen werden kann.

Die Rückfallquote der Strafgefangenen ist sehr hoch. Nahezu jeder zweite Strafgefangene saß zum wiederholten mal in einer Justizvollzugsanstalt ein. Von diesen waren 41

Prozent bereits innerhalb von zwei Jahren nach ihrer letzten Entlassung erneut straffällig geworden.

Die mit 2 262 Personen überwiegende Mehrzahl der Inhaftierten (83 Prozent) saß wegen eines Verbrechens ein, das auf Grundlage des Strafgesetzbuches geahndet wurde. Nach anderen Bundes- bzw. Landesgesetzen waren 472 (17 Prozent) der Einsitzenden belangt worden, davon 390 wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Aufgrund von Straftaten, die sich direkt gegen Personen richteten (beispielsweise Mord, Totschlag, Körperverletzung) oder wegen Raub bzw. Erpressung waren 1 181 (43

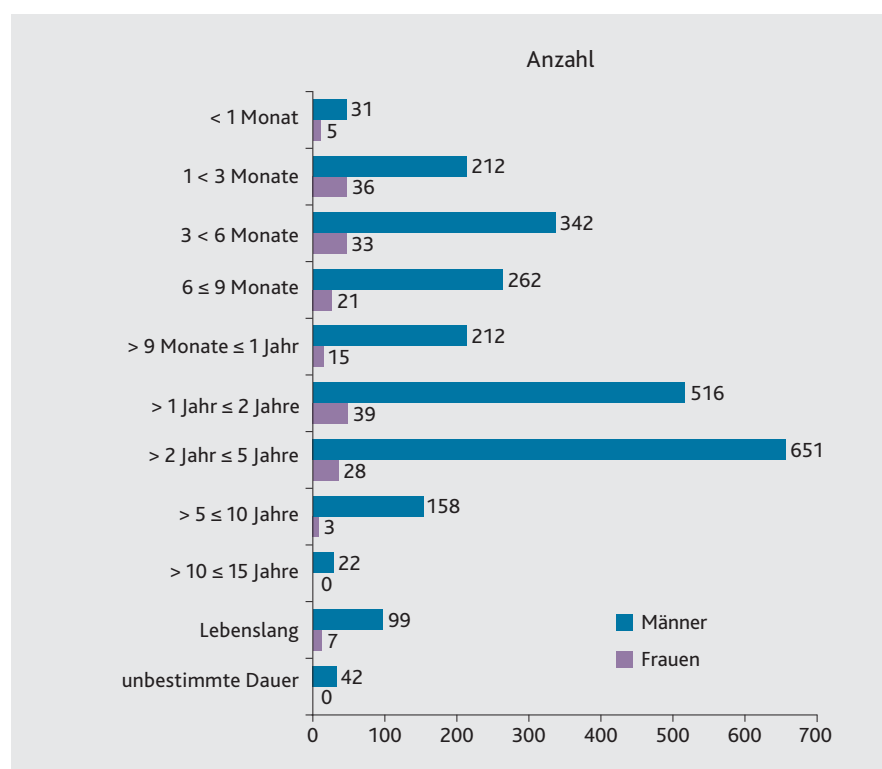
Prozent) Einsitzende. In zwei Drittel dieser Fälle handelte es sich um sogenannte Gewaltverbrechen, die unter Anwendung von körperlichem Zwang begangen worden waren. Aufgrund von Vermögens- oder Eigentumsdelikten (z. B. Diebstahl oder Betrug) verbüßten 926 Strafgefangene (34 Prozent) eine Freiheitsstrafe. Wegen begangener Straßenverkehrsdelikte (z. B. Trunkenheit im Verkehr oder Fahren ohne Fahrerlaubnis) saßen 110 Strafgefangene (vier Prozent) ein.

Niedriger Wasserstand des Rheins sorgt für Umschlagsrückgang

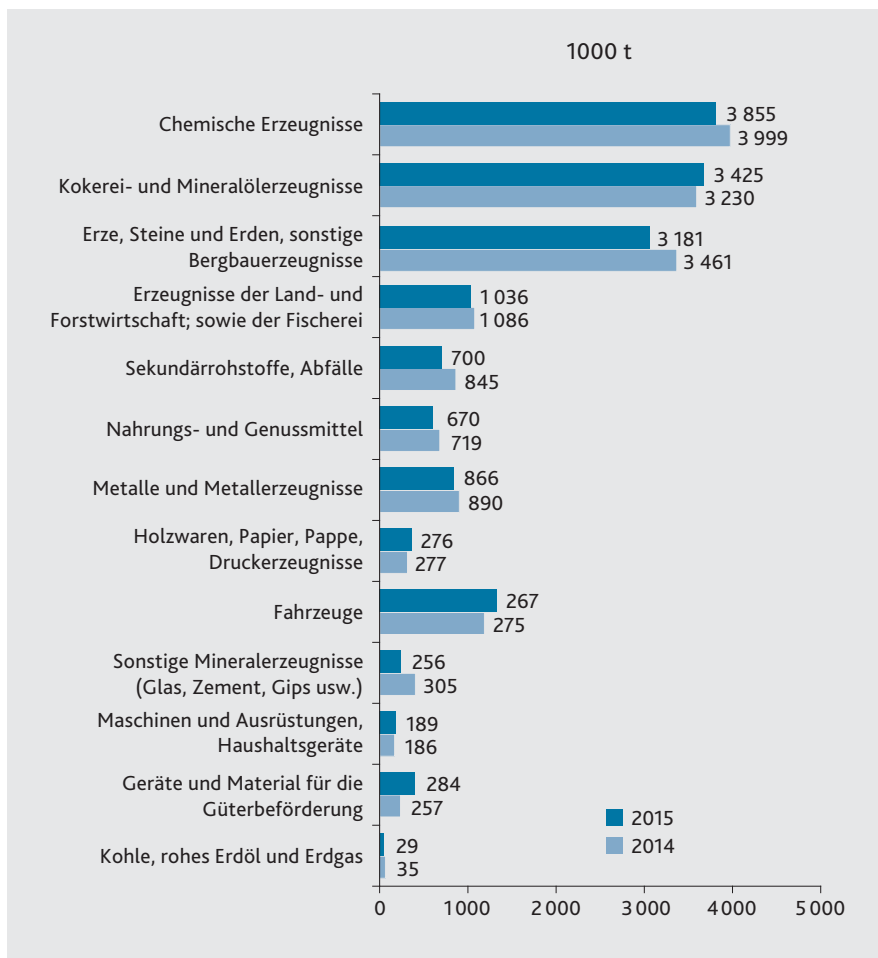
Zwischen Januar und September 2015 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen weniger Fracht umgeschlagen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten für die ersten neun Monate einen Güterumschlag von 16,5 Millionen Tonnen; das waren 373 000 Tonnen bzw. 2,2 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Empfang ging um 2,3 Prozent auf 9,4 Millionen Tonnen zurück; das Versandvolumen verringerte sich um 2,1 Prozent auf 7,2 Millionen Tonnen. Insbesondere das seit Mitte des Jahres anhaltende Niedrigwasser des Rheins dürfte eine wesentliche Ursache des Umschlagsrückgangs sein.

Die höchsten umgeschlagenen Tonnen entfielen mit 3,9 Millionen Tonnen (–3,6 Prozent) auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“, gefolgt vom Bereich „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“ mit 3,4 Millionen Tonnen (+6 Prozent) und der Abteilung „Erze, Steine und Erden,

In Justizvollzugsanstalten einsitzende Strafgefangene und Sicherungsverwahrte Ende März 2015 nach Geschlecht und voraussichtlicher Dauer des Vollzuges



Güterumschlag von Januar bis September 2014 und 2015 nach Güterabteilungen



Straßenverkehrsunfällen ihr Leben. Das waren so viele wie im gesamten vorangegangenen Jahr. Die Zahl der Todesopfer lag um 22 über dem Wert der ersten zehn Monate des Jahres 2014. Schwer verletzt wurden 3 004 Unfallbeteiligte, das waren 6,2 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum; die Zahl der Leichtverletzten sank um 0,5 Prozent auf 12 873. Insgesamt registrierte die Polizei von Januar bis Oktober 113 071 Straßenverkehrsunfälle, 4,4 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Darunter waren 100 736 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden (+5,2 Prozent).

Im Oktober 2015 starben 17 Menschen bei Verkehrsunfällen, sechs weniger als im gleichen Vorjahresmonat.

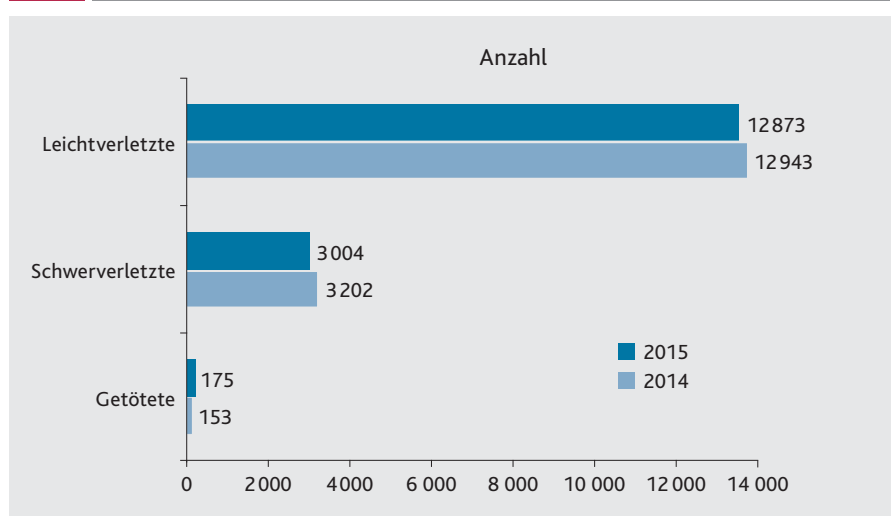
sonstige Bergbauerzeugnisse" mit 3,2 Millionen Tonnen (-8,1 Prozent).

In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden 1,5 Prozent weniger Güter umgeschlagen. Der Hafen in Andernach meldete dagegen ein Umschlagsplus von 5,8 Prozent, in Mainz gab es ein Minus von 3,4 Prozent.

Bis Oktober 2015 so viele Todesopfer durch Verkehrsunfälle wie im gesamten vergangenen Jahr

Von Januar bis Oktober 2015 verloren in Rheinland-Pfalz 175 Menschen bei

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Oktober 2014 und 2015



Aus der amtlichen Statistik

Rheinland-Pfalz regional:**Kreisfreie Städte und Landkreise – Ein Vergleich in Zahlen**

Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat die Publikation „Rheinland-Pfalz regional: Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen“ neu mit aktuellen Ergebnissen aufgelegt. Die Veröffentlichung enthält Merkmale und Kennziffern, die regionale Schwerpunkte und Potenziale innerhalb des Landes aufzeigen. „Kompakte Regionalveröffentlichungen mit thematisch breit gefächerten Daten erleichtern die Sicht auf unterschiedliche Strukturen und Entwicklungen im Land. Sie sind nützlich für alle Akteurinnen und Akteure, die regional tätig sind – sei es im sozialen Gemeinwesen, in Politik, Verwaltung oder Wirtschaft“, so Jörg Berres, Präsident des Statistischen Landesamtes. Die Publikation bietet vor allem Informationen zu den Themenbereichen Bevölkerung, Bildung, Wirtschaft sowie öffentliche Finanzen und zu den sozialen Themen Pflege, Kinderbetreuung und staatliche Sicherungssysteme. Grafiken und Karten geben anhand ausgewählter Merkmale erste Einblicke, die sich mit tabellarischen Übersichten für die zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise vertiefen lassen.

Ein paar interessante Themen zur Auswahl:

Bevölkerung

Die Bevölkerungszahl von Rheinland-Pfalz ist 2014 um 17 200 auf über vier Millionen gestiegen (+0,4 Prozent). In den Städten war der Zuwachs relativ stärker als in den Landkreisen (+0,9 bzw. +0,3 Prozent). Der Anteil der ausländischen Bevölkerung hat 2014 landesweit um einen halben Prozentpunkt auf 8,2 Prozent zugenommen. In den kreisfreien Städten war der Ausländeranteil mit 13 Prozent deutlich höher als in den Landkreisen (6,5 Prozent).

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

Die Zahl der mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten besetzten Arbeitsplätze lag im Juni 2014 – außer in drei kreisfreien Städten – in allen Verwaltungsbezirken höher als

im Vorjahr. Im Durchschnitt der Landkreise waren es zwei Prozent mehr; im Durchschnitt der Städte 1,3 Prozent mehr.

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote war in den kreisfreien Städten mit 7,5 Prozent und in den Landkreisen mit 4,7 Prozent ähnlich hoch wie im Vorjahr. Nur in Pirmasens und Kaiserslautern lag die Arbeitslosenquote über zehn Prozent. Die meisten rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke verzeichneten 2013 gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen. In den kreisfreien Städten ist es mit +1,7 Prozent etwas stärker gestiegen als in den Landkreisen (+1,3 Prozent). Das Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 124,2 Milliarden Euro wurde zu 59 Prozent in den Landkreisen und zu 41 Prozent in den kreisfreien Städten erwirtschaftet.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde (Arbeitsproduktivität) lag in den kreisfreien Städten mit rund 52 Euro höher als in den Landkreisen mit 46 Euro. Die Produktivität je Arbeitsstunde war im Vergleich der kreisfreien Städte in Ludwigshafen am höchsten (72 Euro); bei den Landkreisen wurde der höchste Wert (60 Euro) in Mainz-Bingen erreicht.

Soziale Leistungen

Ende 2014 bezogen in Rheinland-Pfalz 221 400 Personen in Bedarfsgemeinschaften sogenannte Hartz-IV-Leistungen. Hierbei handelt es sich um die Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld) nach dem Sozialgesetzbuch II. Von den Betroffenen entfielen 91 300 Personen auf Bedarfsgemeinschaften in kreisfreien Städten.

Im Jahr 2014 entfiel je Einwohnerin bzw. Einwohner der größte Teil der insgesamt 349 Euro Bruttoausgaben der Sozialhilfe auf die Hilfen nach den Kapiteln 5 bis 9 (278 Euro). Diese Mittel fließen im Wesentlichen Menschen in Einrichtungen zu. Es handelt sich unter anderem um Ein-

gliederungshilfen für behinderte Menschen oder Hilfen zur Pflege oder zur Gesundheit. Ende 2014 erhielten rund 47 500 Empfängerinnen und Empfänger Leistungen nach Kapitel 5 bis 9 des SGB XII – davon lebten 15 600 in kreisfreien Städten. Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es jedoch mehr Bezieherinnen und Bezieher in den kreisfreien Städten (15) als in den Landkreisen (10,6).

Sozialhilfe als Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kapitel 4 SGB XII) für Personen über 65 Jahre oder mit einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung erhielten ähnlich viele Menschen (42 800). Je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ab 18 Jahren waren in den kreisfreien Städten rund 18 und in den Landkreisen rund elf Personen darauf angewiesen.

Öffentliche Finanzen

Die Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich 2014 im Durchschnitt der kreisfreien Städte auf 1 196 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner; in den Landkreisen dagegen nur auf 845 Euro. Mit mehr als 1 500 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner sind der Landkreis Mainz-Bingen und die Stadt Ludwigshafen, die jeweils über die Hälfte der Steuereinnahmen aus Gewerbesteuern erzielen, Spitzenreiter im Land.

Am Ende des Jahres 2014 waren die kommunalen Kern- und Extrahaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich zusammen mit 12,5 Milliarden verschuldet. Die Schuldenbelastung je Einwohnerin bzw. Einwohner war in den kreisfreien Städten mit 5 785 Euro im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie in den Landkreisen (2 130 Euro). Bei den Landkreisen war sie in Kusel mit Abstand am höchsten (pro Kopf 5 646 Euro) und bei den kreisfreien Städten in Kaiserslautern und Pirmasens (pro Kopf jeweils mehr als 9 000 Euro). Wie schon 2013 hatten die kommunalen Haushalte im Rhein-Hunsrück-Kreis den landesweit geringsten Schuldenstand mit 576 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner.

Info

Die Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz regional: Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen“, Ausgabe 2015, umfasst 154 Seiten. In der gedruckten Fassung (DIN A4-Format) steht sie Ende Januar 2016 zum Preis von 11,50 Euro zur Verfügung. Die Veröffentlichung kann unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/regionale-querschnitts-veroeffentlichungen/ kostenfrei als PDF-Datei heruntergeladen werden.



Verbraucherpreise im Dezember 2015

Die Inflationsrate lag im Dezember um 0,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor und somit auch am Ende des Jahres 2015 auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die Preisentwicklung im Energiebereich wirkte sich weiterhin dämpfend auf den Verbraucherpreisindex aus. Die Energiepreise verringerten sich binnen Jahresfrist um 6,8 Prozent. Die Preise für Mineralölprodukte lagen im Dezember elf Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats; dabei schlug insbesondere der kräftige Rückgang der Heizölpreise zu Buche (–24 Prozent). Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung für Energie wäre die Teuerungsrate höher ausgefallen (+1 Prozent).

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen etwas stärker als der Verbraucherpreisindex insgesamt. Sie waren im Dezember 0,7 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Die größten Preissteigerungen gab es bei Gemüse (+8,4 Prozent). Fische und Fischwaren sowie Obst verteuerten sich ebenfalls (+4,7 bzw. +3,9 Prozent). Preissenkungen gab es hingegen bei Kaffee, Tee und Kakao (–5 Prozent). Molkereiprodukte und Eier waren ebenfalls günstiger als ein Jahr zuvor (–4,1 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat ist der Verbraucherpreisindex um 0,2 Prozent gesunken. Das größte Minus war bei Bekleidung und Schuhen zu verzeichnen (–3,2 Prozent). Auch im Bereich Verkehr lagen die Preise unter dem Niveau des Vormonats (–1,2 Prozent), was insbesondere auf einen Rückgang der Kraftstoffpreise (–5,3 Prozent) zurückzuführen ist. Größere Preissteigerungen gab es in der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+3,2 Prozent; darunter Pauschalreisen: +14 Prozent).

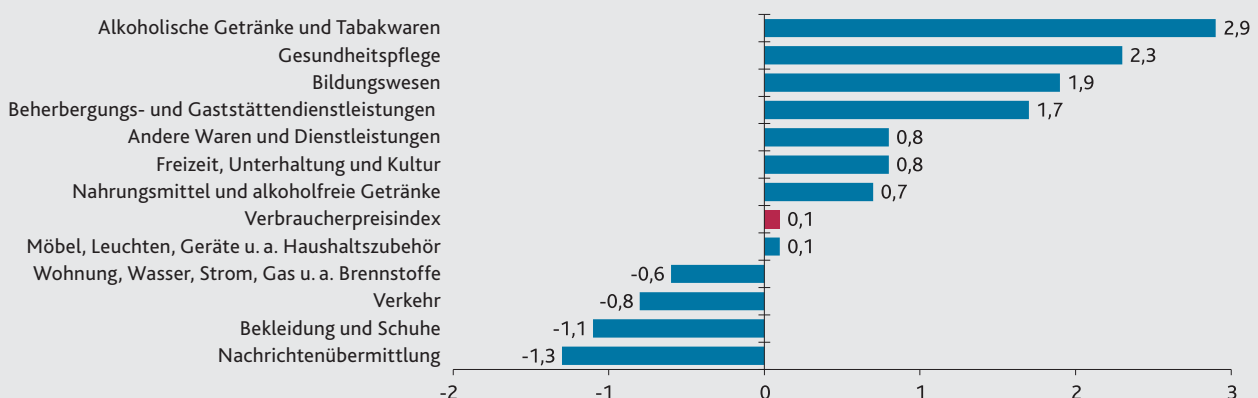
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

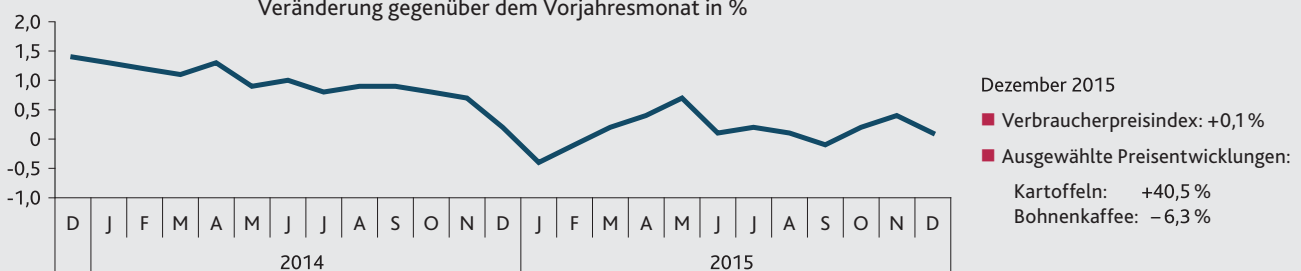
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Dezember 2015

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Dezember 2014 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

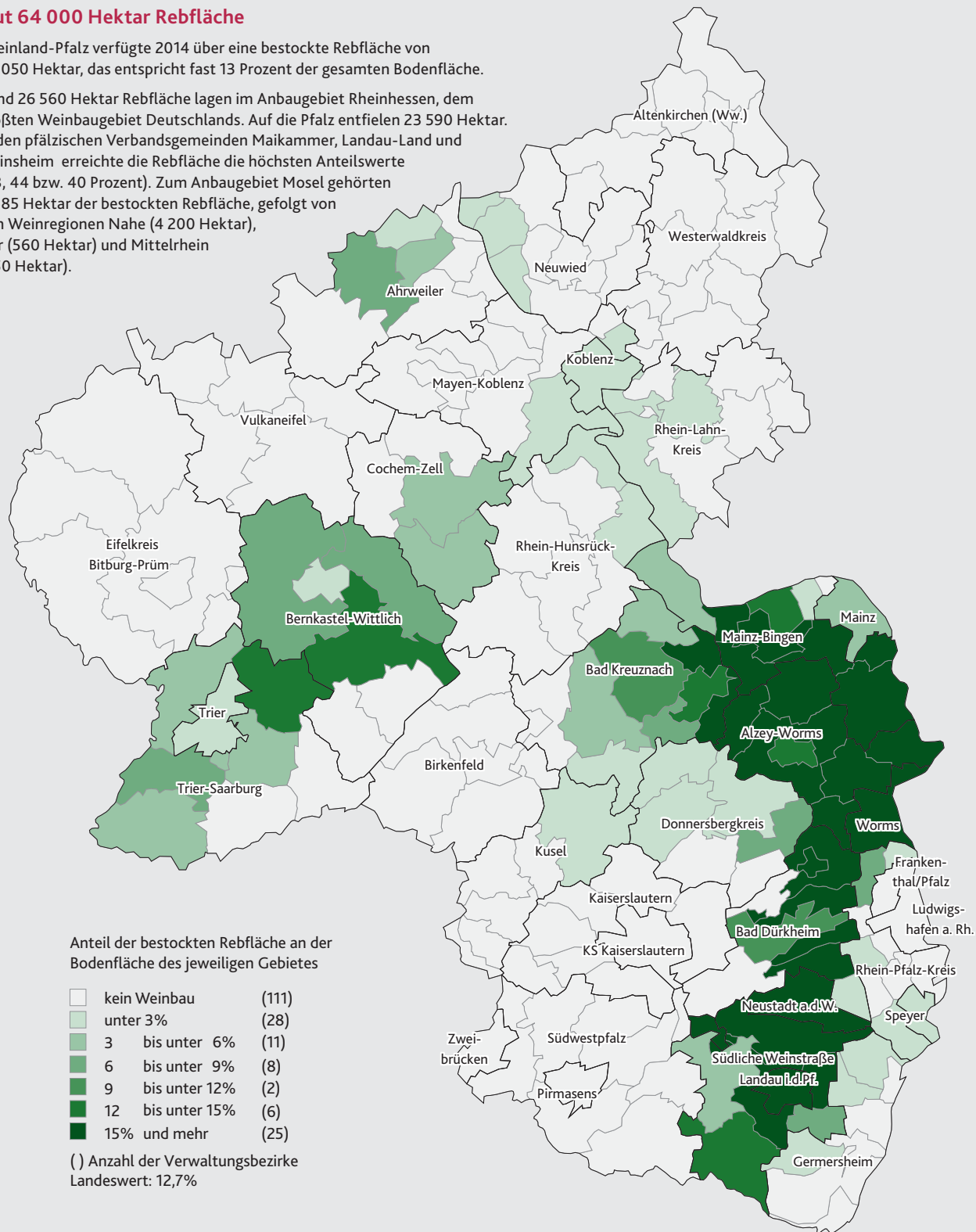


Bestockte Rebfläche 2014 nach Verwaltungsbezirken

Gut 64 000 Hektar Rebfläche

Rheinland-Pfalz verfügte 2014 über eine bestockte Rebfläche von 64 050 Hektar, das entspricht fast 13 Prozent der gesamten Bodenfläche.

Rund 26 560 Hektar Rebfläche lagen im Anbaugebiet Rheinhessen, dem größten Weinbaugebiet Deutschlands. Auf die Pfalz entfielen 23 590 Hektar. In den pfälzischen Verbandsgemeinden Maikammer, Landau-Land und Freinsheim erreichte die Rebfläche die höchsten Anteilswerte (58, 44 bzw. 40 Prozent). Zum Anbaugebiet Mosel gehörten 8 685 Hektar der bestockten Rebfläche, gefolgt von den Weinregionen Nahe (4 200 Hektar), Ahr (560 Hektar) und Mittelrhein (450 Hektar).



Energiebilanz

Grundlage für das Energiemonitoring in Rheinland-Pfalz



Von Dr. Ninja Mariette Lehnert

Die Nutzung der Energieressourcen ist von wesentlicher Bedeutung für den wirtschaftlichen Produktionsprozess. Auch private Haushalte benötigen Energie in Form von Strom und Wärme sowie für den Betrieb von Kraftfahrzeugen. Der Energieverbrauch, speziell die Verwendung fossiler Energieträger, ist jedoch mit Belastungen für die Umwelt verbunden. Die Emission von Schadstoffen und klimawirksamen Treibhausgasen führt aus volkswirtschaftlicher Sicht zu erheblichen Kosten. Die effiziente Energienutzung und der Umstieg auf erneuerbare Energien sind deshalb wichtige Themenbereiche der Energiepolitik. Die Datengrundlage für das Monitoring zur Energiepolitik bilden die Energiebilanzen.

Verschiedene Datenquellen bilden die Berechnungsbasis für die Energiebilanz

Erstellung der Energiebilanz für Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz berechnet das Statistische Landesamt die Energiebilanz jährlich im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung (MWKEL). Die Energiebilanz basiert auf verschiedenen Datenquellen. Es handelt es sich dabei zum einen um verschiedene Erhebungen der amtlichen Statistik. Um den Energieverbrauch eines Bundeslandes umfassend abzubilden, ist es zum anderen aber auch erforderlich, nicht amtliche Daten zu nutzen. Diese werden den Statistischen Landesämtern in der Regel von den Verbänden der Energiewirtschaft zur Verfügung gestellt. Bis zur Fertigstellung der Energiebilanz und der Veröffentlichung der Ergebnisse liegt eine vergleichsweise lange Zeitspanne. Aktuell stehen für Rheinland-Pfalz Daten für das Berichtsjahr 2013 zur Verfügung.

Energiebilanz

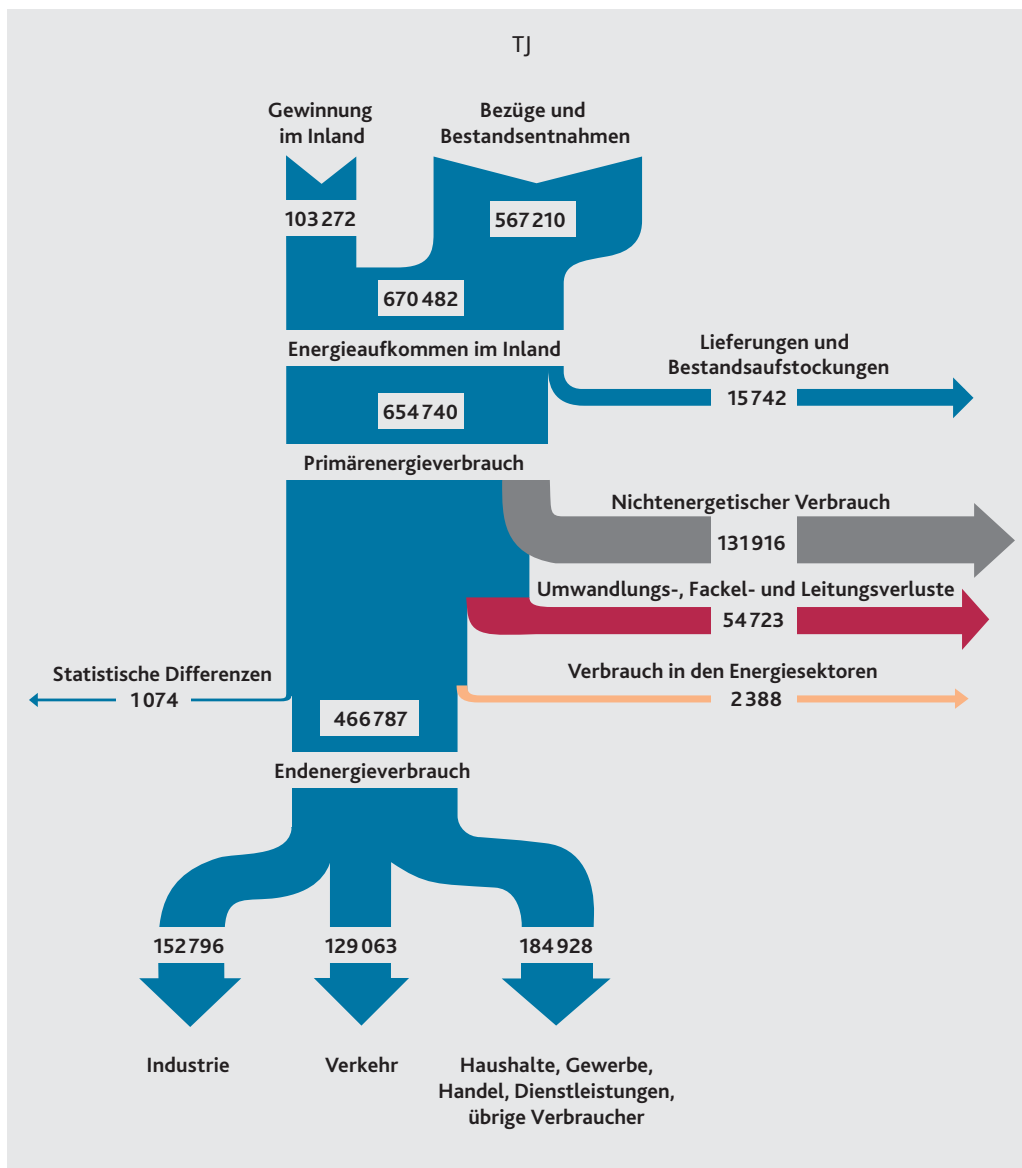
In einer Energiebilanz werden das Aufkommen, die Umwandlung und die Verwendung von Energieträgern in Form einer Matrix für ein Wirtschaftsgebiet und einen bestimmten Zeitraum nachgewiesen. Die Energiebilanzen der Bundesländer werden nach einer einheitlichen Methodik des Länderarbeitskreises Energiebilanzen erstellt.

Das Energieaufkommen ergibt sich aus der eigenen Energiegewinnung im Inland sowie den Bezügen und Bestandsentnahmen. Werden von dem gesamten Energieaufkommen im Inland Lieferungen und Bestandserhöhungen abgezogen, ergibt sich der Primärenergieverbrauch eines Landes. Er lag in Rheinland-Pfalz 2013 bei 654 740 Terajoule

Primärenergieverbrauch um 3,8 Prozent gestiegen

G 1

Energiebilanz 2013



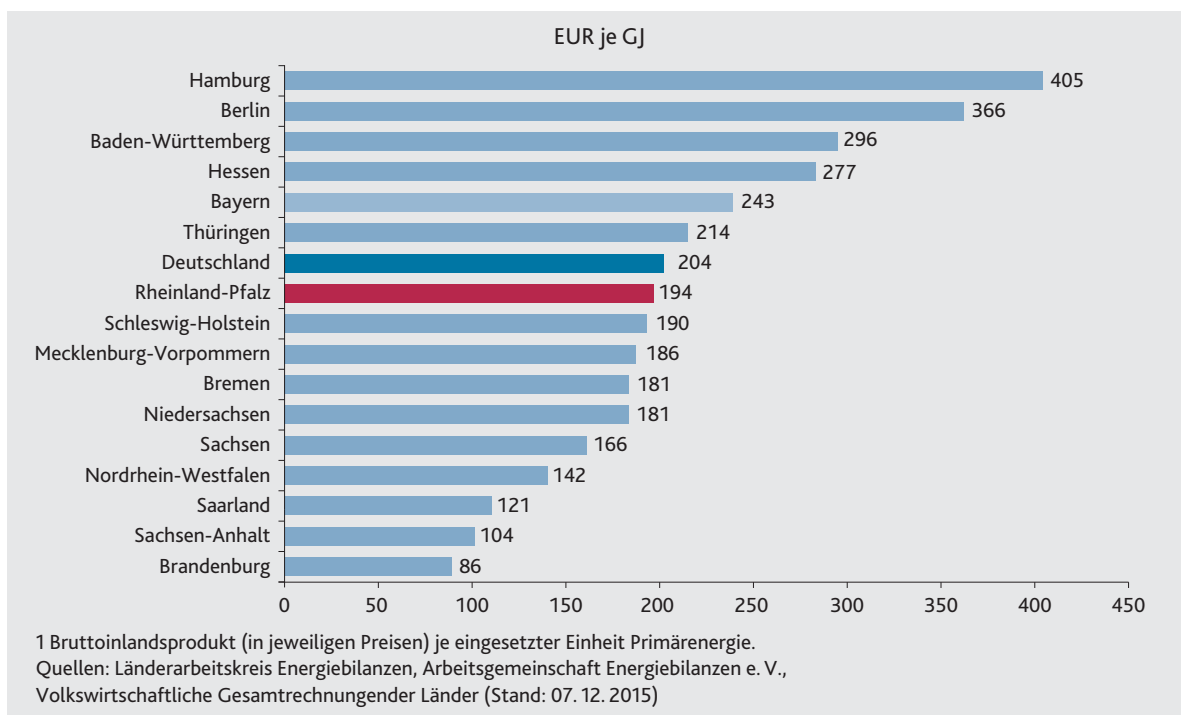
und war damit 3,8 Prozent höher als im Jahr zuvor (Deutschland: +2,8 Prozent).

Endenergie-
verbrauch:
+3,3 Prozent

Verwertbare Endenergie für die Verbraucherinnen und Verbraucher entsteht nach den Umwandlungsprozessen, z. B. in Verbrennungskraftwerken. Zudem ist der nicht-energetische Verbrauch der Grundstoffe, z. B. in der Chemischen Industrie, zu berücksichtigen. Der Endenergiever-

brauch ist deshalb grundsätzlich geringer als der Primärenergieverbrauch. Er belief sich 2013 auf 466 787 Terajoule; das waren 3,3 Prozent mehr als 2012 (Deutschland: +2,9 Prozent). Fast ein Drittel des Endenergieverbrauchs ging auf den Industriesektor zurück. Der Verkehr war für 28 Prozent des Energieverbrauchs verantwortlich. Auf den Haushaltssektor und den Bereich Gewerbe, Handel, Dienstleistungen sowie übrige Ener-

G 2

Energieproduktivität¹ – in jeweiligen Preisen – 2012 nach Bundesländern

gieverbraucher entfielen insgesamt knapp 40 Prozent des Endenergieverbrauchs.

Die Endenergie wird letztlich in Nutzenergie umgewandelt. Nutzenergie steht den Verbraucherinnen und Verbrauchern z. B. in Form von Raumwärme, Licht oder Antriebsenergie zur Verfügung. Sie ist aber statistisch nicht mehr messbar.

Effizienzmaß ist die Energieproduktivität

Als Maß für den effizienten Umgang mit den Energieressourcen wird hier die Energieproduktivität herangezogen.¹ Sie setzt den volkswirtschaftlichen Output, das Bruttoinlandsprodukt, ins Verhältnis zum Energieverbrauch. Dabei stellt der Primärenergieverbrauch den eingesetzten Energieinput dar.

¹ Ein weiteres Effizienzmaß ist die Energieintensität. Dabei handelt es sich um den Kehrwert der Energieproduktivität.

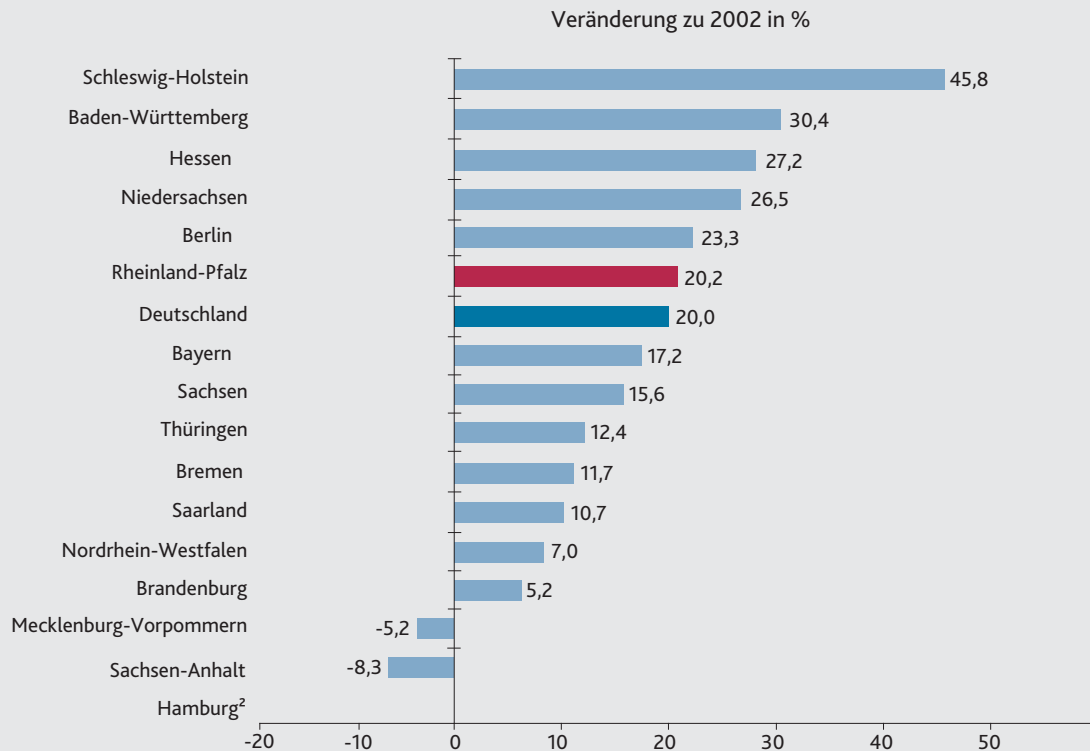
Die Energieproduktivität zeigt, wie hoch die wirtschaftliche Leistung pro eingesetzter Einheit Energie ist. Der Umgang mit den Energieressourcen ist umso effizienter, je weniger Energie für die Erstellung des Bruttoinlandsprodukts eingesetzt wird. Mit einem Gigajoule Primärenergie wurde 2013 in Rheinland-Pfalz nominal eine Wirtschaftsleistung von 190 Euro erbracht (Deutschland: 203 Euro).

Zum Vergleich der Energieproduktivitäten in den Bundesländern wird das Jahr 2012 betrachtet, da für 2013 noch nicht für alle Länder Daten verfügbar sind. Rheinland-Pfalz liegt im Mittelfeld der Bundesländer. Die große Spanne der Energieproduktivitäten ist zum Teil auf Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zurückzuführen. Beispielsweise sind die Stadtstaaten Hamburg und Berlin vergleichsweise stark durch den wenig energieintensiven Dienstleistungssektor

Energieproduktivität
2013: 190 Euro
je Gigajoule
Primärenergie-
verbrauch

Rheinland-Pfalz durch
energie-
intensive
Industrie
geprägt

G 3

Energieproduktivität¹ – preisbereinigt, verkettet – 2012 nach Bundesländern

1 Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) je eingesetzter Einheit Primärenergie.

2 Daten zum Primärenergieverbrauch 2002 liegen für Hamburg nicht vor.

Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Stand: 07.12.2015).

tor geprägt. In Rheinland-Pfalz besitzt hingegen das relativ energieintensive Verarbeitende Gewerbe einen überdurchschnittlich hohen Anteil an der Wertschöpfung (2012: 27 Prozent, Deutschland: 23 Prozent).

Energie-
produktivität
2012 zu 2002:
+20 Prozent

Wird zur Berechnung der Energieproduktivität das um Preisänderungen bereinigte (reale) Bruttoinlandsprodukt herangezogen, lässt sich die Entwicklung über die Zeit darstellen. Von 2002 bis 2012 nahm die Energieproduktivität preisbereinigt um 20 Prozent zu. Damit entwickelte sich die rheinland-pfälzische Energieproduktivität in diesem Betrachtungszeitraum ähnlich wie die Energieproduktivität in Deutschland. Der

Energieverbrauch unterliegt allerdings deutlichen Schwankungen.

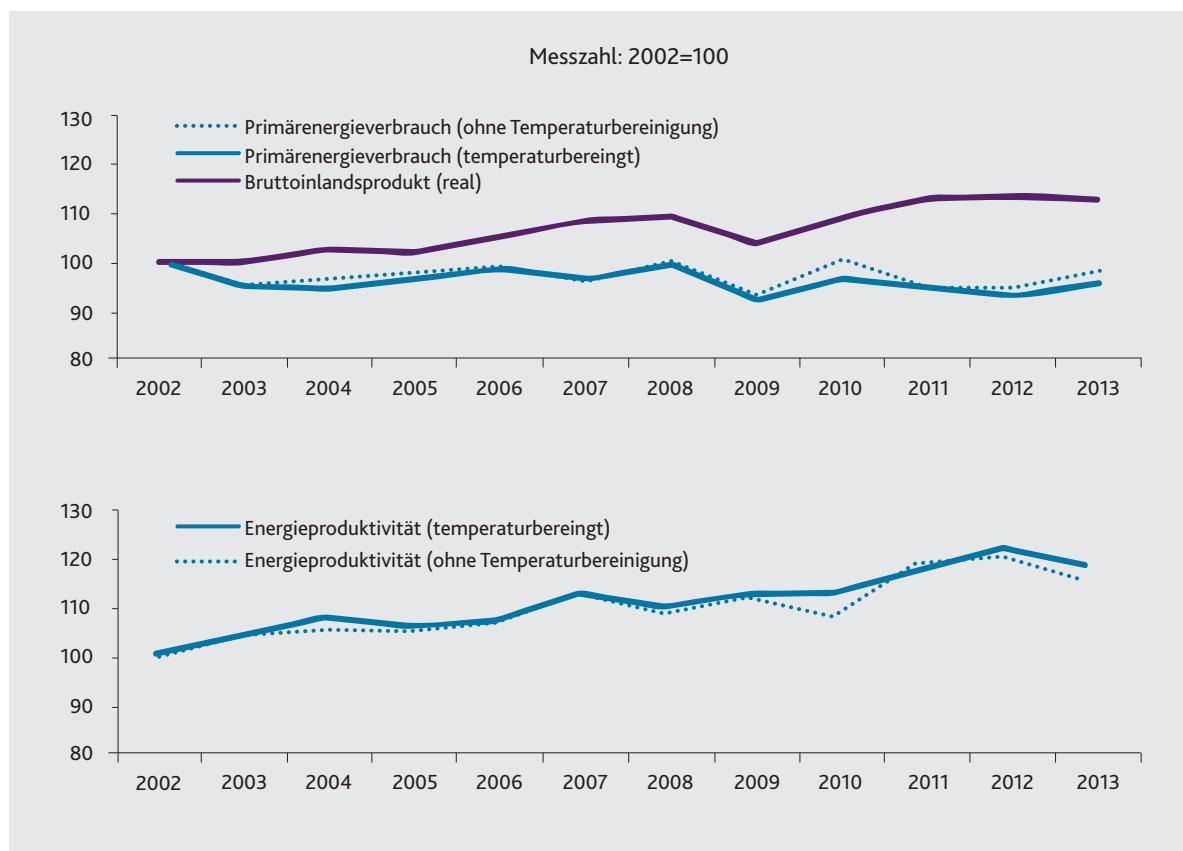
Von 2002 bis 2013 ist hierzulande eine Steigerung der Energieproduktivität von 15 Prozent festzustellen.² In Deutschland stieg sie mit +17 Prozent etwas stärker. Sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Deutschland war der ausschlaggebende Grund für die Effizienzsteigerung die positive Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts mit zweistelligen Zuwachsraten. Der Energieverbrauch veränderte sich im Vergleich dazu nur wenig.

Produktivitäts-
steigerung vor
allem durch
Wachstum
des Bruttoin-
landsprodukts
begründet

² Für Deutschland und für Rheinland-Pfalz liegen bereits die Energiebilanzen für 2013 vor.

G 4

Primärenergieverbrauch, Bruttoinlandsprodukt und Energieproduktivität 2002–2013



Primärenergieverbrauch
seit 2002 um
1,9 Prozent
gesunken

Dass die Produktivitätssteigerung in Deutschland höher war als in Rheinland-Pfalz, ist auf die vergleichsweise stärkere Abnahme des Primärenergieverbrauchs zurückzuführen. Der Verbrauchsrückgang lag zwischen 2002 und 2013 in Deutschland bei 4,2 Prozent, in Rheinland-Pfalz bei 1,9 Prozent. Die unterschiedliche Produktivitätsentwicklung wurde durch den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts, der in Rheinland-Pfalz real etwas größer ausfiel als in Deutschland (+13 bzw. +12 Prozent) aber teilweise ausgeglichen.

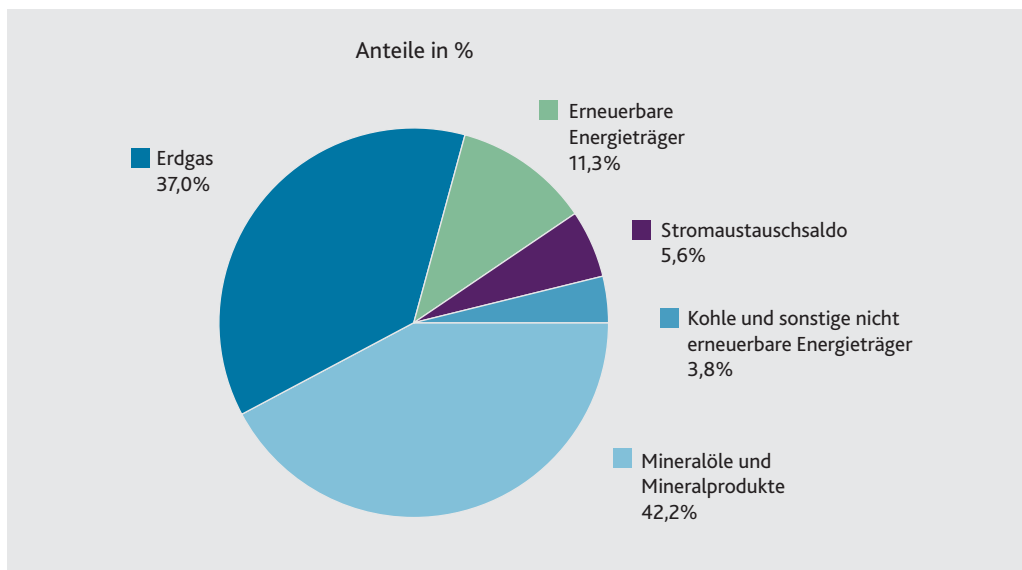
Das Verbrauchsverhalten wird besonders durch Witterungsbedingungen beeinflusst. Im Jahr 2013 war die Durchschnittstemperatur vergleichsweise gering und es gab einen erhöhten Heizbedarf in den Winter-

monaten. Temperaturbereinigt belief sich der Anstieg des Primärenergieverbrauchs 2013 gegenüber dem Jahr zuvor nur auf 2,5 Prozent statt auf unbereinigt 3,8 Prozent. Über den gesamten Betrachtungszeitraum war der temperaturbereinigte Verbrauch rückläufig (–4,5 statt unbereinigt –1,9 Prozent). Die Schwankungen des tatsächlichen Primärenergieverbrauchs fallen durch die Temperaturbereinigung grundsätzlich geringer aus. Die Steigerung der Energieproduktivität war zwischen 2002 und 2013 in Rheinland-Pfalz nach dem Ausgleich der Temperaturschwankungen um 3,2 Prozentpunkte höher als unbereinigt: Die Energieproduktivität nahm temperaturbereinigt um 18 Prozent zu.

Temperaturbereinigung
glättet
Verbrauchsschwankungen

G 5

Primärenergieverbrauch 2013 nach Energieträgern



Bedeutung erneuerbarer Energien nimmt zu

Neben der Erhöhung der Energieeffizienz kann auch die Nutzung von erneuerbaren Energien zu einem schonenden Umgang mit den vorhandenen Umweltressourcen beitragen. Erneuerbare Energien – wie Wasserkraft, Windenergie oder Energie aus Biomasseprodukten – werden im Gegensatz zu fossilen nicht erneuerbaren Energien wie Erdöl aus unendlich verfügbaren Ressourcen gewonnen und sind mit wesentlich weniger umweltschädigenden Emissionen verbunden.

Fossile Energieträger decken 83 Prozent des Primärenergieverbrauchs

Trotz des politisch stark forcierten Ausbaus der erneuerbaren Energien wird der Großteil des Primärenergieverbrauchs weiterhin über fossile Energieträger gedeckt. Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Primärenergieverbrauch lag 2013 bei elf Prozent. Die fossilen Energieträger hatten einen Anteil von 83 Prozent.

Bei den Stromlieferungen aus anderen Bundesländern und dem Ausland ist nicht fest-

zustellen, aus welchen Energieträgern der Strom ursprünglich gewonnen wurde. Da in Rheinland-Pfalz mehr Strom importiert als exportiert wird, entsteht ein Importüberschuss. Dieser wird als Stromaustauschsaldo bezeichnet und hatte 2013 einen Anteil von sechs Prozent am Primärenergieverbrauch. Der in Rheinland-Pfalz erzeugte Strom weist einen vergleichsweise hohen Anteil erneuerbarer Energien auf (2013: 35 Prozent, Deutschland: 24 Prozent).³

Die erneuerbaren Energieträger lieferten 2013 rund 20,5 Milliarden Kilowattstunden zur Deckung des Primärenergieverbrauchs (73 894 Terajoule). Der wichtigste erneuerbare Energieträger ist Biomasse. Der Anteil der Biomasse an der Deckung des Primärenergieverbrauchs mit erneuerbaren Energieträgern belief sich 2013 auf 65 Prozent. An zweiter Stelle folgte die Energie aus Windkraft (15 Prozent). An dritter und vierter Stelle

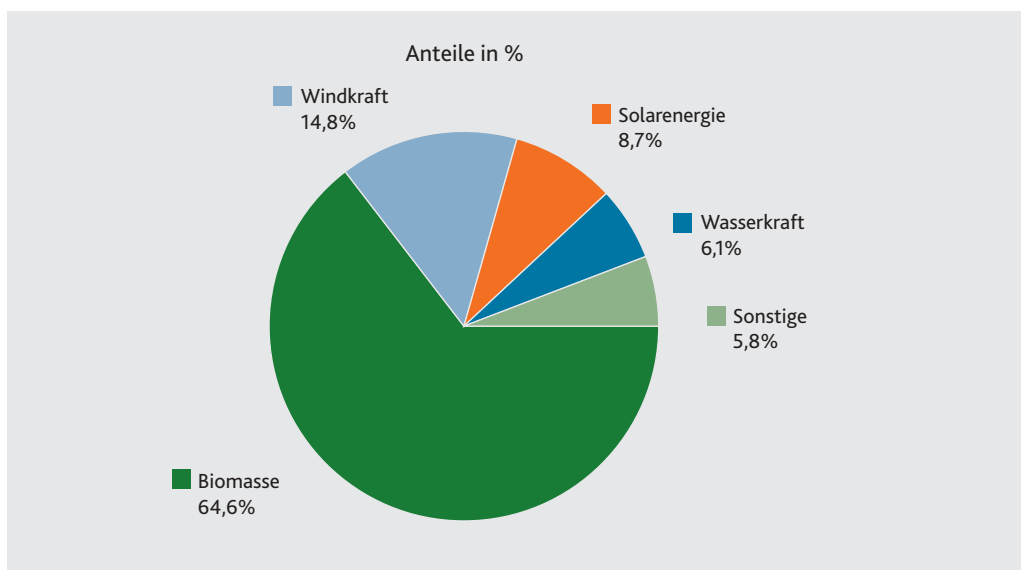
Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Bruttostromerzeugung 2013: 35 Prozent

Biomasse wichtigster erneuerbarer Energieträger

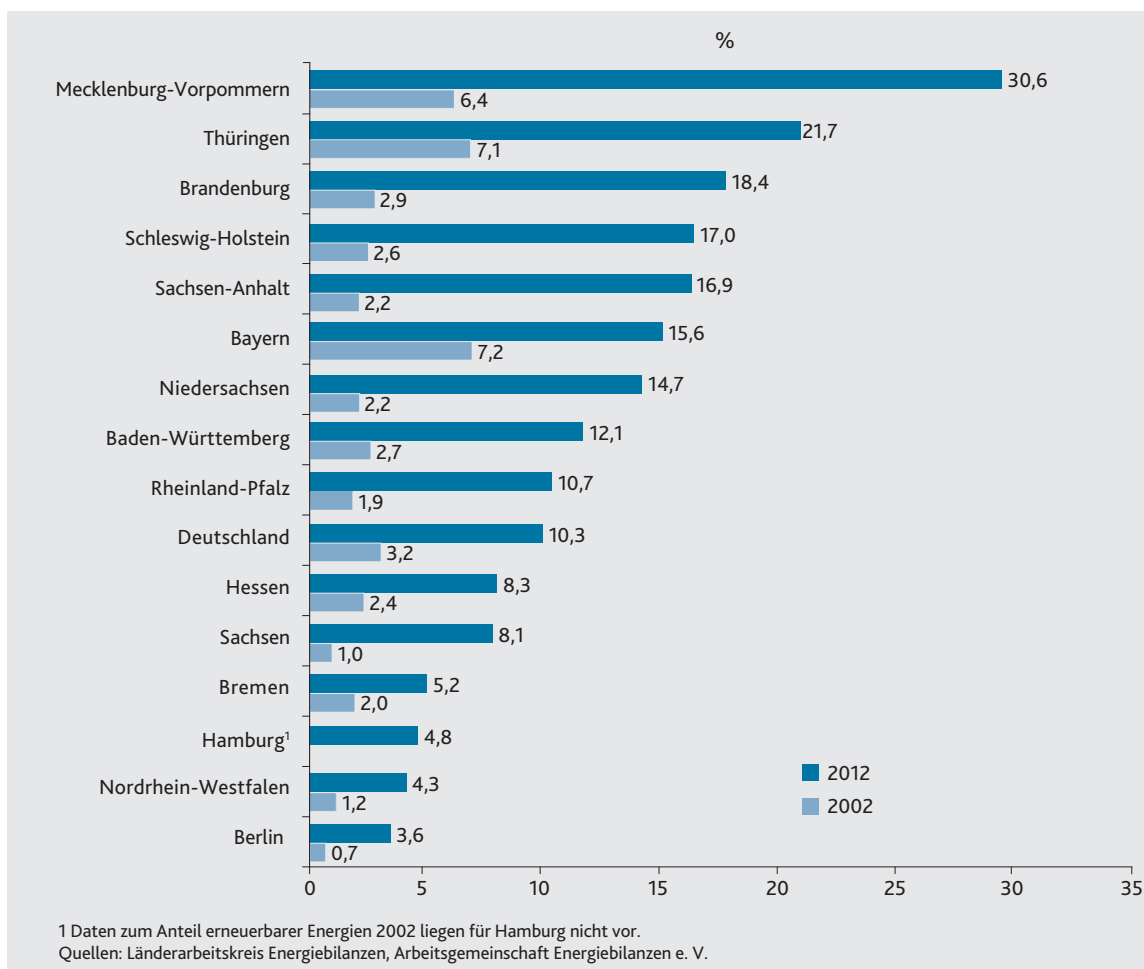
³ Der Anteil bezieht sich auf die Bruttostromerzeugung, d.h., auf die Stromerzeugung inklusive Eigenverbrauch der Kraftwerke.

G 6

Primärenergieverbrauch erneuerbarer Energien 2013 nach Energieträgern



G 7

Anteile erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch 2012 und 2002 nach Bundesländern¹

Große Spann-
breite beim
Anteil erneuer-
barer Energie-
träger in den
Bundesländern

stehen in Rheinland-Pfalz die Solarenergie und die Wasserkraft (2013: 8,7 bzw. 6,1 Prozent).

Die erneuerbaren Energien spielten zu Beginn des Jahrtausends noch eine vergleichsweise unbedeutende Rolle. Mittlerweile ist der Anteil am Primärenergieverbrauch sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Deutschland zweistellig (2013: jeweils elf Prozent). Bis zum Jahr 2012 sind die Informationen zu den erneuerbaren Energien für die Bundesländer verfügbar: Die Spanne bei den Anteilen der erneuerbaren Energieträger lag zwischen drei Prozent im Saarland und 30 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Insbesondere in den ostdeutschen Flächenländern wurde der Ausbau der erneuerbaren Energien vergleichsweise früh vorangetrieben. Bereits 2002 trugen die erneuerbaren Energien in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern 7,1 bzw. 6,4 Prozent zur Deckung des jeweiligen Primärenergieverbrauchs bei, während sich der Ausbau der erneuerbaren Energien in den meisten anderen Ländern noch im Anfangsstadium befand. Eine Ausnahme war Bayern (Anteil der erneuerbaren Energieträger 2002: 7,2 Prozent). Dort wurden schon früh die standortbedingten Potenziale der Wasserkraft genutzt. Heute gehört zu den fünf Spitzenreitern neben den vier

ostdeutschen Flächenländern das Bundesland Schleswig-Holstein. Rheinland-Pfalz befindet sich beim Anteil und dem Ausbau der erneuerbaren Energien im Mittelfeld der Länder.

Rheinland-Pfalz beim Ländervergleich im Mittelfeld

Sowohl bei der Energieeffizienz als auch beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger hat sich Rheinland-Pfalz im Betrachtungszeitraum gesteigert. Im Ländervergleich liegt Rheinland-Pfalz in beiden Bereichen im Mittelfeld. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur der Länder einen starken Einfluss auf die Energieproduktivität hat. In Rheinland-Pfalz hat die energieintensive Industrie einen vergleichsweise hohen Wertschöpfungsanteil. Hinzu kommt die Ausgestaltung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Diese haben insbesondere den Ausbau der erneuerbaren Energien maßgeblich geprägt. Hier konnten vor allem die ostdeutschen Bundesländer einen Vorsprung erlangen.

Dr. Ninja Mariette Lehnert ist
Referentin im Referat „Analysen“.

Info

Weitere Informationen zum Themenbereich „Energie“ finden Sie unter www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie sowie im Statistischen Jahrbuch 2015 unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch

Für Smartphone-Benutzer:

Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen.

Ergebnisse der Energiebilanzen aller Bundesländer sind auf der Homepage des Länderarbeitskreises Energiebilanzen abrufbar: www.lak-energiebilanzen.de



Haushalte und Familien 2014

Durchschnittlich 2,1 Personen in jedem Haushalt



Von Dr. Merle Hattenhauer

Immer mehr Menschen leben in Lebensgemeinschaften, als alleinerziehende Elternteile oder als Alleinstehende, d. h. ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und ohne Kinder im eigenen Haushalt. Bei den Familien gewinnen alternative Formen des Zusammenlebens zunehmend an Bedeutung, die Zahl der traditionellen Familien geht zurück. Anhand der Ergebnisse des Mikrozensus 2004 und 2014 werden im Folgenden die Strukturen und Entwicklungen der Haushalte und Familien sowie Änderungen der Lebensverhältnisse dargestellt.

Privathaushalte werden immer kleiner

Im Jahr 2014 wohnten in Rheinland-Pfalz rund vier Millionen Menschen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung am Haupt- und Nebenwohnsitz lebt in einem Privathaushalt. Als (Privat-)Haushalt zählt jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte).

Mit rund 52 000 Personen bewohnte lediglich ein kleiner Teil der Bevölkerung 2014 eine sogenannte Gemeinschaftsunterkunft. Hierzu zählen beispielsweise Altersheime und Altenpflegeheime sowie ähnliche Einrichtungen.

Trotz rückläufiger Entwicklung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung zwischen 2004 und 2014 stieg die Zahl der Privathaushalte in diesem Zeitraum um 1,6 Prozent auf gut 1,9 Millionen. Demnach wohnen in den Haushalten immer weniger Menschen. Ein rheinland-pfälzischer Haushalt bestand im Jahr 2014 durchschnittlich aus 2,1 Personen, 2004 waren es noch 2,2 Personen.

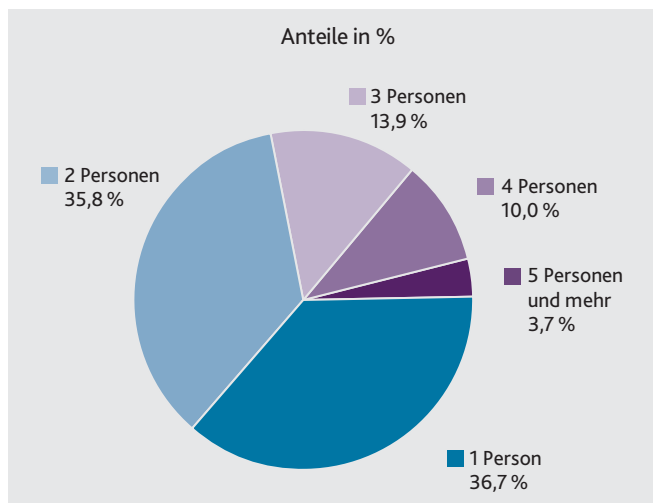
Insbesondere die Zusammensetzung der Haushalte in Rheinland-Pfalz hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich verändert. So erhöhte sich die Zahl der Einpersonenhaushalte zwischen 2004 und 2014 um 5,7 Prozent, die Zahl der Zweipersonenhaushalte stieg sogar um mehr als acht Prozent. Zum Anstieg der Zahl der Privathaushalte hat damit vor allem der Zuwachs bei den Zwei-

Im Durchschnitt
2,1 Personen je
Haushalt

Der Trend
zu kleineren
Haushalten
hält an

G 1

Haushalte 2014 nach Größe



personenhaushalten beigetragen. Insgesamt gliederten sich im Jahr 2014 die Privathaushalte in Rheinland-Pfalz zu je etwa einem Drittel in Haushalte mit einer Person (37 Prozent), zwei Personen (36 Prozent) bzw. drei und mehr Personen (28 Prozent).

Zu den Alleinstehenden zählen im Mikrozensus alle Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner und ohne Kinder leben. Alleinlebende sind ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die in einem Einpersonenhaushalt leben.

Fast ein Drittel der Bevölkerung ab 65 Jahren lebt allein

Noch immer ist das Alleinleben unter der Bevölkerung mit fortgeschrittenem Alter am weitesten verbreitet. Dabei handelt es sich vielfach um ältere Menschen, die z. B. nach dem Tod der Partnerin bzw. des Partners allein in einem Haushalt leben und nicht – wie dies in früheren Zeiten noch durchaus üblich war – mit Kindern oder Enkeln unter einem Dach wohnen. Mehr als 31 Prozent der Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren lebte 2014 allein. Vor allem die Zahl der allein lebenden Frauen steigt im Alter – unter anderem bedingt durch die höhere Lebenserwartung der Frauen – stark an.

Dagegen lebten und wirtschafteten 2014 lediglich 21 Prozent der 20- bis unter 35-Jährigen allein. Noch geringer ist der Anteil der Alleinlebenden bei der Gruppe der 35- bis unter 65-Jährigen; viele Menschen dieser Altersgruppe lebten mit einer Partnerin bzw. einem Partner und/oder Kind bzw. Kindern zusammen.

Immer seltener leben mehrere Generationen in einem Haushalt zusammen

War das Leben in einer Großfamilie, sei es in einem Haushalt mit drei Generationen oder in einem Zweigenerationenhaushalt mit mehreren Kindern, Mitte des letzten Jahrhunderts noch eine durchaus übliche Form des Zusammenlebens, so ist dies heute eher selten geworden.

Erfassung von Familien im Mikrozensus

Seit seiner erstmaligen Erhebung im Jahr 1957 orientierte sich der Mikrozensus bei der Erfassung familialer Beziehungen am traditionellen Familienkonzept. Mit der Einführung des unterjährigen Mikrozensus im Jahr 2005 wurde das traditionelle Familienkonzept auf das Lebensformenkonzept umgestellt. Der Mikrozensus liefert so unter anderem die Datengrundlage für die Festlegung von Kindergeld- und BAföG-Sätzen.

Mit dem Wechsel wurden alternative Lebensformen wie nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in die Berichterstattung integriert. Ausgehend davon gehören zu den Familien nun alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare mit ledigen Kindern, (nichteheliche und gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern und Alleinerziehende mit ledigen Kindern.

Familienverbände, die über den Kernhaushalt hinausgehen (wie getrennt wohnende Eltern oder nicht im Haushalt lebende Geschwister) können nicht erfasst werden.

Im Jahr 2005 wurde im Mikrozensus erstmals allen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartner/in im Haushalt die Frage nach einer Lebenspartnerschaft gestellt. Damit können ab dem Mikrozensus 2005 erstmals mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erhoben werden.

G 2

Systematik der Familien im Mikrozensus

	Haushalt		
	Mit Partner/-in	Ohne Partner/-in	
Mit Kind bzw. Kindern	Ehepaare, Lebensgemeinschaften ²	Alleinerziehende	Familien
Ohne Kind ¹	Ehepaare, Lebensgemeinschaften ²	Alleinstehende [darunter: Alleinlebende ³]	
	Paare		

1 Als Kinder zählen ledige Personen (ohne Altersbegrenzung) mit mindestens einem Elternteil und ohne Lebenspartner/-in bzw. eigene ledige Kinder im Haushalt. – 2 Nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. – 3 Einpersonenhaushalte.

Immer weniger
Mehrgene-
rationen
haushalte

Im Jahr 2014 war lediglich knapp jeder dritte Haushalt ein Mehrgenerationenhaushalt.¹ In 30 Prozent der Haushalte lebten zwei Generationen unter einem Dach, nur 0,7 Prozent der Haushalte umfasste drei und mehr Generationen. Die Mehrgenerationenhaushalte waren somit fast ausschließlich Zweigenerationenhaushalte.

Immer mehr alternative Familienformen

Im Jahr 2014 lebten 49 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung in einer Familie. Sie lebten also mit ihren Eltern bzw. einem Elternteil oder mit ihren Kindern zusammen. Nicht zu den Familien zählen Ehepaare ohne Kinder, nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende. Durch die im Jahr 2005 veränderte Erfassung von Familien (siehe Textkasten „Erfassung von Familien im Mikrozensus“) kann der Mikrozensus besser soziale Entwicklungen abbilden und wird zugleich dem geänderten Verständnis von Familie gerecht. Familien

nehmen in der politischen Diskussion einen besonderen Stellenwert ein. Nach Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Übereinstimmend wird in Deutschland auch das Zusammenleben mit Kindern generell als besonders schutzbedürftig betrachtet.

Im Jahr 2014 lebten in Rheinland-Pfalz insgesamt 583 600 Familien mit 952 100 ledigen Kindern jeden Alters. Im Vergleich zum Jahr 2004 nahm die Zahl der Familien damit um 8,3 Prozent ab.

Zahl der
Familien
nimmt ab

Hinter den rückläufigen Familienzahlen stehen unterschiedliche Entwicklungen bei den einzelnen Familienformen. Während die Zahl der traditionellen Eltern-Kind-Gemeinschaften (Paare mit Kind bzw. Kindern) sank, erhöhte sich die Zahl der sogenannten Ein-Eltern-Kind-Gemeinschaften – also der Alleinerziehenden. Obwohl die traditionelle Familie nach wie vor überwiegt, nahm ihr Anteil von gut 77 Prozent im Jahr 2004 auf knapp 72 Prozent im Jahr 2014 ab.

Anteil
traditioneller
Familien sinkt

¹ Haushalte mit geradlinig Verwandten und gegebenenfalls weiteren Personen im Haushalt.

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als 1%-Stichprobe kontinuierliche sozio-ökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit, Bildung usw. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 16 000 Haushalte mit rund 35 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 340 000 Haushalte mit etwa 690 000 Personen. Die Erhebung der Daten

für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch Interviewerinnen und Interviewer – allein in Rheinland-Pfalz rund 200. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

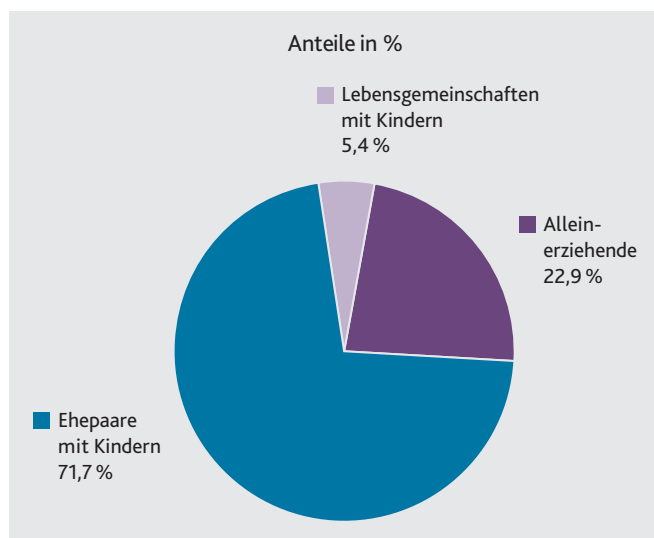
Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2016 gültig.

G 3

Familien 2014



In den vergangenen Jahrzehnten veränderte sich die Bedeutung verschiedener Formen des partnerschaftlichen Lebens innerhalb der Bevölkerung deutlich. Als ursächlich für den Wandel können dabei unter anderem die weitgehende Akzeptanz nichtehelicher Lebensformen, der Alterungsprozess der Bevölkerung, die Zunahme von Scheidungen und Trennungen sowie stärkere Selbstverwirklichungstendenzen der Menschen angesehen werden. Zudem leben Menschen im Laufe ihres Lebens vielfach in unterschiedlichen Lebensformen.

Immer weniger Kinder

1,63 Kinder pro Familie

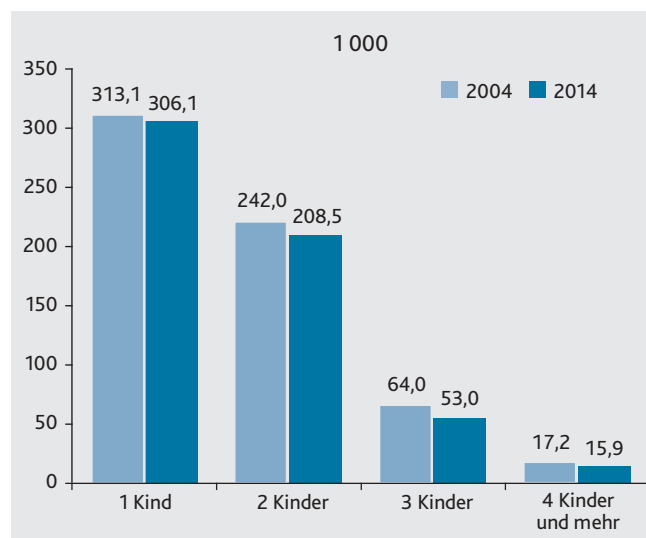
Nicht nur die Zahl der Familien nahm innerhalb der vergangenen zehn Jahre ab, auch die der Kinder sank deutlich (-11 Prozent). Im Mittel lebten 2014 in jeder Familie 1,63 Kinder.

Jede zweite Familie mit nur einem Kind

Dabei lebte in rund der Hälfte der rheinland-pfälzischen Familien 2014 nur ein Kind im gemeinsamen Haushalt. In den übrigen Familien wachsen Kinder mit mindestens einem Geschwisterkind auf; 36 Prozent der Familien haben zwei, zwölf Prozent drei oder

G 4

Familien 2004 und 2014 nach Zahl der Kinder



mehr Kinder. In den letzten zehn Jahren blieb diese Verteilung, bei rückläufiger Zahl der Familien insgesamt, nahezu unverändert. Insgesamt besteht die rheinland-pfälzische Durchschnittsfamilie aus 3,4 Personen.

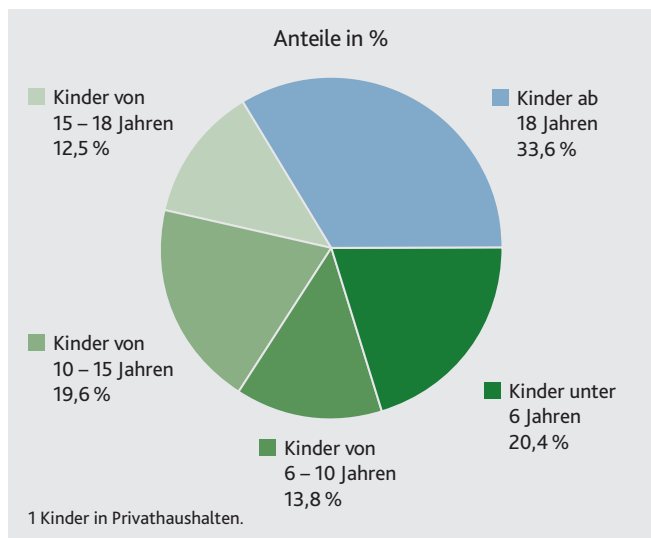
Die Zahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren sank zwischen 2004 und 2014 um 61 500 auf 392 200. Insgesamt lebten im Jahr 2014 in Rheinland-Pfalz 631 900 Kinder unter 18 Jahren. Das sind etwas mehr als 66 Prozent aller im Mikrozensus als Kinder identifizierten Personen. Mehr als 20 Prozent sind jünger als sechs Jahre.

83 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen

Alleinerziehende stellen einen immer größer werdenden Teil der Familien. Als alleinerziehende Elternteile zählen im Mikrozensus Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner mit ihren minder- oder volljährigen ledigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. In Rheinland-Pfalz gab es im Jahr 2014 insgesamt 133 600 alleinerziehende Elternteile.

23 Prozent aller Familien sind alleinerziehende Mütter oder Väter mit ihren Kindern

G 5

Kinder¹ 2014 nach Alter

Mit einem Anteil von 83 Prozent sind es dabei immer noch vorwiegend Mütter, die ihre Kinder ohne Partner großziehen.

Die meisten Alleinerziehenden haben nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2014 nur ein Kind (68 Prozent), ein Viertel (25 Prozent) kümmert sich allein um zwei Kinder. Die durchschnittliche Kinderzahl von Alleinerziehenden liegt bei 1,4.

Bei den alleinerziehenden Elternteilen leben in vielen Fällen ältere Kinder: Über 42 Prozent der bei Alleinerziehenden lebenden Kinder sind bereits volljährig. Dagegen sind lediglich dreizehn Prozent jünger als sechs Jahre, zwölf Prozent sind zwischen sechs und zehn Jahre alt, 19 Prozent zwischen zehn und 15 Jahren sowie 14 Prozent zwischen 15 und 18 Jahren.

45 Prozent der Alleinerziehenden sind geschieden

Nach wie vor ist eine Scheidung die häufigste Ursache, warum Mütter und Väter ihre Kinder allein aufziehen. Im Jahr 2014 waren knapp 45 Prozent der Alleinerziehenden geschieden; 21 Prozent von ihnen waren verwitwet.

Zahl der Paare ohne Kinder nimmt zu

Die Zahl der Paare ohne Kinder stieg in den letzten Jahren kontinuierlich. Im Jahr 2014 lebten im Land 575 600 Paare ohne ledige Kinder. Der überwiegende Teil dieser Paare ohne Kinder sind allerdings ältere Menschen, deren erwachsene Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben. Darüber hinaus verzögert sich gerade bei jungen Paaren häufig – unter anderem bedingt durch längere Ausbildungszeiten – der Zeitpunkt der Eheschließung sowie der Geburt des ersten Kindes.

Deutlich zugenommen hat in den letzten Jahren das unverheiratete Zusammenleben in einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft. Dennoch bleibt die Ehe für Paare die am häufigsten gewählte Form des Zusammenlebens: 85 Prozent aller Paare ohne Kinder im Land sind verheiratet.

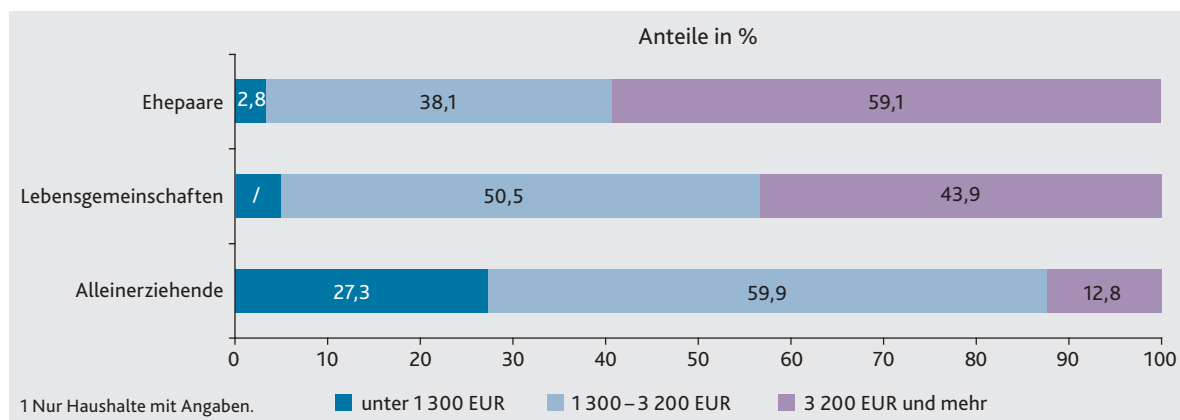
Ehe weiterhin häufigste Form des Zusammenlebens für Paare

Alleinerziehende häufig mit geringem Einkommen

Neben der sozialen ist auch die wirtschaftliche Lage von Familien bedeutsam. Mit den verschiedenen Familienformen gehen auch unterschiedliche Möglichkeiten der Erwerbsbeteiligung und damit der Lebensgestaltung einher. Das monatliche Nettoeinkommen lag 2014 in Rheinland-Pfalz bei jeder zwölften Familie (8,5 Prozent) unter 1 300 Euro. Rund 13 Prozent der Familien verfügten monatlich über 1 300 bis 2 000 Euro, 31 Prozent über 2 000 bis 3 200 Euro und 48 Prozent über 3 200 Euro und mehr.

Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Familienformen: Vor allem Alleinerziehende sind oft besonderen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Während 27 Prozent aller Alleinerziehenden mit einem Einkommen von unter 1 300 Euro auskom-

G 6

Familien 2014 nach monatlichem Nettoeinkommen¹

men müssen, liegt der entsprechende Anteil bei Ehepaaren mit Kindern nur bei 2,8 Prozent.

74 Prozent der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern gehen einer Erwerbstätigkeit nach

Bei 69 Prozent der Familien mit zwei Eltern teilen und Kindern unter 18 Jahren gingen beide Partner einer Erwerbstätigkeit nach. Lediglich einer der beiden Partner arbeitete bei 27 Prozent der Paare mit Kindern unter 18 Jahren. Von den Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern waren 74 Prozent erwerbstätig. Dabei wird die Beteiligung am Erwerbsleben bei Alleinerziehenden maßgeblich vom Alter der Kinder bestimmt: Alleinerziehende, die Kinder unter sechs Jahren großziehen, sind seltener erwerbstätig als Alleinerziehende mit älteren Kinder.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt durch den Mikrozensus über wichtige Daten zu Haus-

halten und Familien, deren Struktur und Veränderung im Zeitverlauf. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten vollzogen sich bedeutsame Wandlungen: Während die Zahl der Alleinlebenden steigt, geht die Zahl der Familien deutlich zurück. Auch haben im Zeitverlauf die „alternativen“ Familienformen – dazu zählen Alleinerziehende und nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit Kindern – immer mehr an Bedeutung gewonnen. Der Großteil der Familien lebt aber nach wie vor in der traditionellen Familienform des Ehepaares mit Kind bzw. Kindern.

Dr. Merle Hattenhauer leitet das Referat „Mikrozensus, Haushalts-erhebungen“.

Info

Weitere Informationen zum Themenbereich „Familien und Lebensformen“ finden Sie im Statistischen Jahrbuch 2015 unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch
Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen



Öffentliche Verschuldung

Ergebnisse der Schuldenstatistik 2014



Von Dr. Christoph Wonke

Europäische Verträge, das Grundgesetz und die Verfassungen der Bundesländer sehen eine Begrenzung der Staatsverschuldung vor. Die amtliche Statistik Deutschlands erhebt die deutschen Schuldenstände regelmäßig nach einem EU-weit gültigen Konzept. In Rheinland-Pfalz sind die Schulden im Jahr 2014 insgesamt gestiegen. Während das Land die Schuldenlast leicht senken konnte, wuchsen die Schulden der rheinland-pfälzischen Kommunen weiter. Im Bundesvergleich der Flächenländer hat Rheinland-Pfalz insgesamt die dritthöchste Verschuldung. Deutschland ist innerhalb der 19 Mitgliedsstaaten des EU-Währungsraumes insgesamt unterdurchschnittlich verschuldet.

Begrenzung der Schuldenaufnahme

Die öffentliche Hand darf sich verschulden. Diverse ökonomische Ansätze weisen jedoch darauf hin, dass eine übermäßige Verschuldung zu Problemen führen kann. Beispielsweise reduzieren aufgelaufene Zinszahlungen und Tilgungsverpflichtungen die zukünftigen fiskalischen Handlungsspielräume. Mit steigender Verschuldungsquote fordert der Kreditmarkt zunehmend höhere Zinsen.

Obergrenze der Staatsver- schuldung

Im Stabilitäts- und Wachstumspakt haben sich die Mitgliedsstaaten daher auf eine Obergrenze der Staatsverschuldung bzw. des Haushaltsdefizits verpflichtet. Die Gesamtverschuldung eines Mitgliedsstaats soll demnach nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und das jährliche Haushaltsdefizit nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen.

Deutschland hat darüber hinaus eine „Schuldenbremse“ in das Grundgesetz aufgenommen. Die strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes darf demnach von 2016 an maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Für die Haushalte der Bundesländer in Deutschland gilt ab 2020 ein vollständiges Verbot der Nettokreditaufnahme. Sie müssen fortan ohne eine Neuverschuldung auskommen.

Erfassung der Schuldenstände durch die amtliche Statistik

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erfassen regelmäßig die Verschuldung der öffentlichen Hand. Die Erhebung erfolgt in einer inhaltlich abgeschwächten Form vierteljährlich und ausführlich jährlich.

Bei der Ermittlung der Verschuldung der öffentlichen Hand muss zunächst konkretisiert werden, **was** unter Verschuldung zu verstehen ist (Schuldenarten). Zweitens ist entscheidend, bei **wem** die Schulden aufgenommen werden (Gläubigerbereich). Schließlich muss festgelegt werden, wer zur öffentlichen Hand gehört (Schuldner).

Kurz- und langfristige Schuldenarten

Die öffentliche Hand kann einerseits Kredite zur Liquiditätssicherung (sogenannte Kassenverstärkungskredite) aufnehmen. Sie sollen eine vorübergehende Kassenanspannung überbrücken. Ähnlich wie bei Privatpersonen der Überziehungskredit soll der Kassenverstärkungskredit lediglich kurzfristige Liquiditätsschwankungen überbrücken.

Davon zu unterscheiden sind andererseits die Investitionskredite. Sie sind in der Regel langfristig angelegt und dienen der Finanzierung von Investitionen. So wie eine Privatperson beispielsweise für ein Haus einen langfristigen Immobilienkredit mit einer Bank abschließt, so kann die öffentliche Hand für den Bau einer Schule einen Investitionskredit aufnehmen.

Im Unterschied zu einer Privatperson muss die öffentliche Hand zur längerfristigen Finanzierung nicht zwingend auf das Instrument eines Kredits zurückgreifen. Bei einem Kredit sind Kreditnehmer und Kreditgeber vertraglich festgehalten. Der Inhalt des Kreditvertrages ist nicht zwingend standardisiert; Kreditforderungen sind nur schwer an Dritte veräußerbar. Stattdessen kann sich die öffentliche Hand auch über die Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Bundesschatzbriefe) finanzieren. Dabei handelt es sich um standardisierte Geldmarkt- oder Kapitalmarktpapiere, bei denen der Emittent (Bund, Land oder Kommune) dem Besitzer des Wertpapiers die Rückzahlung einer bestimm-

ten Summe sowie die Zahlung von Zinsen zusagt. Sie sind leicht auf entsprechenden Märkten handelbar.

Die öffentliche Hand kann sich bei unterschiedlichen Gläubigern verschulden. So kann eine Ortsgemeinde einen Kredit bei einer Verbandsgemeinde aufnehmen. Gehören Kreditnehmer und Kreditgeber zur öffentlichen Hand, so spricht die amtliche Statistik von Schulden gegenüber dem **öffentlichen Bereich**. Am häufigsten nimmt die öffentliche Hand jedoch Gelder bei Banken, Kreditinstituten, Privatanlegern und Investmentfonds auf. Sobald der Geldgeber nicht Teil der öffentlichen Hand sondern z. B. eine Bank bzw. ein Kreditinstitut ist, werden die aufgenommenen Mittel als Schulden gegenüber dem **nicht-öffentlichen Bereich** ausgewiesen.

Schulden gegenüber öffentlichem und nicht-öffentlichem Bereich

Die oben genannten Beschränkungen der Verschuldung der öffentlichen Hand innerhalb der Europäischen Währungsunion bzw. durch das deutsche Grundgesetz beziehen sich immer nur auf die Schulden gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich. Schulden innerhalb des öffentlichen Bereichs, wie z. B. die Kreditvergabe des Landes an einen Landkreis, bleiben unberücksichtigt.

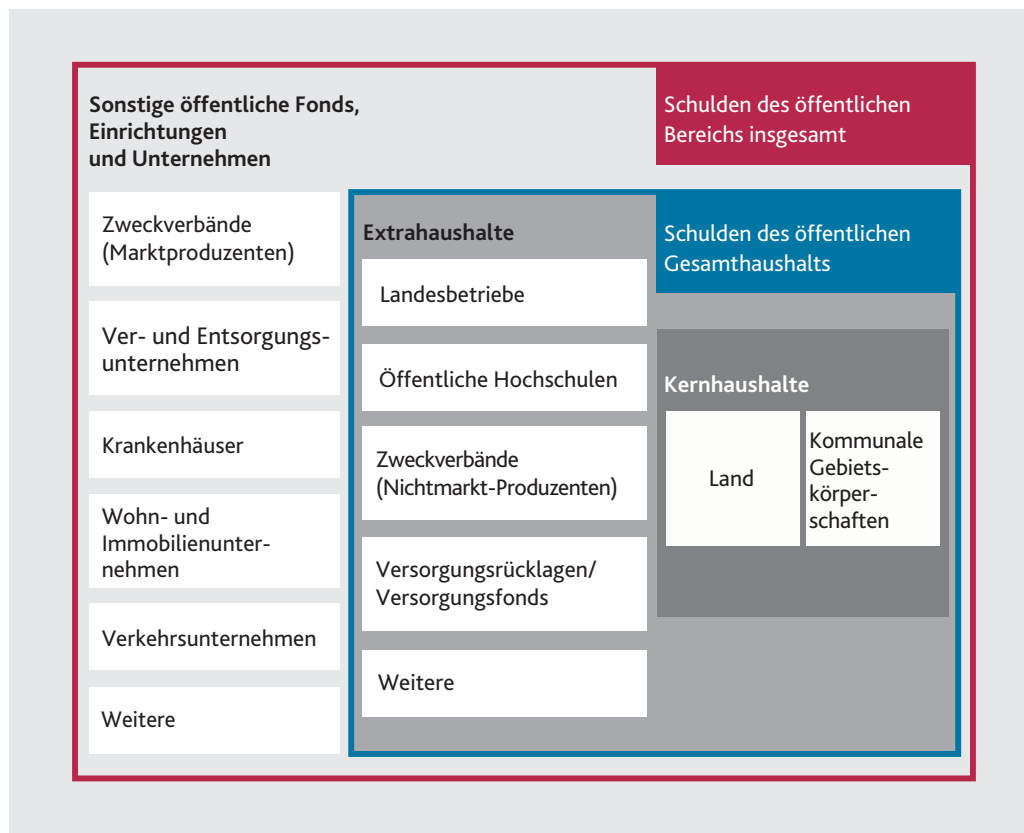
Letztlich ist auch noch entscheidend, **wer** die Schulden aufgenommen hat. Hierbei wird einerseits nach dem sogenannten Kernhaushalt unterschieden. Dieser umfasst die Haushaltssatzung, einschließlich Haushaltsplan und Haushaltsabschluss der Kernverwaltung einer öffentlichen Gebietskörperschaft (Bund, Länder, Gemeinden). Im Kernhaushalt sind in der Regel die klassischen Behörden und Verwaltungen enthalten.

Mögliche Schuldner (Schalenkonzept)

Bund, Länder und Kommunen können öffentliche Aufgaben auch mit Hilfe von Einheiten erbringen, die nicht im Kernhaushalt

G 1

Schalenkonzept der öffentlichen Finanzwirtschaft



enthalten sind. So kann beispielsweise eine öffentliche Hochschule im Kernhaushalt oder wahlweise als eigenständige Einheit im Rahmen eines Extrahaushalts geführt werden. Die Wahl obliegt in der Regel den politischen Entscheidungsträgern. Um eine vollständige Ermittlung der Schulden zu gewährleisten, erfasst die amtliche Statistik daher auch die ausgelagerten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen der öffentlichen Hand. Die Zuordnung ist EU-weit einheitlich geregelt: Eine Einheit außerhalb des Kernhaushalts, die zwar über Entscheidungsfreiheit (insbesondere wirtschaftlicher Art) und ein eigenes abgeschlossenes Rechnungswesen verfügt, zählt dennoch zu den Extrahaushalten, wenn sie von der öffentlichen Hand mehrheitlich kontrolliert

(z. B. aufgrund Mehrheitsbeteiligung) und finanziert wird und nicht als Marktanbieter in Erscheinung tritt. Ihre Rechtsform spielt dabei keine Rolle.

Die Kernhaushalte und die Extrahaushalte werden in der amtlichen Statistik zusammen als öffentlicher Gesamthaushalt bezeichnet. In den oben genannten Regelungen zu Schuldenbegrenzungen auf Ebene der Eurozone und in Deutschland werden ausschließlich die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts betrachtet.

Neben den Kern- und den Extrahaushalten erfasst die amtliche Statistik als weitere Gruppe die **sonstigen Fonds**, Einrichtungen und Unternehmen. Hierbei handelt es sich um Einheiten, welche zwar durch die öffentliche Hand beherrscht werden, die jedoch

Schalenkonzept der öffentlichen Finanzwirtschaft

im Unterschied zu den Extrahaushalten als Marktproduzenten in Erscheinung treten und sich (größtenteils) selbst finanzieren. So gehören beispielsweise Universitätskliniken zu dieser dritten Gruppe, da sie sich mehrheitlich als Marktteilnehmer im Gesundheitswesen finanzieren, aber dennoch durch die öffentliche Hand kontrolliert werden (z. B. durch öffentliche Mehrheitsbeteiligung). Auch ein in kommunaler Hand befindlicher Energieversorger ist in der Regel dieser Gruppe zuzuordnen. Er tritt im Markt auf und finanziert sich durch dementsprechende Erlöse.

Die Gruppe der Kernhaushalte, der Extrahaushalte und der sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen wird zusammen als öffentlicher Bereich bezeichnet.

Öffentlicher Gesamthaushalt mit 45,2 Milliarden Euro verschuldet

Am Ende des Jahres 2014 waren das Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen zusammen mit 45,2 Milliarden Euro verschuldet. Damit stiegen die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts im Vorjahresvergleich um 470 Millionen Euro bzw. 1,1 Prozent. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung wuchs um 80 Euro auf rund 11 300 Euro.

Die Schulden entwickelten sich beim Land und bei den Kommunen im Jahr 2014 sehr unterschiedlich. Sie ging auf Landesebene leicht um 0,4 Prozent auf 32,8 Milliarden Euro zurück. Damit sanken die Landesschulden zum zweiten Mal in Folge. Für die kommunalen Gebietskörperschaften (Städte, Gemeinde und Gemeindeverbände) ergab sich ein anderes Bild. Ihre Schulden stiegen auf 12,5 Milliarden Euro (+5,1 Prozent).

Die Detailbetrachtung offenbart innerhalb der kommunalen Gebietskörperschaften jedoch große Unterschiede: Die Verschuldung des Verbandsgemeindebereichs (Verbandsgemeinden einschließlich Ortsgemeinden) wuchs um 3,3 Prozent auf 2,9 Milliarden Euro. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung lag damit bei 1 200 Euro. Innerhalb dieser Gruppe wies der Verbandsgemeindebereich Rockenhausen mit rund 4 600 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Die niedrigste Verschuldungsrate hatte der Verbandsgemeindebereich Bellheim. Der öffentliche Gesamthaushalt war hier schuldenfrei.

In den verbandsfreien Gemeinden stieg die Gesamtschuldenlast um 8,6 Prozent auf rund 881,5 Millionen Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung erhöhte sich auf rund 1 500 Euro. Auch innerhalb dieser Körperschaftsgruppe gab es deutliche Unterschiede: Die mit Abstand höchste Verschuldung mit rund 3 900 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner beobachteten die Statistiker erneut für die Stadt Idar-Oberstein, während die Stadt Wörth am Rhein schuldenfrei war.

Für die kreisfreien Städte wuchsen die Schulden 2014 auf rund sechs Milliarden Euro (+6 Prozent). Rechnerisch entfielen damit auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner dieser Gebietskörperschaftsgruppe rund 5 800 Euro. Für die Stadt Kaiserslautern erfasste die amtliche Statistik mit 9 300 Euro die höchste, für die Stadt Neustadt hingegen mit 1 700 Euro die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung.

Um einen Vergleich mit den kreisfreien Städten zu ermöglichen, wird in der finanzstatistischen Darstellung auch der sogenannte Landkreisbereich (Ortsgemeinden, Gemeindeverbände und Landkreis zusam-

Verschuldung im Verbands-gemeinde-bereich steigt deutlich

Verbandsfreie Gemeinden

Kreisfreie Städte und Landkreis-bereiche

T 1

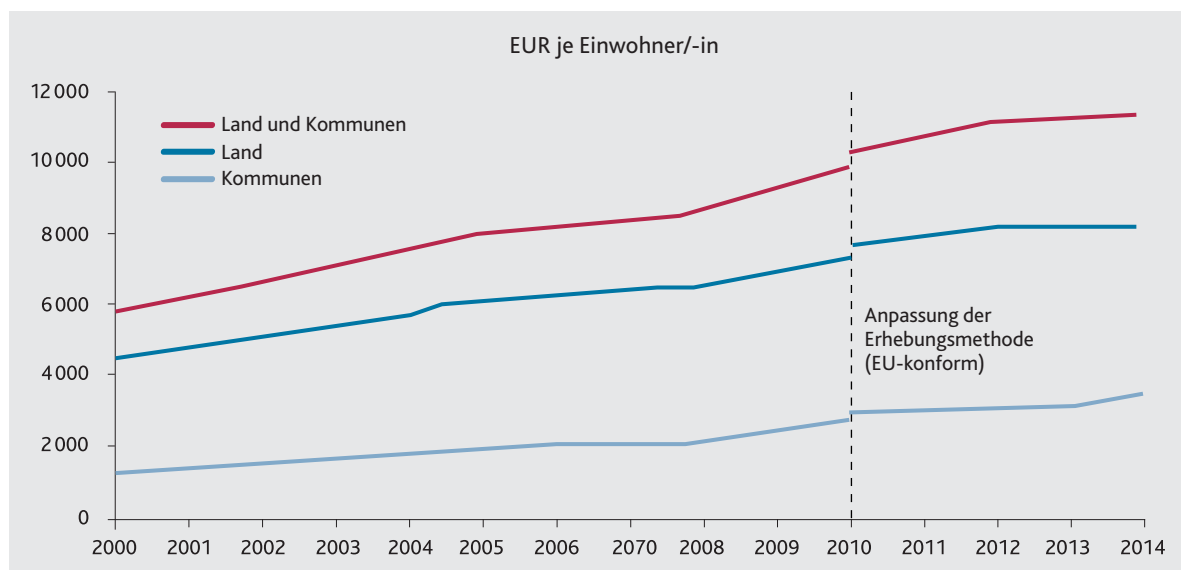
Schulden des Landes und der Kommunen 2014¹ nach Verwaltungsbezirken

Gebiet	Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes							Nachrichtlich	
	ins- gesamt	Verände- rung zum Vorjahr	je Einwoh- ner/-in	Liquiditätskredite		Investitionskredite/ Wertpapierschulden		Schulden sonstige FEU ²	
				ins- gesamt	Verände- rung zum Vorjahr	ins- gesamt	Verände- rung zum Vorjahr	ins- gesamt	Verände- rung zum Vorjahr
	Mill. EUR	%	EUR	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Kreisfreie Städte									
Koblenz, St.	433	14,1	3 908	87	12,3	347	14,6	99	-9,6
Trier, St.	658	2,4	6 122	396	7,6	262	-4,7	122	13,2
Frankenthal (Pfalz), St.	209	5,8	4 406	140	1,8	70	14,9	13	-3,0
Kaiserslautern, St.	904	11,1	9 300	664	0,8	240	54,7	111	-48,0
Landau i. d. Pfalz, St.	110	22,6	2 495	64	-5,8	46	112,4	0	-97,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 128	4,6	6 951	602	-15,8	526	44,9	183	-4,8
Mainz, St.	1 234	3,3	6 009	624	3,8	610	30,3	219	-8,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	88	-2,9	1 683	23	-6,1	65	-1,7	13	-45,1
Pirmasens, St.	366	3,1	9 111	301	4,5	65	-3,1	49	-0,3
Speyer, St.	179	1,8	3 604	120	2,2	59	0,9	20	-5,5
Worms, St.	401	7,4	4 972	288	4,0	113	17,2	96	1,0
Zweibrücken, St.	258	8,6	7 594	185	12,1	73	0,6	0	-100,0
Landkreisbereiche									
Ahrweiler	149	7,4	1 184	7	-3,3	142	8,0	118	-2,0
Altenkirchen (Westerwald)	346	6,5	2 695	94	6,7	252	6,5	107	-12,3
Bad Kreuznach	369	4,2	2 369	189	6,7	180	1,7	82	-3,9
Birkenfeld	306	7,1	3 792	200	10,7	106	0,8	96	-5,9
Cochem-Zell	122	0,8	1 975	42	-4,7	81	3,9	83	4,5
Mayen-Koblenz	492	1,2	2 343	172	3,0	320	0,3	161	-6,9
Neuwied	432	3,6	2 409	260	5,0	173	1,5	257	-3,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	59	-6,1	576	5	-52,6	54	3,1	44	-8,8
Rhein-Lahn-Kreis	243	-0,2	1 999	98	-2,1	145	1,2	136	2,5
Westerwaldkreis	129	-2,9	648	1	-34,1	128	-2,4	240	0,8
Bernkastel-Wittlich	264	6,0	2 383	60	6,8	205	5,8	85	-0,3
Eifelkreis Bitburg-Prüm	226	1,8	2 352	72	1,4	154	2,1	94	-5,1
Vulkaneifel	180	0,9	2 961	90	4,2	90	-2,3	29	-1,6
Trier-Saarburg	339	1,1	2 343	67	-15,7	273	6,2	109	-2,6
Alzey-Worms	302	2,8	2 400	107	0,5	195	4,2	38	-1,5
Bad Dürkheim	373	2,9	2 845	176	1,2	197	4,6	47	-10,0
Donnersbergkreis	303	6,6	4 034	184	10,7	119	0,9	34	-10,4
Germersheim	237	7,1	1 889	103	2,5	134	10,9	44	3,8
Kaiserslautern	402	7,0	3 863	273	8,2	130	4,6	89	2,4
Kusel	400	8,9	5 646	246	15,1	154	0,2	81	-4,7
Südliche Weinstraße	144	1,8	1 317	46	9,2	98	-1,3	33	-7,4
Rhein-Pfalz-Kreis	191	-3,7	1 279	6	-70,0	185	4,1	38	-20,1
Mainz-Bingen	203	1,7	996	58	9,0	145	-1,0	87	2,2
Südwestpfalz	110	9,3	1 136	28	19,8	82	6,1	63	-0,9
Rheinland-Pfalz	45 246	1,1	11 309	6 129	1,9	39 114	0,9	7 575	-6,2
Land	32 761	-0,4	8 189	49	-1,7	32 712	-0,4	635	4,1
Kommunen	12 485	5,2	3 121	6 080	1,9	6 402	8,4	6 940	-7,0
Landkreisbereich	6 323	3,7	2 130	2 582	4,6	3 739	3,0	2 195	-3,2
kreisfreie Städte	5 968	6,0	5 785	3 493	-0,1	2 475	16,1	926	-15,0
Bezirksverband	32	4,5	23	0	0,0	0	4,5	0	15,0

1 31.12. – 2 Sonstige öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen.

G 2

Schulden des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften 2000–2014



men) betrachtet. Im Landkreisbereich wuchsen die Schulden 2014 um 3,7 Prozent auf 6,3 Milliarden Euro. Je Einwohnerin bzw. Einwohner ergab sich damit rechnerisch eine Schuldenlast von 2 100 Euro. Wie in den Vorjahren war die Schuldenrate im Landkreisbereich Kusel mit Abstand am höchsten (5 600 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner). Für den Landkreisbereich Rhein-Hunsrück-Kreis wurde die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung gemessen (600 Euro).

Landkreis-
haushalt

Werden hingegen nur die Landkreishaushalte (ohne Ortsgemeinden und Gemeindeverbände) betrachtet, so ergibt sich für 2014 eine Schuldenbelastung von insgesamt 2,5 Milliarden Euro (+2,6 Prozent). Die Verschuldung der Landkreishaushalte war in Kusel mit rechnerisch 2 400 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner am höchsten, in Mainz-Bingen mit 20 Euro am niedrigsten.

Drei mögliche
Verschul-
dungsarten

Prinzipiell stehen dem Land sowie den kommunalen Gebietskörperschaften die drei Verschuldungsarten der Investitionskredite,

der Liquiditätskredite und Wertpapierschulden zur Verfügung.

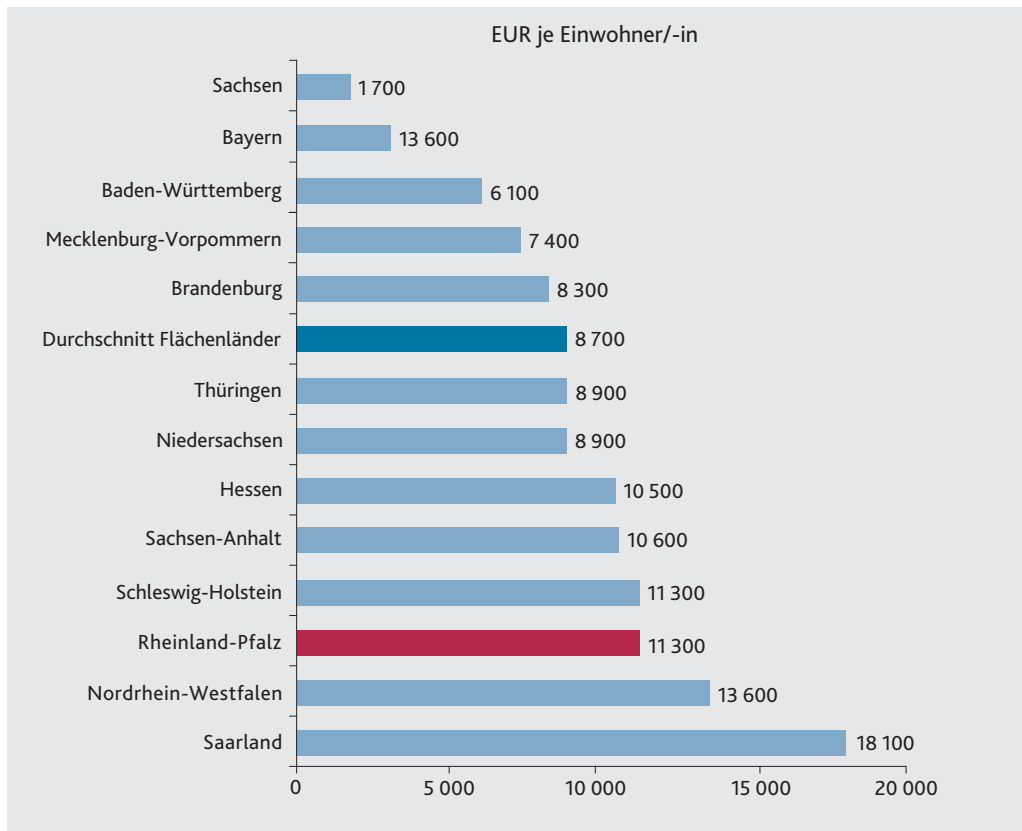
Bis zum Jahr 2012 nutzten alle rheinland-pfälzischen Kommunen ausschließlich Liquiditätskredite und Investitionskredite. Im Jahr 2014 verwendeten hingegen bereits die Städte Mainz und Ludwigshafen das Instrument der Wertpapierschulden (handelbare Stadt-Anleihen) in einer Höhe von 125 bzw. 150 Millionen Euro.

Liquiditätskredite sollen eigentlich nur ein Instrument zur Überbrückung von vorübergehenden Kassenanspannungen sein. Sie machen bei den Kommunen jedoch inzwischen einen hohen Anteil an der Gesamtverschuldung aus. Die kreisfreien Städte hatten im Jahr 2014 rund 59 Prozent ihrer Gesamtverschuldung in Form von kurzfristigen Liquiditätskrediten aufgenommen (2013: 62 Prozent). Im Landkreisbereich betrug der Anteil der Liquiditätskredite 41 Prozent (2013: 40 Prozent). Das Phänomen der sehr hohen Liquiditätskredite ist indes auf die Kommunen beschränkt: Die

Liquiditäts-
kredite nur zur
kurzfristigen
Überbrückung
geeignet

G 3

Schulden der Flächenländer 2014



Landesregierung nutzte dieses Instrument nur in einem sehr geringen Umfang. Der Anteil der Liquiditätskredite an der Gesamtverschuldung betrug hier im Jahr 2014 lediglich 0,1 Prozent (2013: 0,2 Prozent).

Langfristig
deutlicher
Anstieg der
Verschuldung

In der langfristigen Betrachtung sind sowohl die Schuldenlast des Landes als auch die der kommunalen Gebietskörperschaften deutlich angewachsen. Seit dem Jahr 2000 stieg die Pro-Kopf-Verschuldung im Land und in den Kommunen zusammen betrachtet um 79 Prozent. Hierbei erhöhte sich die Schuldenquote des Landes um 66 Prozent und die der Kommunen um 125 Prozent.

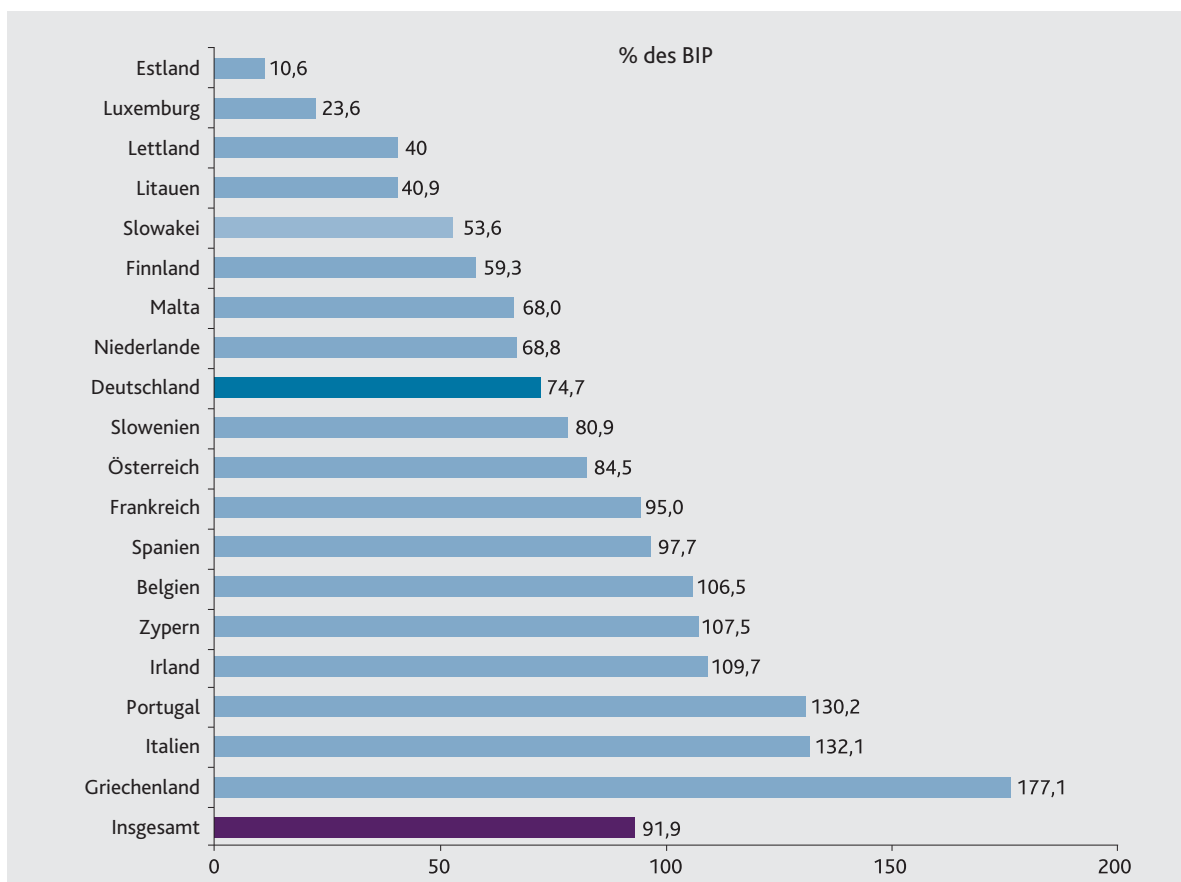
Dritthöchste
Verschuldung
im Vergleich
der Flächen-
länder

Im Vergleich der Flächenländer wies Rheinland-Pfalz 2014 insgesamt die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Sie lag rund 30 Prozent über dem bundesweiten Durch-

schnitt der Flächenländer. Auch hier wird ein deutlicher Unterschied zwischen der Verschuldungslage des Landes und der Kommunen deutlich: Während das Land rund 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt der Flächenländer liegt, übersteigt die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz den Bundesdurchschnitt um fast 70 Prozent.

Innerhalb der 19 Mitgliedsstaaten des europäischen Währungsraumes belegte Deutschland im Jahr 2014 Platz neun. Mit einer Gesamtverschuldungsquote in Höhe von fast 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt Deutschland zwar deutlich unter dem Durchschnitt der Euro-Währungsländer (92 Prozent des Bruttoinlandsprodukts). Die Gesamtverschuldungsquote Deutsch-

Verschuldung
Deutschlands
unter EU-
Durchschnitt

G 4 Schulden der EU-Währungsländer 2014


lands übersteigt dennoch die ursprünglich vereinbarte Höchstgrenze von 60 Prozent deutlich. Die niedrigste Verschuldungsquote hatte Estland mit nur 10,6 Prozent. Die mit Abstand höchste Schuldenquote wurde auch 2014 für Griechenland ermittelt. Mit 177 Prozent des Bruttoinlandsprodukts übersteigt die Verschuldung hier den verein-

barten Maximalwert um fast das Dreifache. Mit etwas Abstand folgend die Länder Italien (132 Prozent) sowie Portugal (130 Prozent).

Dr. Christoph Wonke leitet das Referat „Finanzen“.

Info

Weitere Informationen zum Themenbereich „Finanzen“ finden Sie im Statistischen Jahrbuch 2015 unter

www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen



Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Diane Dammers und Thomas Kirschey

Ifo Index erneut gestiegen

Schlechtere Lagebeurteilung bei unverändert optimistischen Erwartungen

Der Ifo Geschäftsklimaindex ist im Dezember leicht um 0,3 Punkte auf 108,7 Punkte gesunken. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage fiel schwächer aus als im Vormonat. Zugleich blieben die Erwartungen unverändert optimistisch. Während sich das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe weiter aufhellte, waren im Groß- und Einzelhandel Einbußen zu verzeichnen. Im Einzelhandel dürfte das warme Wetter zu einer ungünstigeren Einschätzung der Geschäftslage beigetragen haben. Im Bauhauptgewerbe sank der Geschäftsklimaindex leicht unter den Rekordwert des Vormonats.

ZEW-Index steigt zum zweiten Mal in Folge

Der ZEW-Index, der die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten misst, ist im Dezember zum zweiten Mal in Folge gestiegen. Der Indexwert erhöhte sich um 5,7 auf 16,1 Punkte. Er liegt damit aber immer noch unter dem langfristigen Mittelwert (24,7 Punkte). In der Verbesserung der Konjunkturerwartungen kommt die Einschätzung zum Ausdruck, dass sich die deutsche Konjunktur 2016 trotz bestehender Risiken – z. B. der konjunkturellen Schwäche der Schwellenländer – als robust erweisen wird.

Konsumklima leicht verbessert

Die Konsumlaune der deutschen Bevölkerung hat sich leicht verbessert. Laut der GfK-Konsumklimastudie für Dezember 2015 wurde das Geschäftsklima mit 9,3 Punkten bewertet. Konjunktur- und Einkommenserwartung legten deutlich zu; die Anschaffungsneigung blieb fast unverändert auf hohem Niveau. Für Januar erwarten die Konsumforscher aus Nürnberg eine leichte Verbesserung des Gesamtindikators auf 9,4 Punkte.

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion und Auftragseingänge gestiegen

Die Produktion des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes ist im Berichtsmonat Oktober 2015 leicht gestiegen. Bei den Auftragseingängen war ebenfalls ein Zuwachs zu verzeichnen. Dies zeigen die „harten“ Konjunkturdaten der amtlichen Statistik, die auf den monatlichen Angaben von rund 1 000 Betrieben basieren.

Im Oktober lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Index der Industrieproduktion um 0,3 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich der Güterausstoß um 6,4 Prozent.

Die Vorleistungsgüterindustrie ist die mit Abstand bedeutendste Hauptgruppe im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe. Sie hatte 2014 einen Anteil am Gesamtumsatz der Industrie von 56 Prozent. Die Hersteller von Vorleistungsgütern steigerten ihre Produktion im Berichtsmonat um 2,8 Prozent. Zugleich war der Output um 5,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Die Produktion von Investitionsgütern, die etwa ein Viertel zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beiträgt, fiel im Berichtsmonat etwas geringer aus als im Vormonat (–0,5 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich ein Plus von zwei Prozent.

In der Konsumgüterindustrie, die 2014 einen Umsatzanteil von 17 Prozent hatte, sank der Güterausstoß im Oktober um 4,6 Prozent. Trotzdem war der Output um 15 Prozent höher als im Vorjahresmonat.

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes: +0,3 Prozent

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie: +2,8 Prozent

Produktion in der Investitionsgüterindustrie: –0,5 Prozent

Produktion in der Konsumgüterindustrie: –4,6 Prozent

Produktion
in der
Chemischen
Industrie:
+6,8 Prozent

Die drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie entwickelten sich im Berichtsmonat unterschiedlich. In der Chemiebranche, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und mit einem Umsatzanteil von gut einem Drittel die bedeutendste Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, gab es eine kräftige Produktionssteigerung (+6,8 Prozent). Zugleich lag der Güterausstoß um 8,6 Prozent über dem Niveau von Oktober 2014.

Produktion im
Fahrzeugbau:
+0,5 Prozent

Der Fahrzeugbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und 2014 als zweitgrößte Branche 13 Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beitrug, verbuchte im Oktober ein geringes Plus von 0,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich der Output um 8,3 Prozent.

Produktion im
Maschinenbau:
-3,4 Prozent

Im Maschinenbau, der ebenfalls der Investitionsgüterindustrie angehört und 2014 neun Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beisteuerte, sank der bereinigte Produktionsindex im Oktober um 3,4 Prozent. Zugleich war der Güterausstoß um 3,8 Prozent geringer als ein Jahr zuvor.

Auftragseingänge im
Verarbeitenden
Gewerbe:
+1,6 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex ist im Oktober 2015 um 1,6 Prozent gestiegen. Die Nachfrage aus dem In- und Ausland war höher als im Vormonat (+1,2 bzw. +1,6 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat war ein Zuwachs um 7,3 Prozent zu verzeichnen; insbesondere die Bestellungen aus dem Ausland legten kräftig zu (+9,9 Prozent). Das Ordervolumen aus dem Inland erhöhte sich um 3,6 Prozent.

Nachfrage-
anstieg in zwei
Hauptgruppen

In zwei der drei Hauptgruppen gab es Nachfragesteigerungen: Bei Vorleistungs- und Konsumgütern waren die bereinigten Auftragseingänge höher als im Vormonat (+1 bzw. +24 Prozent). Lediglich die Investitionsgüterindustrie musste einen Rückgang hinnehmen (-4,5 Prozent). In dieser Branche

war das Ordervolumen auch geringer als im Oktober 2014 (-1,4 Prozent), während die Vorleistungs- und die Konsumgüterindustrie Zuwächse verbuchten (+0,7 bzw. +92 Prozent). Die Entwicklung in der Konsumgüterindustrie ist allerdings u. a. auf einen Sondereffekt in einem Teilbereich der Branche zurückzuführen.

In der Chemischen Industrie ist der bereinigte Auftragseingangsindex im Oktober um 1,9 Prozent gestiegen. Die Bestellungen aus dem In- und Ausland nahmen zu (+0,5 bzw. +2,1 Prozent). Zugleich war die Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen um vier Prozent höher als im Vorjahresmonat.

Im Fahrzeugbau ist das Ordervolumen im Berichtsmonat um 8,5 Prozent gesunken, da aus dem In- und Ausland weniger Aufträge eingingen (-6,5 bzw. -8,9 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat belief sich das Minus auf 15 Prozent.

Im Maschinenbau waren die Auftragseingänge im Oktober rückläufig (-2,8 Prozent). Das Auslandsgeschäft entwickelte sich schwächer als das Inlandsgeschäft (-4,0 bzw. -0,7 Prozent). Trotzdem lagen die Bestellungen um elf Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gestiegen

Im Bauhauptgewerbe ist die Nachfrage nach Bauleistungen im Oktober 2015 kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonatsergebnis um 3,9 Prozent gestiegen. In den ersten zehn Monaten 2015 lagen die Auftragseingänge um 1,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Im Hochbau, der 2014 einen Anteil von 50 Prozent an den baugewerblichen Umsätzen des Bauhauptgewerbes hatte, lagen die Bestellungen im Oktober um 31 Prozent über dem Vormonatsergebnis. Für den öffentlichen Hochbau errechnete sich eine sprunghafte

Auftragseingänge in der
Chemischen
Industrie:
+1,9 Prozent

Auftragseingänge im
Fahrzeugbau:
-8,5 Prozent

Auftragseingänge im
Maschinenbau:
-2,8 Prozent

Auftragseingänge im Bau-
hauptgewerbe:
+3,9 Prozent

Auftragseingänge im
Hochbau:
+31 Prozent

Steigerung der kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge (+170 Prozent), die allerdings auf einen rein „rechnerischen“ Effekt zurückzuführen ist: In diesem Jahr blieb der saisonal übliche kräftige Anstieg der Auftragseingänge im September sowie der darauffolgende starke Rückgang im Oktober aus. Im gewerblichen Hochbau waren ebenfalls Zuwächse zu verzeichnen (+22 Prozent). Der Wohnungsbau verzeichnete sinkende Auftragseingänge (–3,3 Prozent). Im Vergleich zu den ersten zehn Monaten des Vorjahres erhöhten sich die Auftragseingänge im Hochbau leicht (+2 Prozent). Im Wohnungsbau gab es kräftige Auftragssteigerungen (+22 Prozent). Dagegen war das Ordervolumen im öffentlichen sowie im gewerblichen Hochbau niedriger als im Vorjahreszeitraum (–6,3 bzw. –5,1 Prozent).

Auftragseingänge im Tiefbau: –15 Prozent

Im Tiefbau, auf den 2014 die Hälfte des bauseitigen Umsatzes entfiel, verringerte sich die Nachfrage im Vormonatsvergleich um 15 Prozent. Der gewerbliche Tiefbau meldete Auftragssteigerungen (+9,6 Prozent). Dagegen verzeichneten der öffentliche Tiefbau sowie der Straßenbau deutliche Rückgänge (–24 bzw. –17 Prozent). Gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden im Tiefbau sinkende Auftragszahlen registriert (–5 Prozent). In allen Bereichen kam es in den ersten drei Quartalen 2015 zu Einbußen. Den stärksten Rückgang verzeichnete der öffentliche Tiefbau (–12 Prozent). Für den Straßenbau sowie den gewerblichen Tiefbau errechneten sich ebenfalls weniger Auftragseingänge (–3 bzw. –2,4 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Einzel- und im Kfz-Handel

Umsatz im Einzelhandel: +1,4 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) ist im September 2015 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,4 Prozent gestiegen. Damit verbesserte sich der Durchschnittswert seit September 2014 um bis zu 3,3 Prozent.

Umsatz im Kfz-Handel: +4,5 Prozent

Im Kraftfahrzeughandel lagen die bereinigten Umsätze im September um 4,5 Prozent über

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunkturentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im Verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

dem Vorjahreswert. Davor war der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt seit Juni 2014 zwischen 0,2 und neun Prozent gestiegen.

Umsatz im
Großhandel:
–0,2 Prozent

Im Großhandel lagen die geglätteten preisbereinigten Umsätze im September 2015 um 0,2 Prozent niedriger als im Vorjahr. Von Juni bis August war der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt in einem Bereich von ein bis drei Prozent gestiegen.

Umsatz im
Gastgewerbe:
–1,7 Prozent

Im Gastgewerbe fielen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im September 2015 um 1,7 Prozent niedriger aus als im Vorjahresmonat. Im August belief sich der Rückgang auf 0,4 Prozent. Von Mai bis Juli hatte es Umsatzsteigerungen in einem Bereich von 0,7 bis 2,1 Prozent gegeben.

Verbraucherpreise im Dezember leicht über dem Vorjahresniveau

Jahresteu-
rungsrate im
Dezember bei
+0,1 Prozent

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im Dezember 2015 um 0,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Oktober und November hatte der Anstieg 0,2 bzw. 0,4 Prozent betragen. Davor war es im September zu einem Rückgang um 0,1 Prozent gekommen. Von Februar bis August hatte der Anstieg der Teuerungsrate unter ein Prozent gelegen. Im Januar 2015 war der erste Preisrückgang seit Oktober des Krisenjahres 2009 registriert worden (–0,4 Prozent). Bereits seit Januar 2013 blieb der Anstieg der Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum (+2 Prozent).

Jahresteu-
rungsrate im
Dezember bei
+0,1 Prozent

Die aktuelle Entwicklung wird in erster Linie durch sinkende Energiepreise bestimmt (–6,8 Prozent). Heizöl (–24 Prozent) und Kraftstoffe (–7,7 Prozent) waren erheblich billiger als im Vorjahresmonat. Rückgänge gab es zudem bei der Umlage für Zentralheizung und Fernwärme (–8,9 Prozent) sowie den Preisen für Gas (–3,2 Prozent) und Strom (–1,5 Prozent). Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von ein Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+2,9 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Gesundheitspflege“ (+2,3 Prozent) sowie „Bildungswesen“ (+1,9 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Nachrichtenübermittlung“ (–1,3 Prozent), „Bekleidung und Schuhe“ (–1,1 Prozent), „Verkehr“ (–0,8 Prozent) sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ (–0,6 Prozent) waren niedrigere Preise als im Vorjahr zu verzeichnen.

Preisentwick-
lung in den
Waren- und
Dienstleistungs-
gruppen unein-
heitlich

Arbeitslosigkeit im Dezember gestiegen

Die Zahl der Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz ist im Dezember erwartungsgemäß leicht gestiegen. Vor allem in witterungsabhängigen Branchen, wie der Bauwirtschaft, wird in den Wintermonaten kaum neues Personal eingestellt. Insgesamt waren 108 300 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 3 100 Personen mehr als im Vormonat (+2,9 Prozent). Im Vergleich zum Dezember 2014 verringerte sich die Arbeitslosigkeit dagegen um 2 000 Menschen (–1,9 Prozent). Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur zeigt sich der Arbeitsmarkt aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter in einer guten Verfassung.

Jahreszeit-
lich üblicher
Anstieg der
Arbeitslosen-
zahl

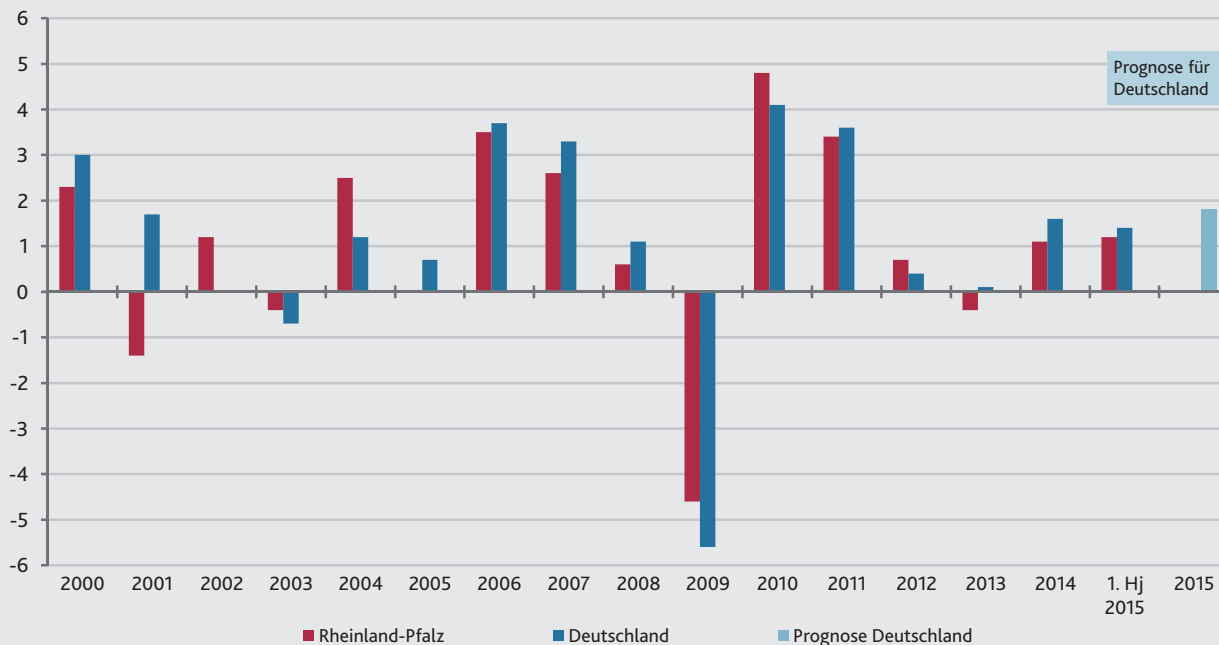
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, erhöhte sich gegenüber dem Vormonat von 4,8 auf fünf Prozent. Im Vorjahr hatte die Quote bei 5,1 Prozent gelegen.

Arbeitslosen-
quote steigt
auf fünf
Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“. Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, und Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, sind als Referenten im Referat „Analysen“ tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

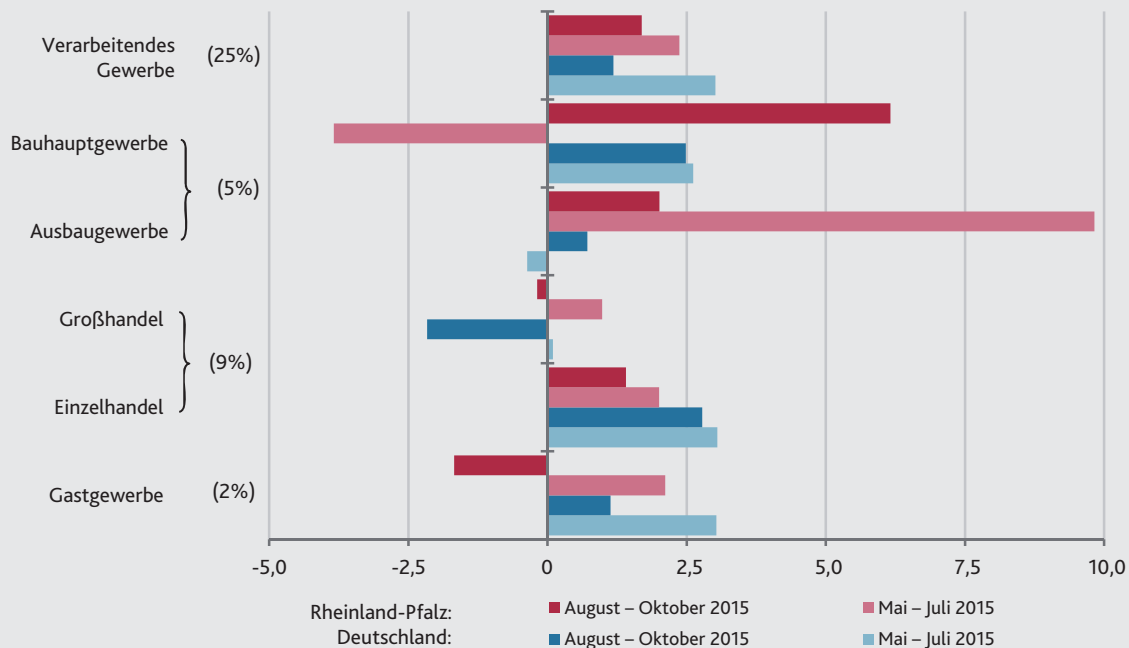


¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2015 (Ergebnisse der Revision 2014); nächster Fortschreibungstermin: März 2016. Quelle Prognosewert 2015: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

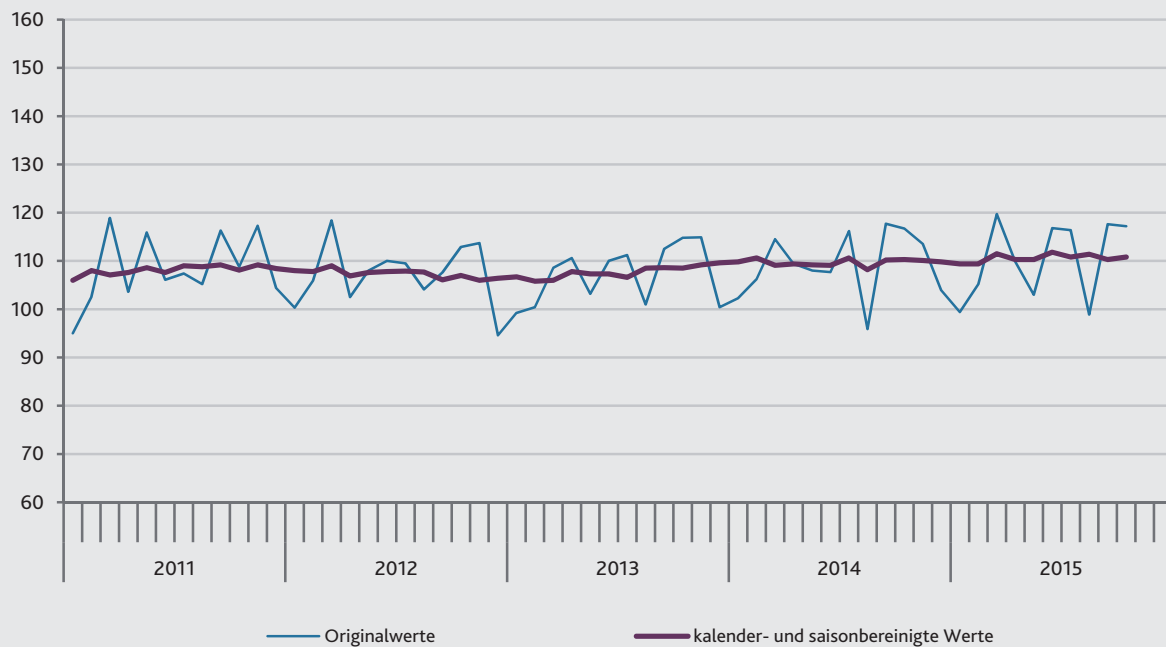


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2014. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

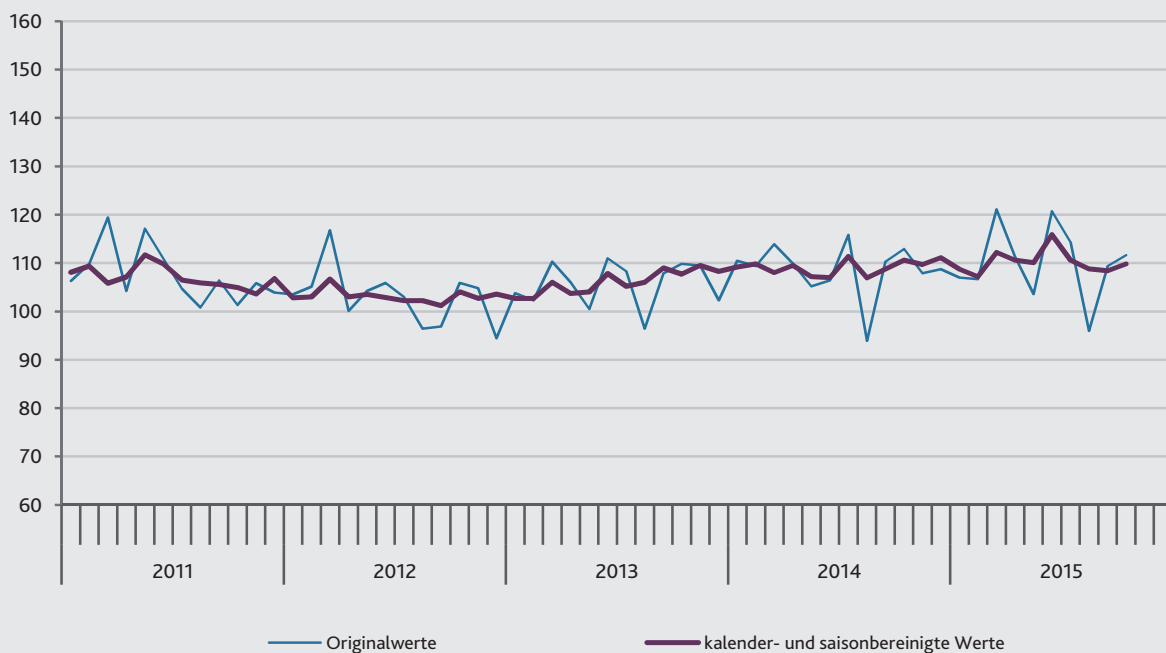


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

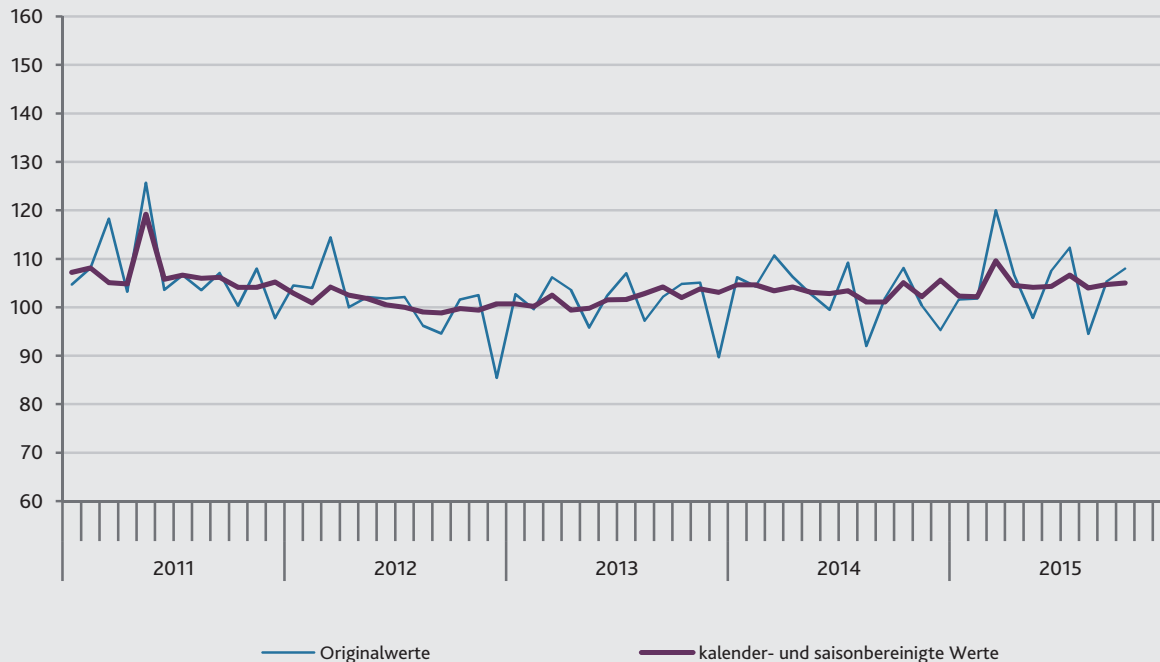


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

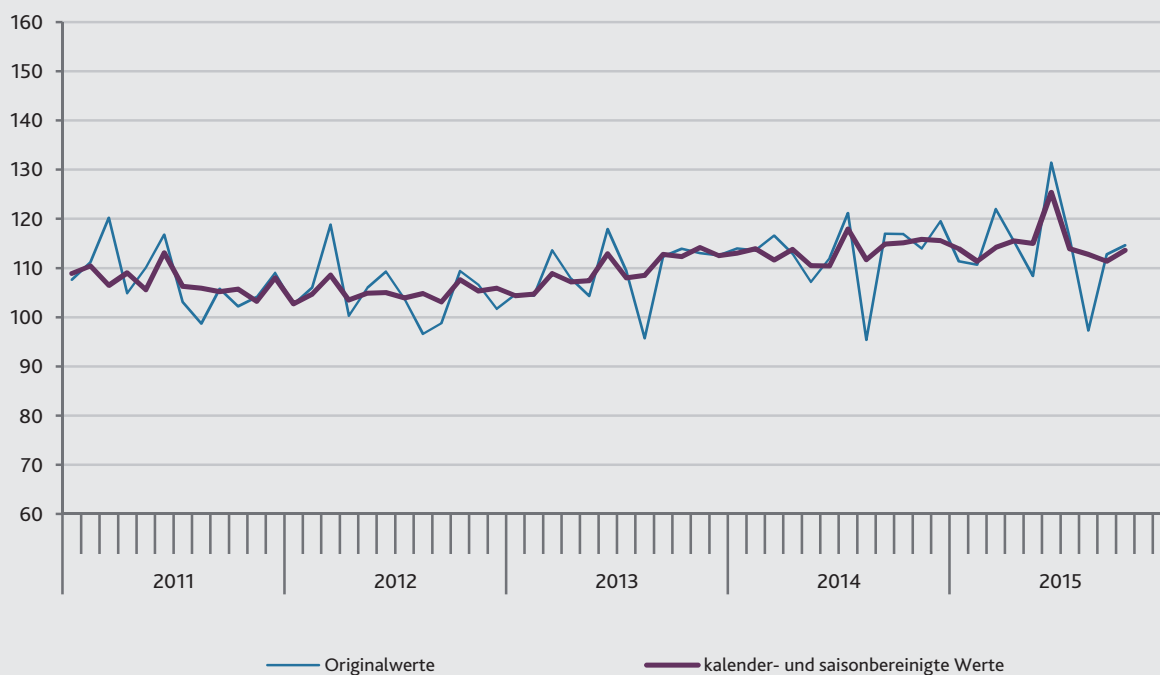


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

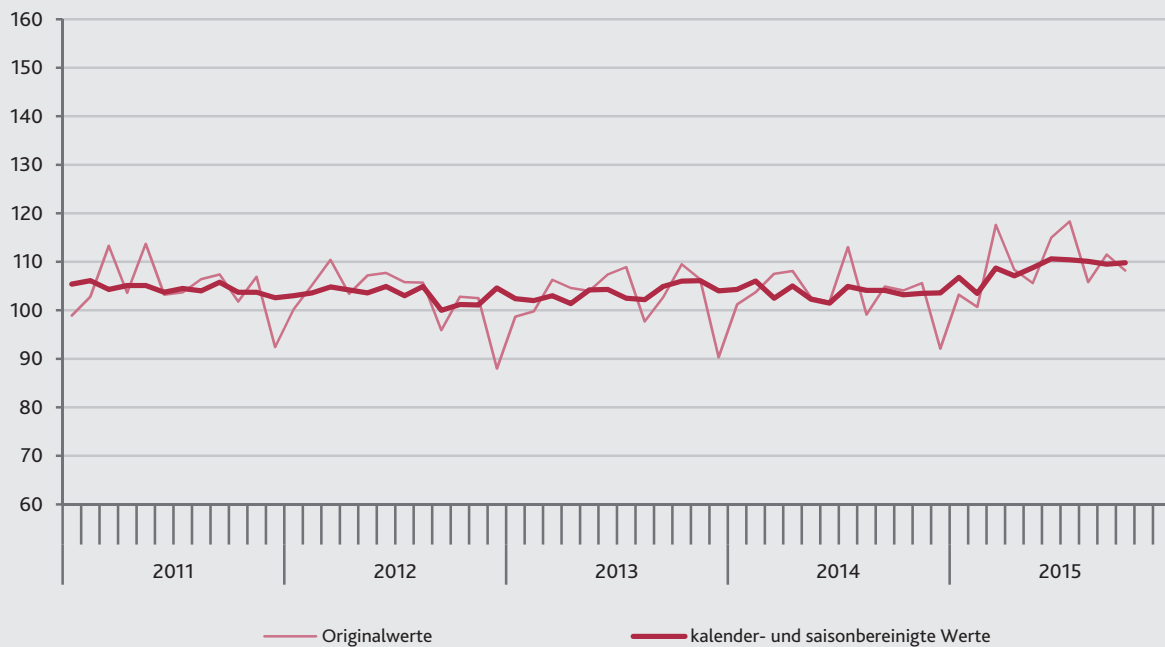


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

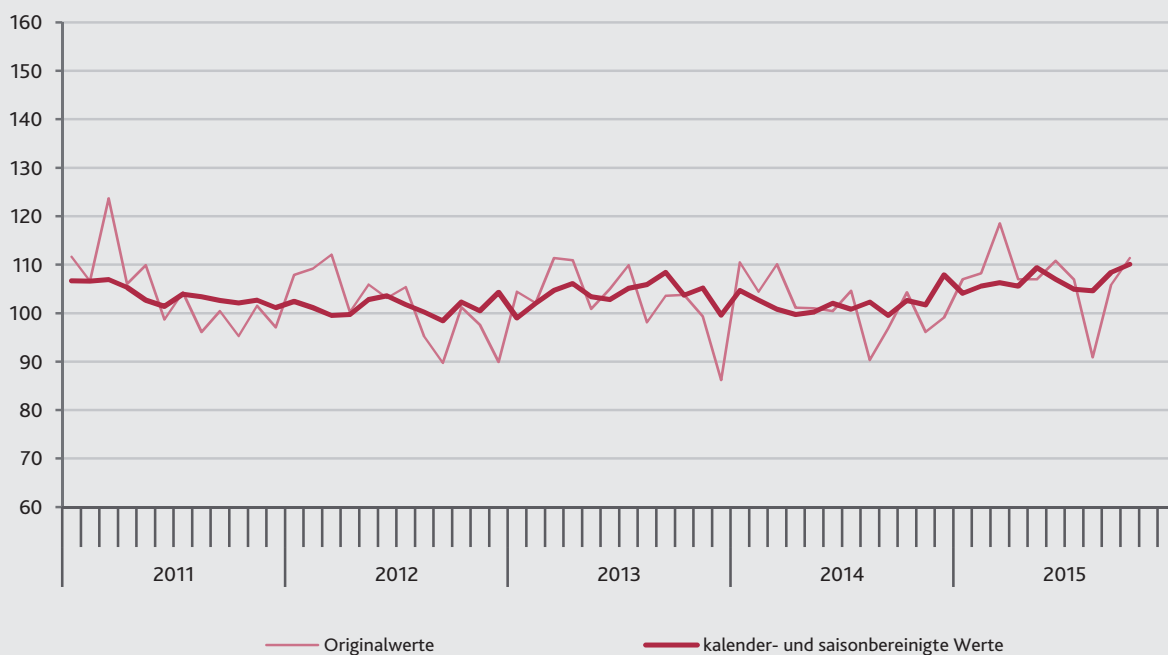


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

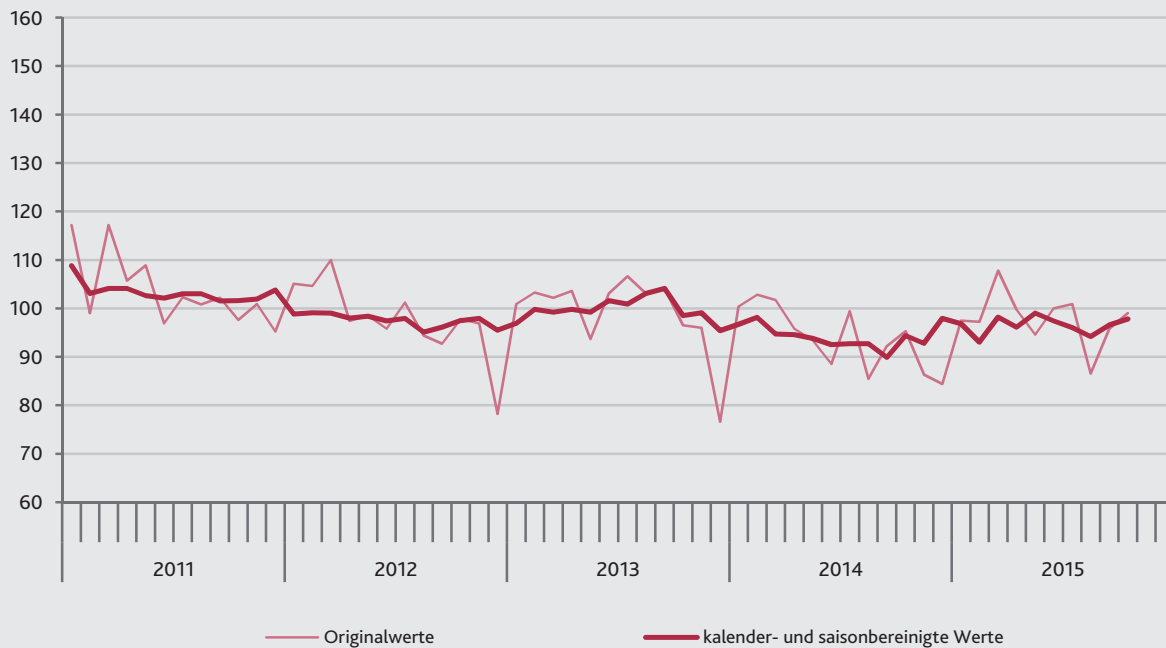


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

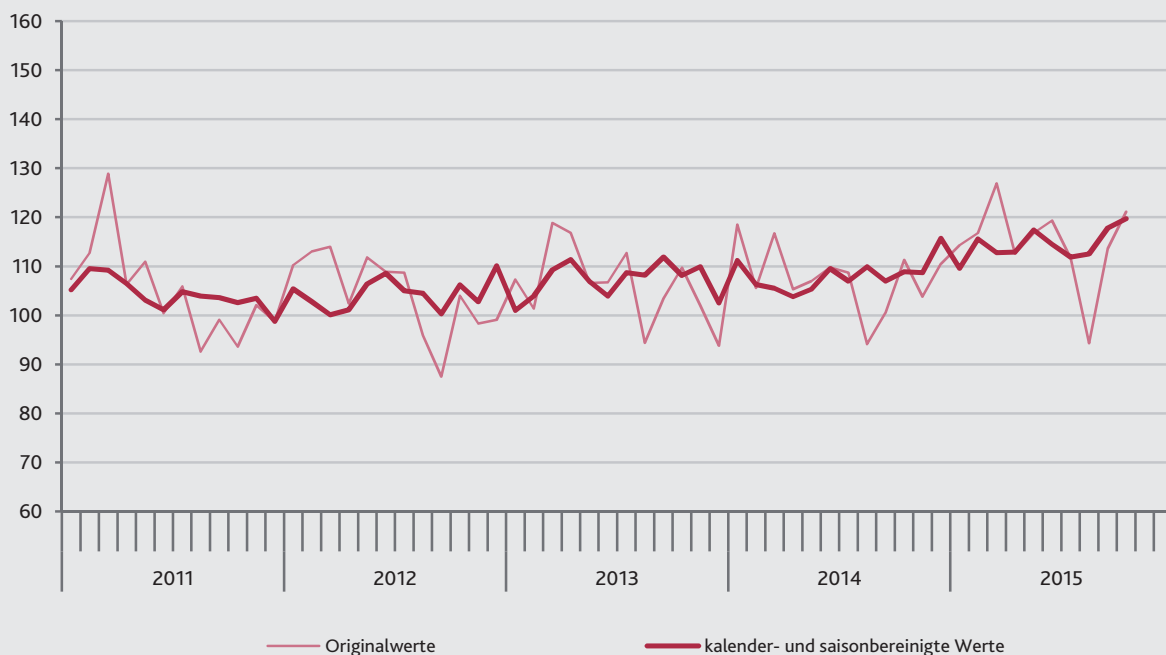


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



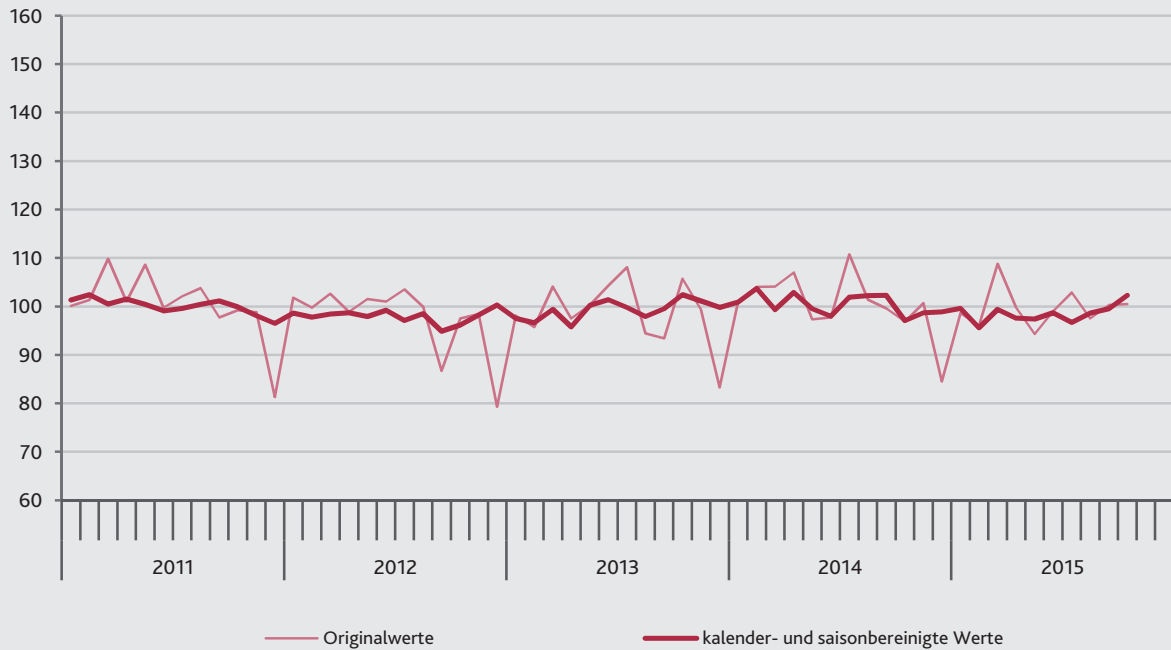
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



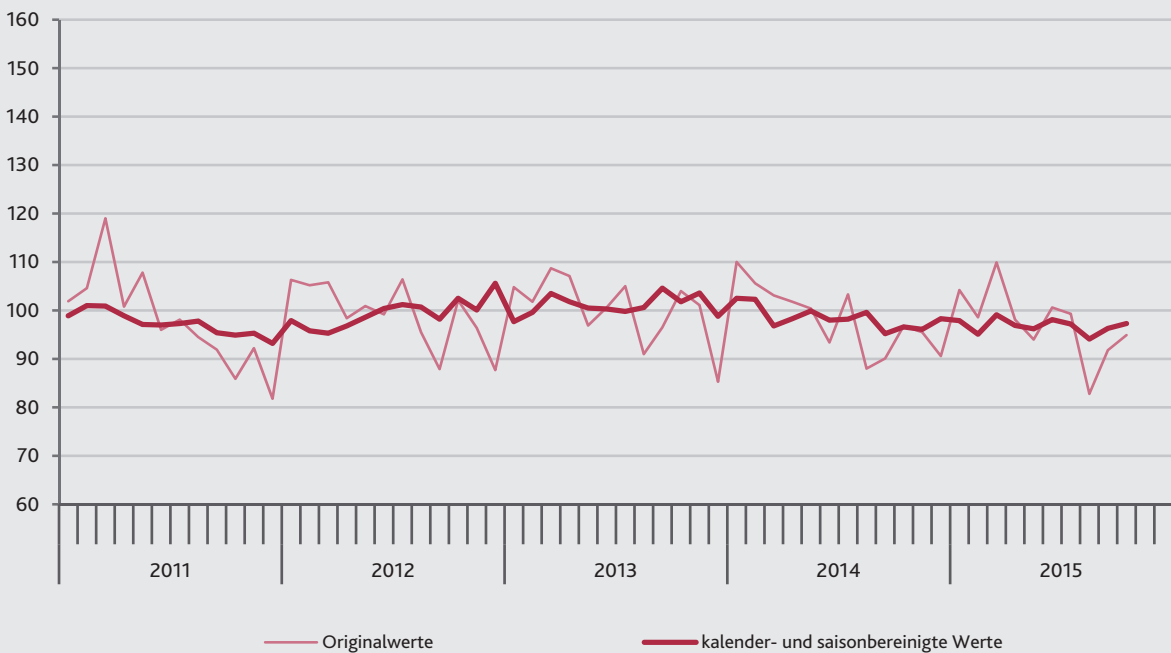
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

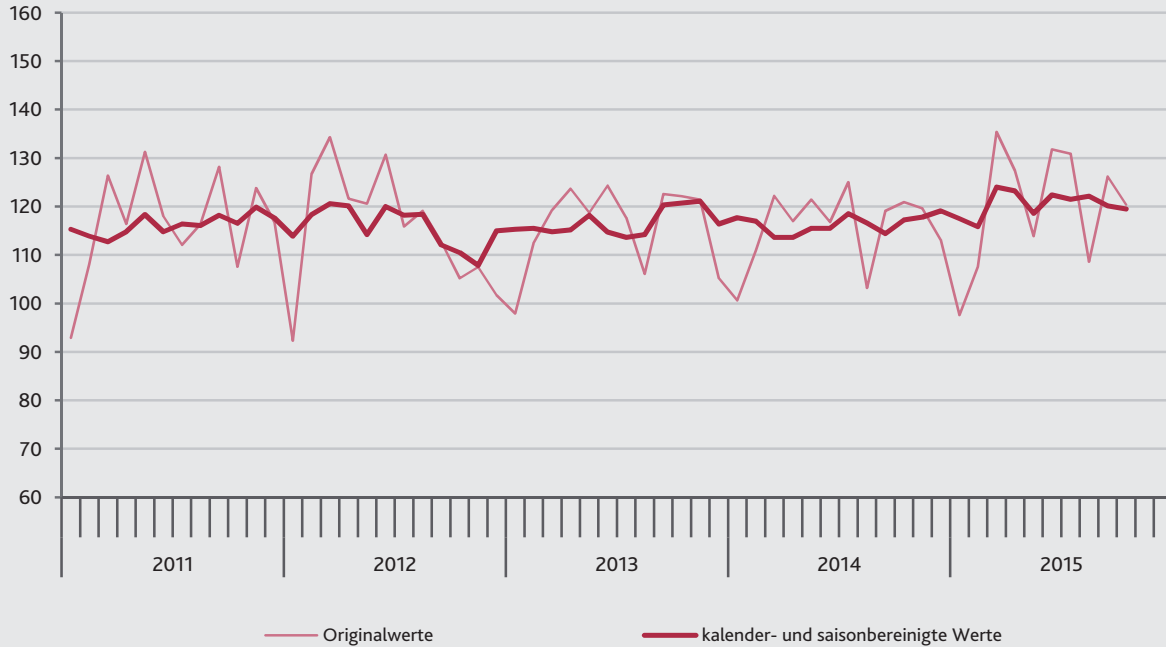


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

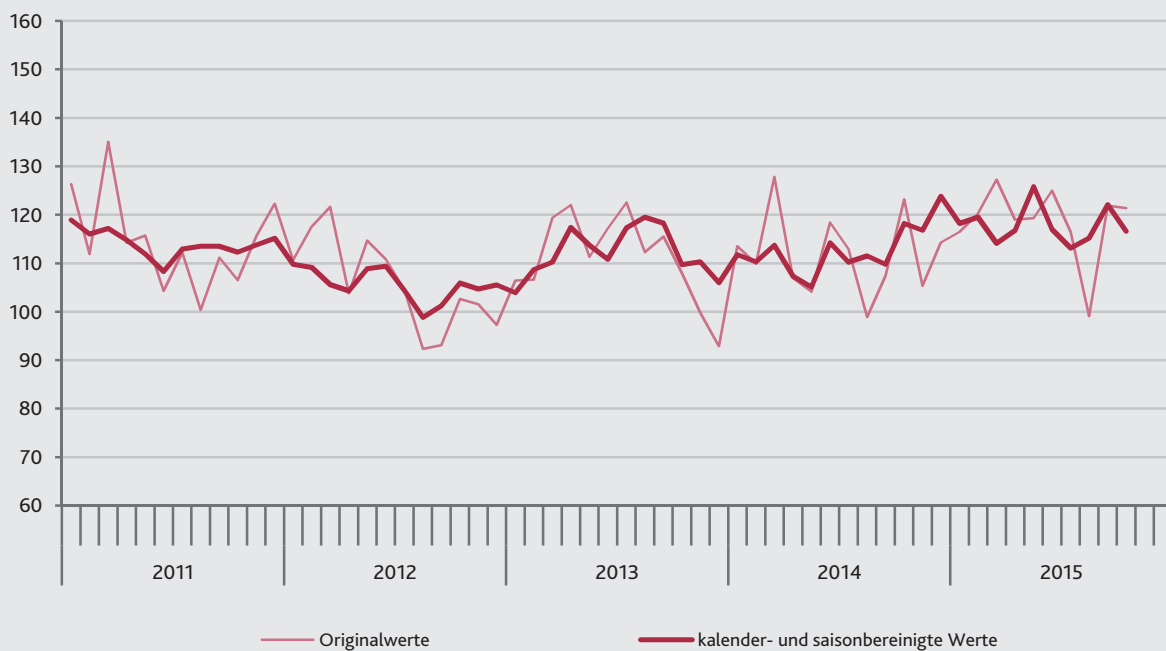


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

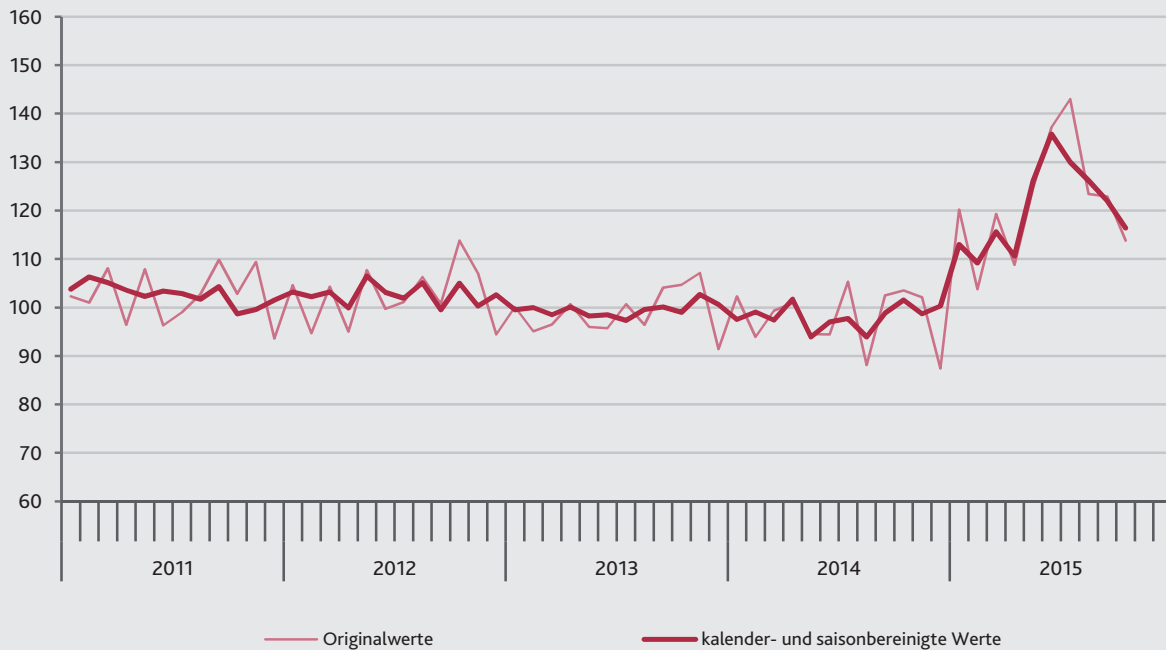


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

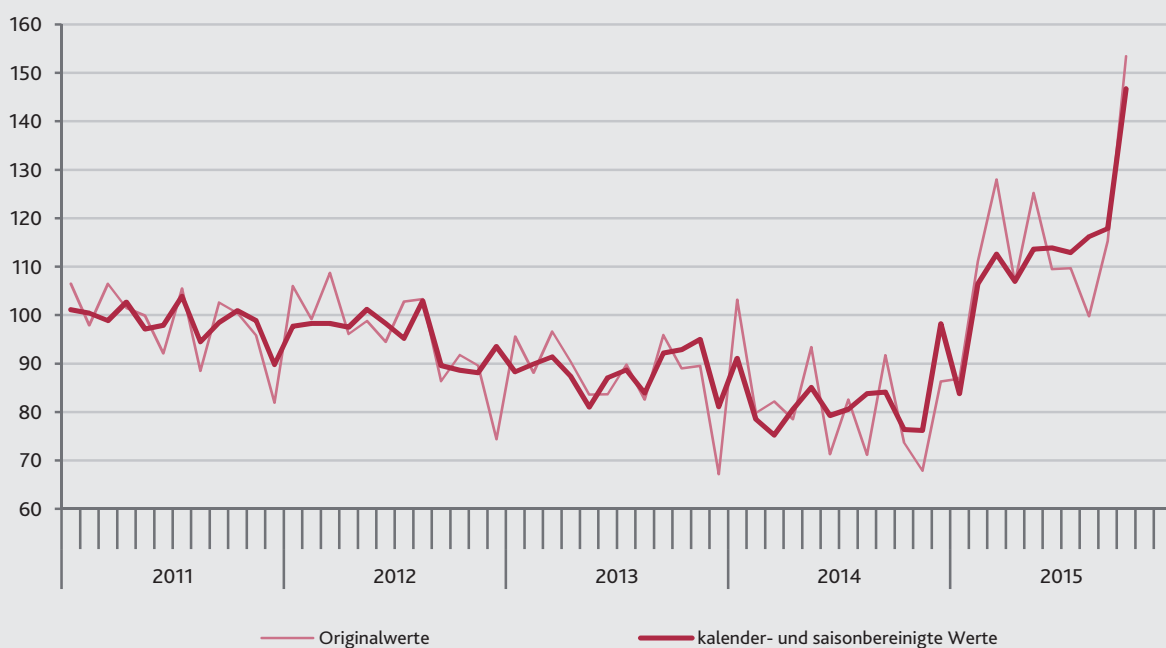


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

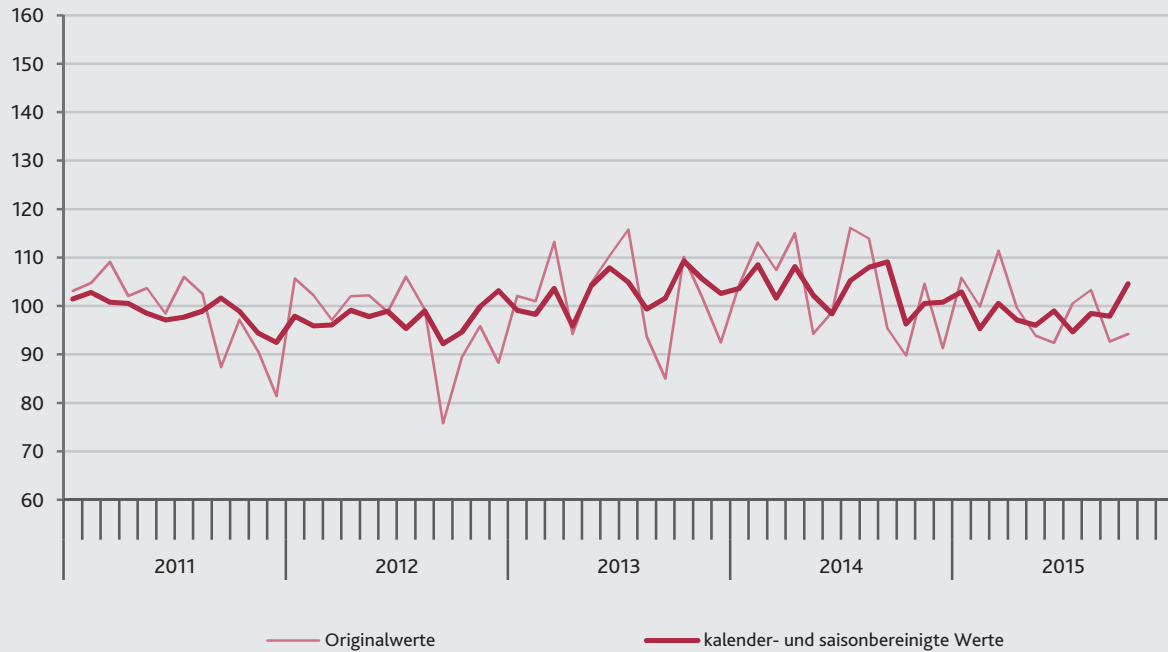


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 34%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

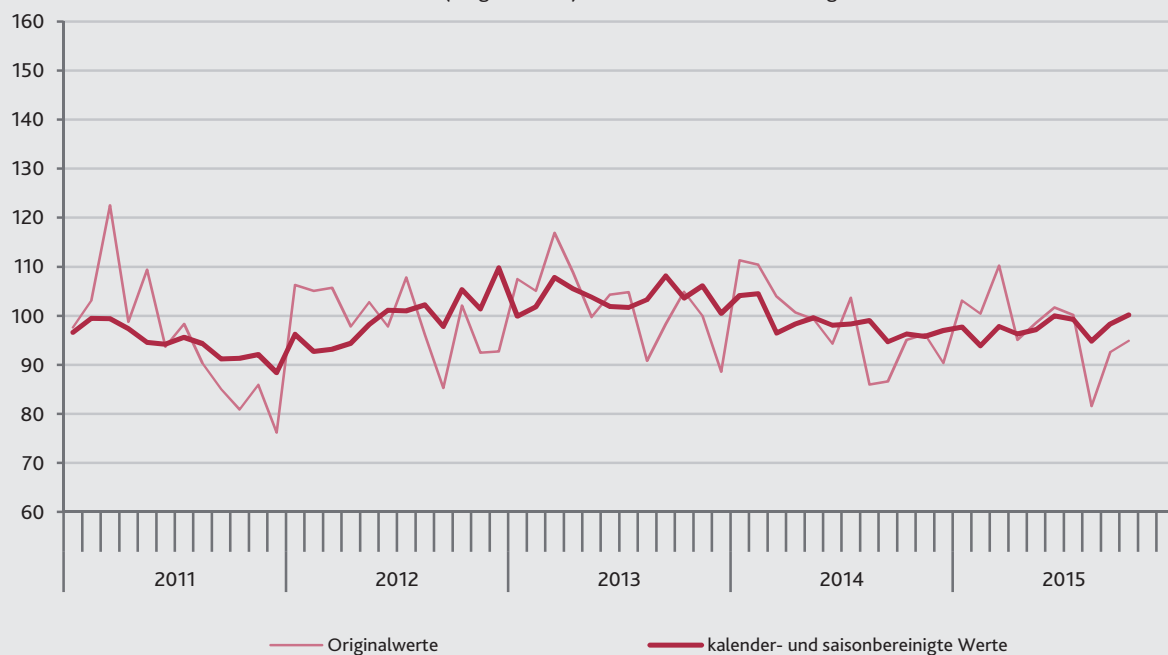


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 34%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

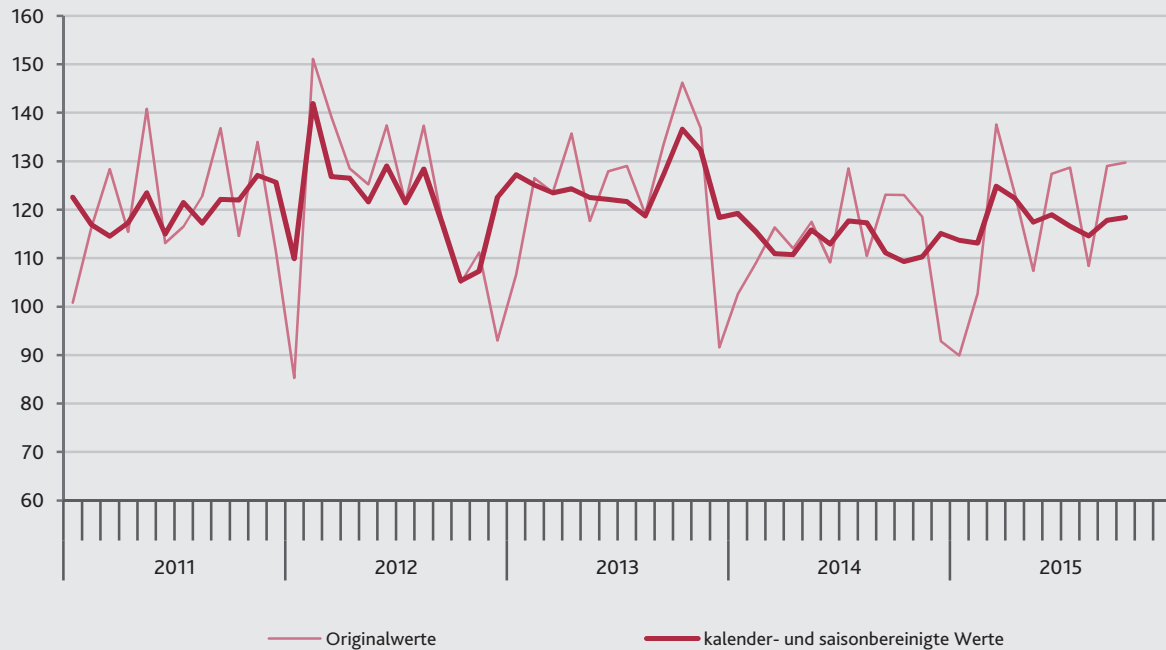


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

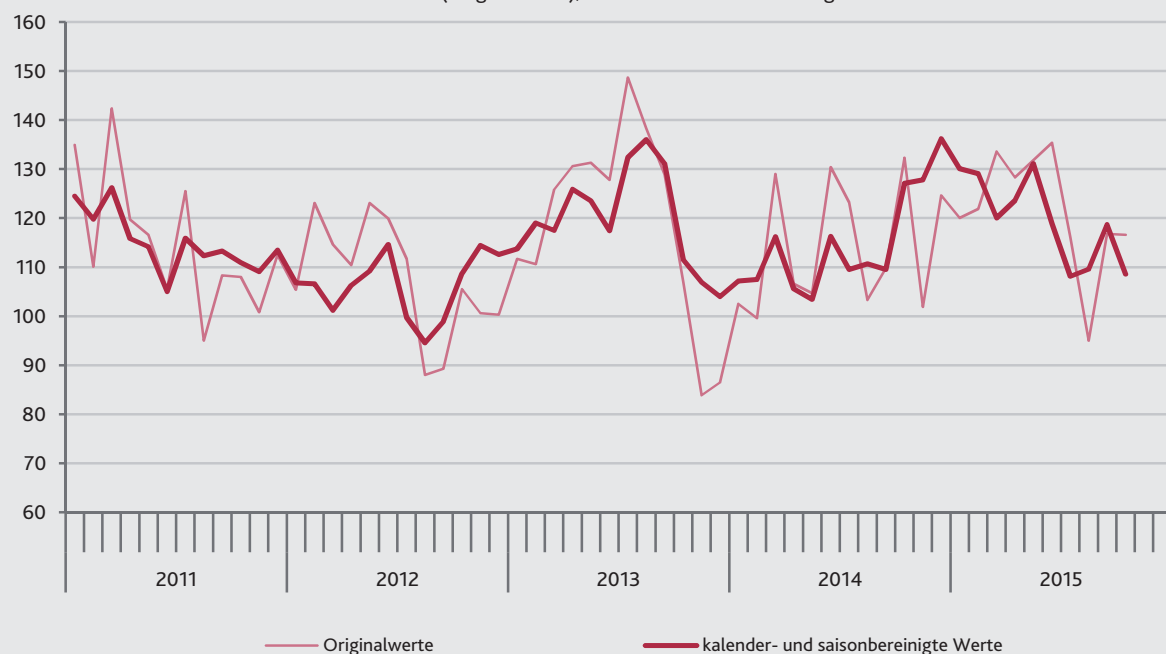


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

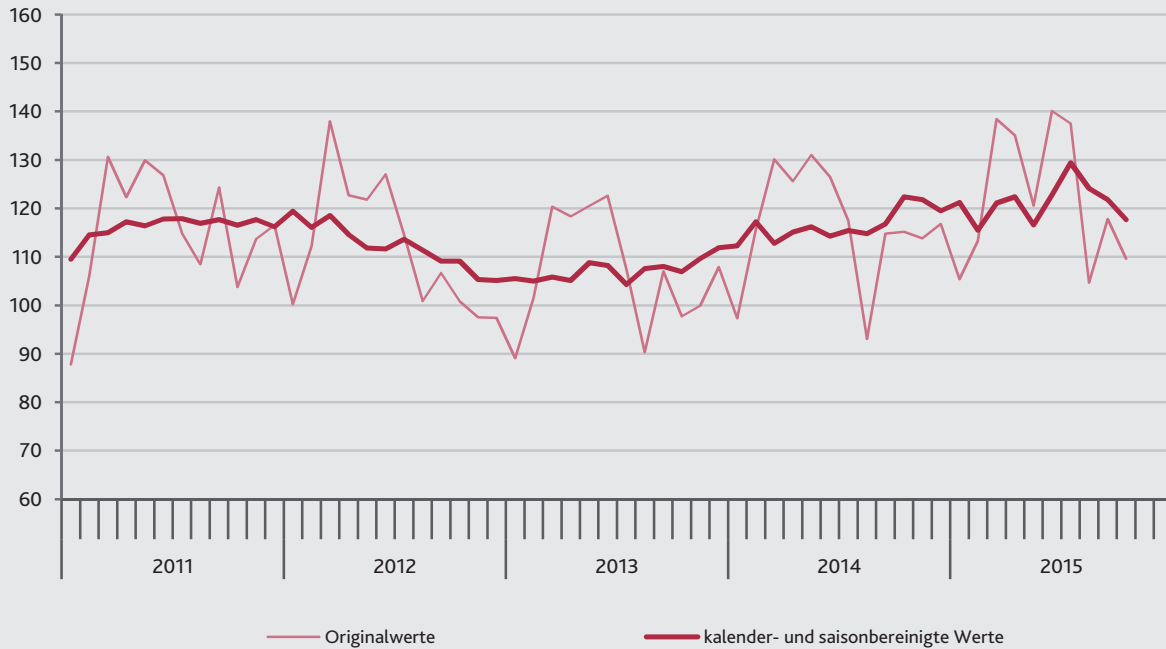


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

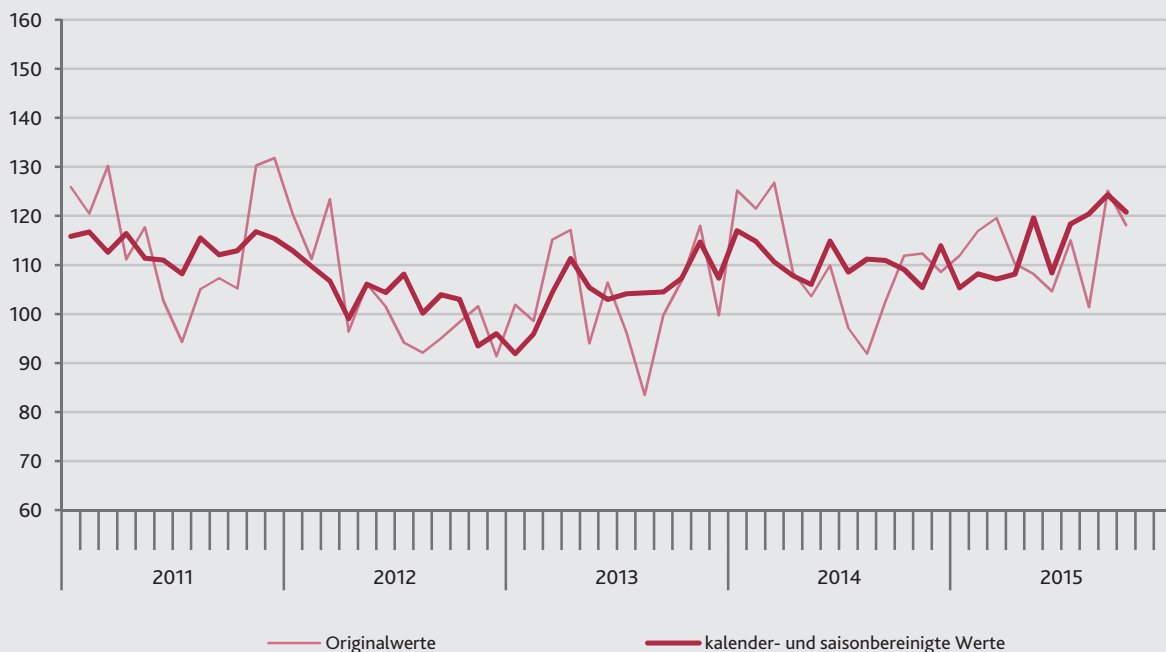


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

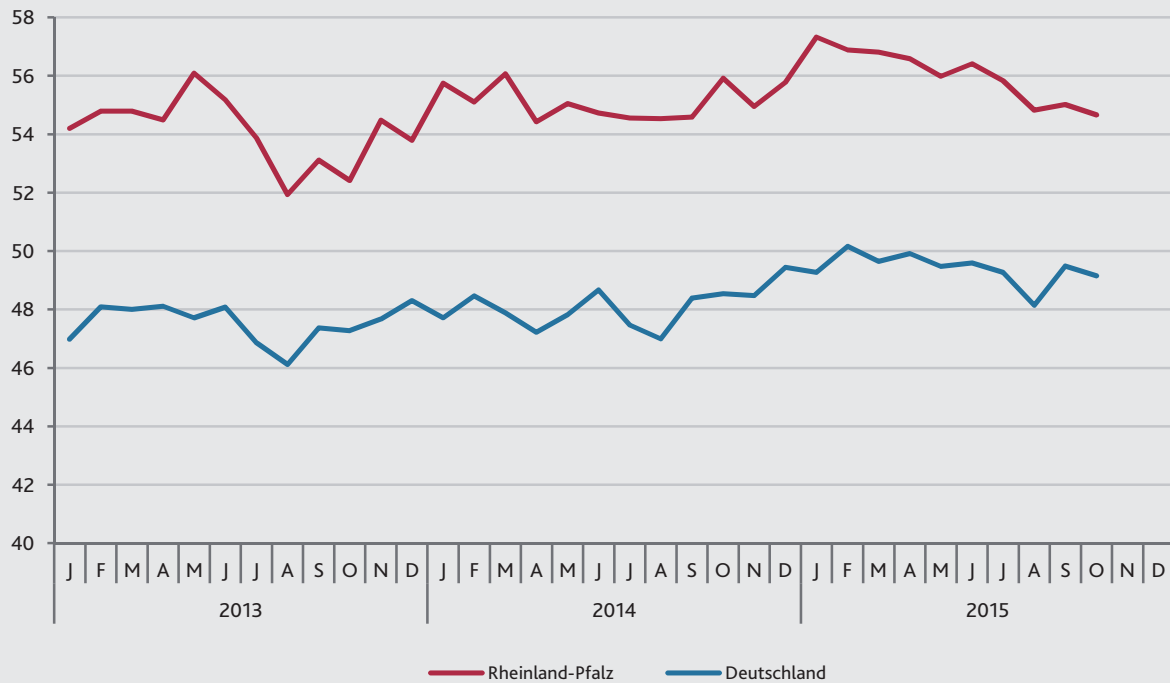
Anteil am Gesamtumsatz 2014: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

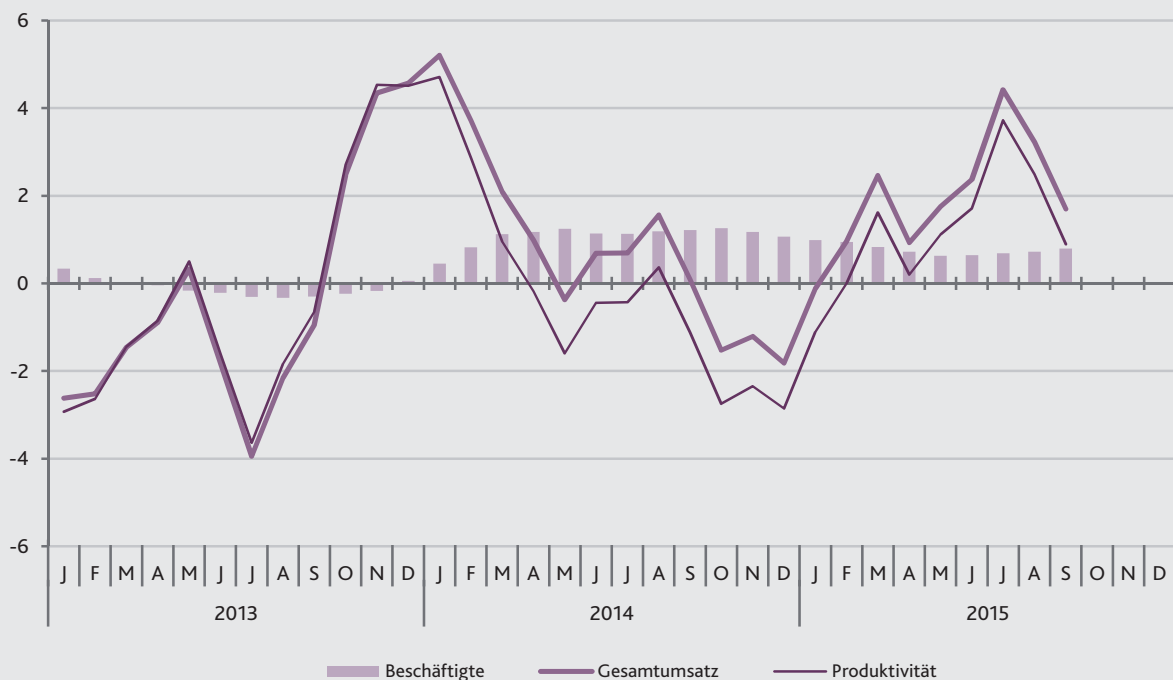
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

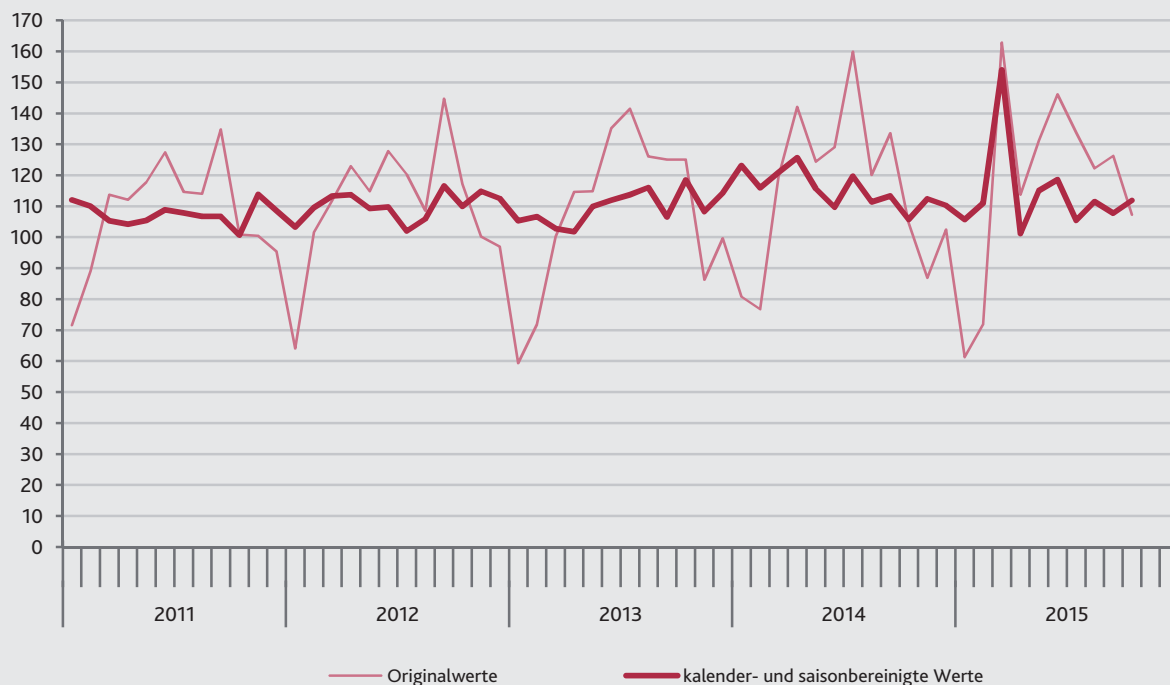


1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

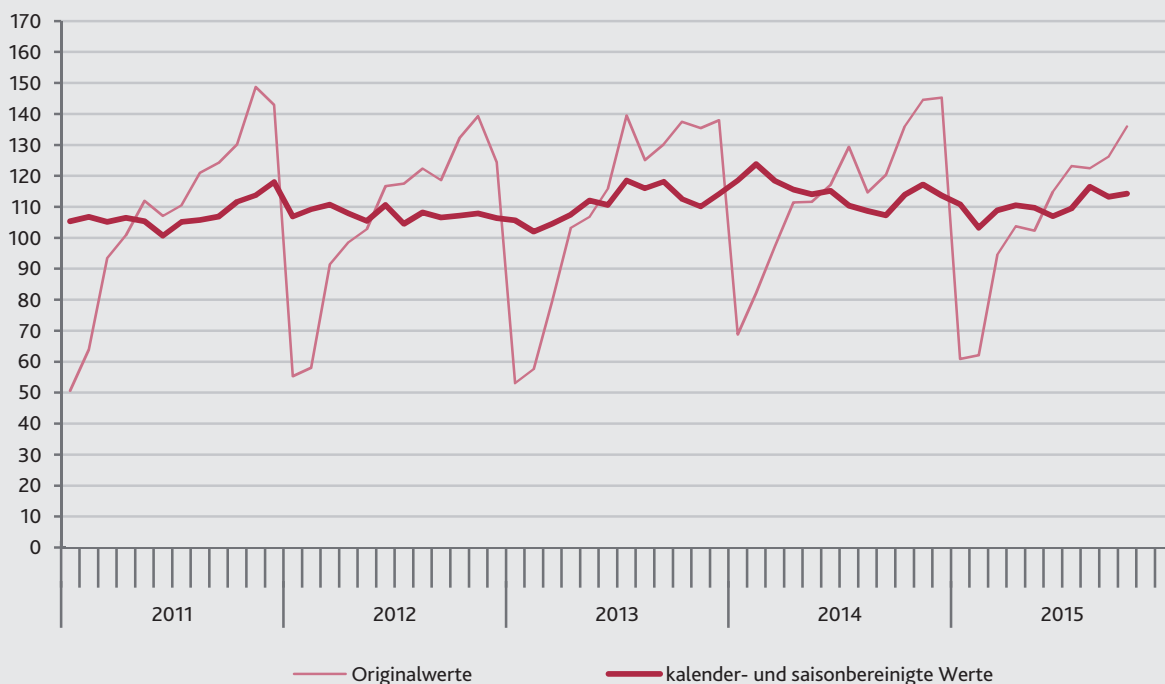
Auftragseingang (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

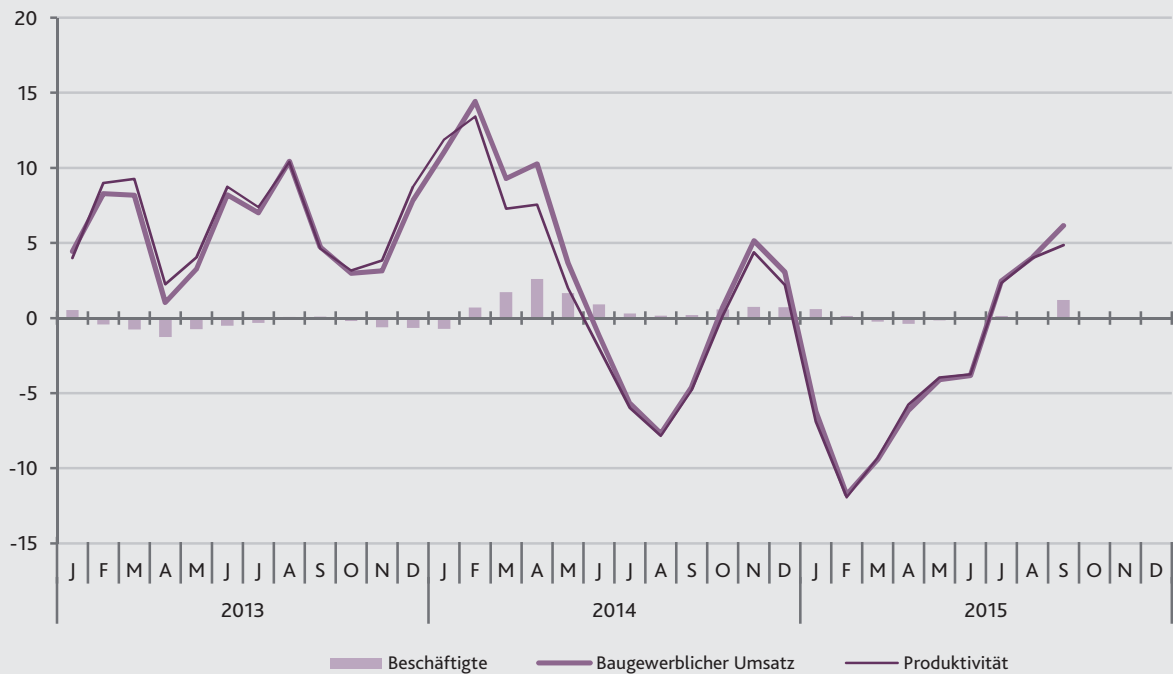
Baugewerblicher Umsatz (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

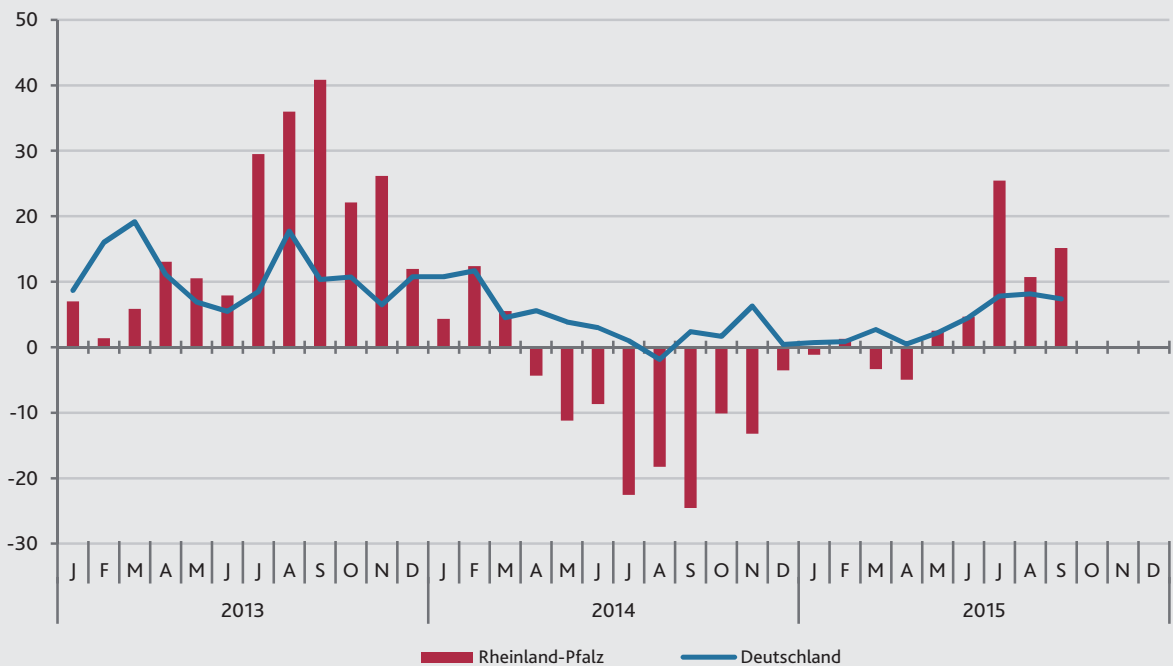
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



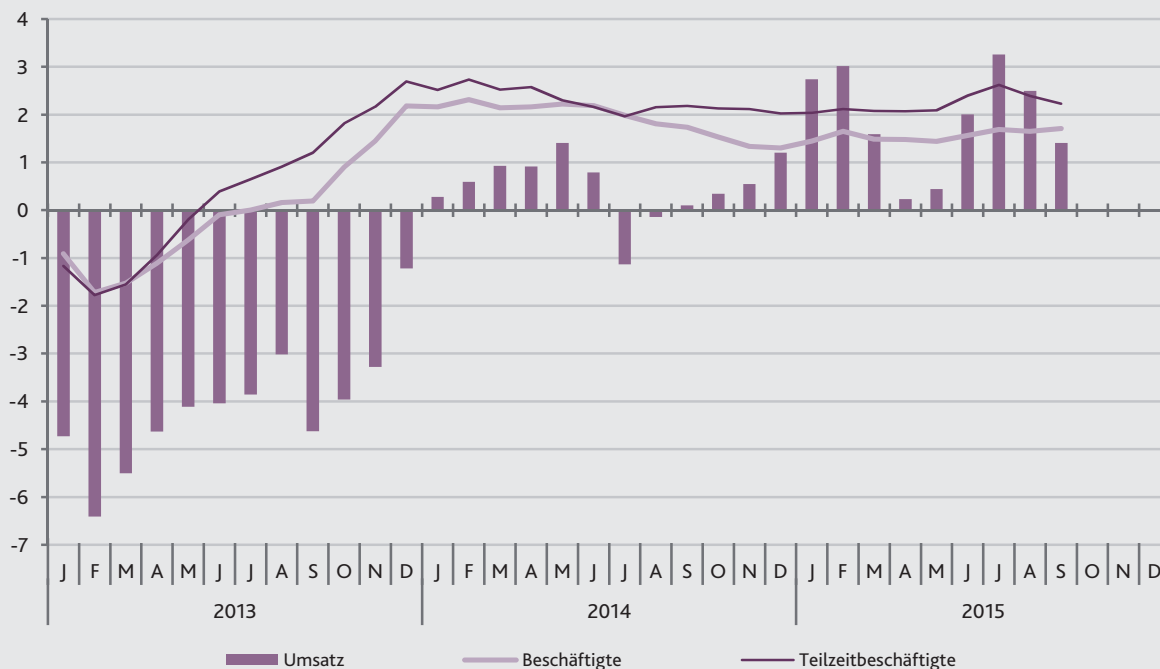
1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

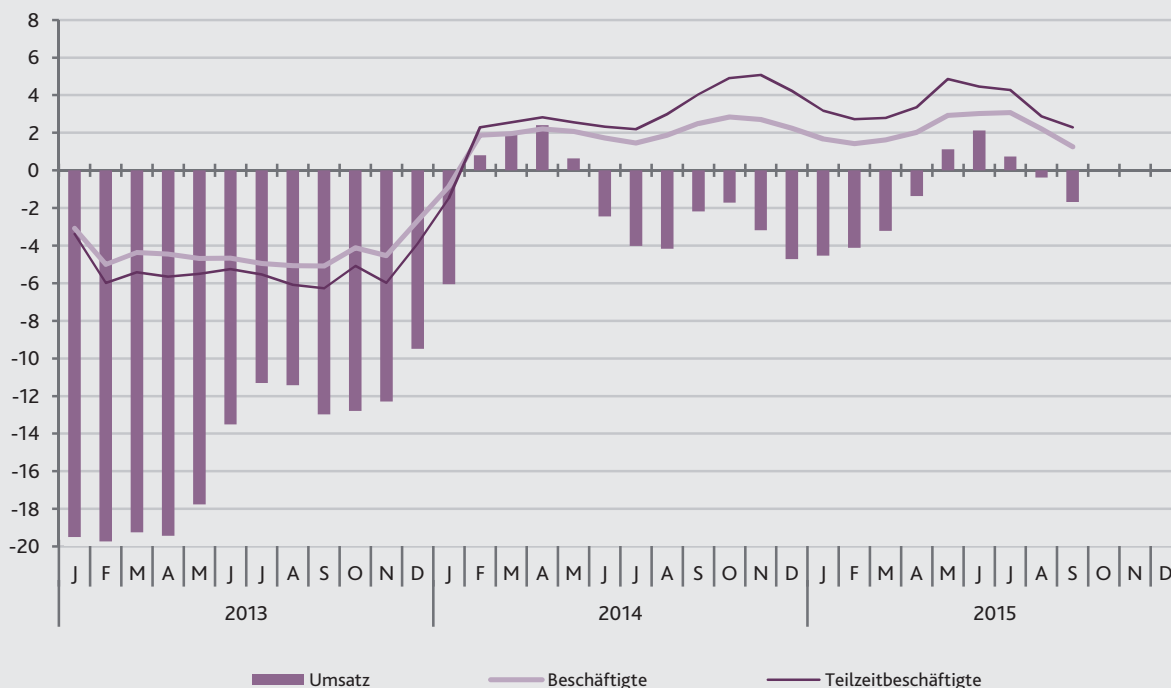


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100. Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

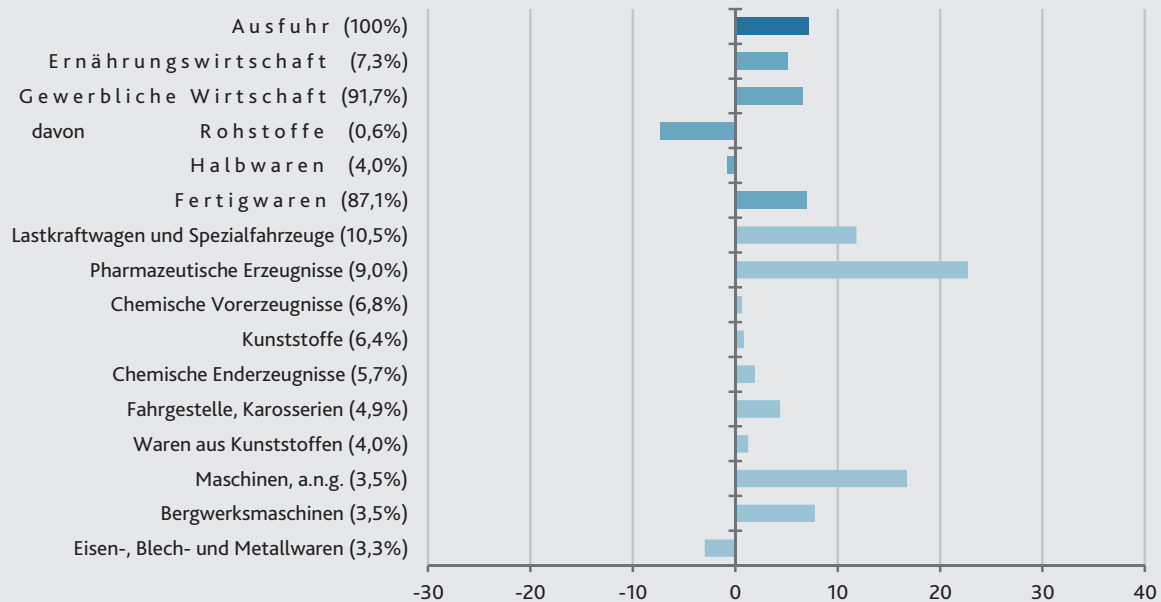
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

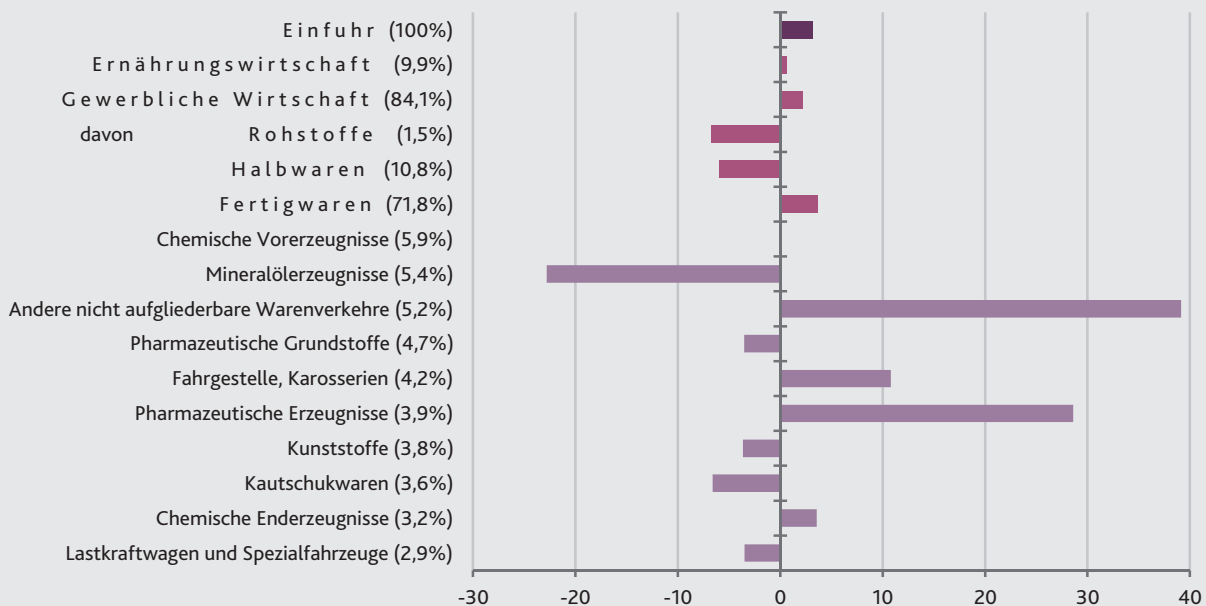
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2014 - September 2015 nach Warengruppen¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

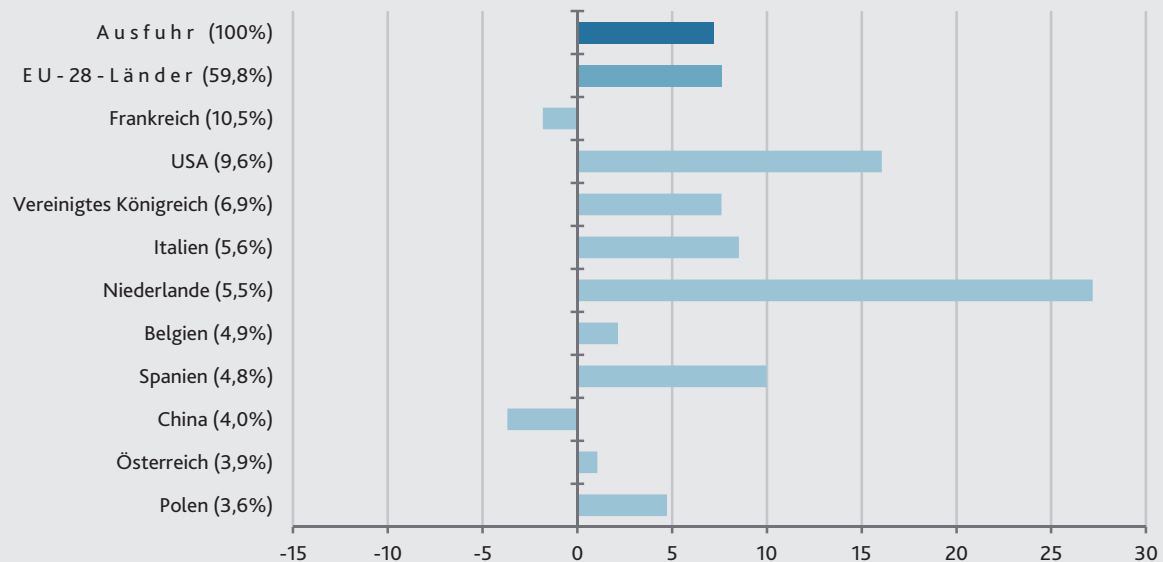
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2014 - September 2015 nach Warengruppen¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2014 - September 2015 nach Bestimmungsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

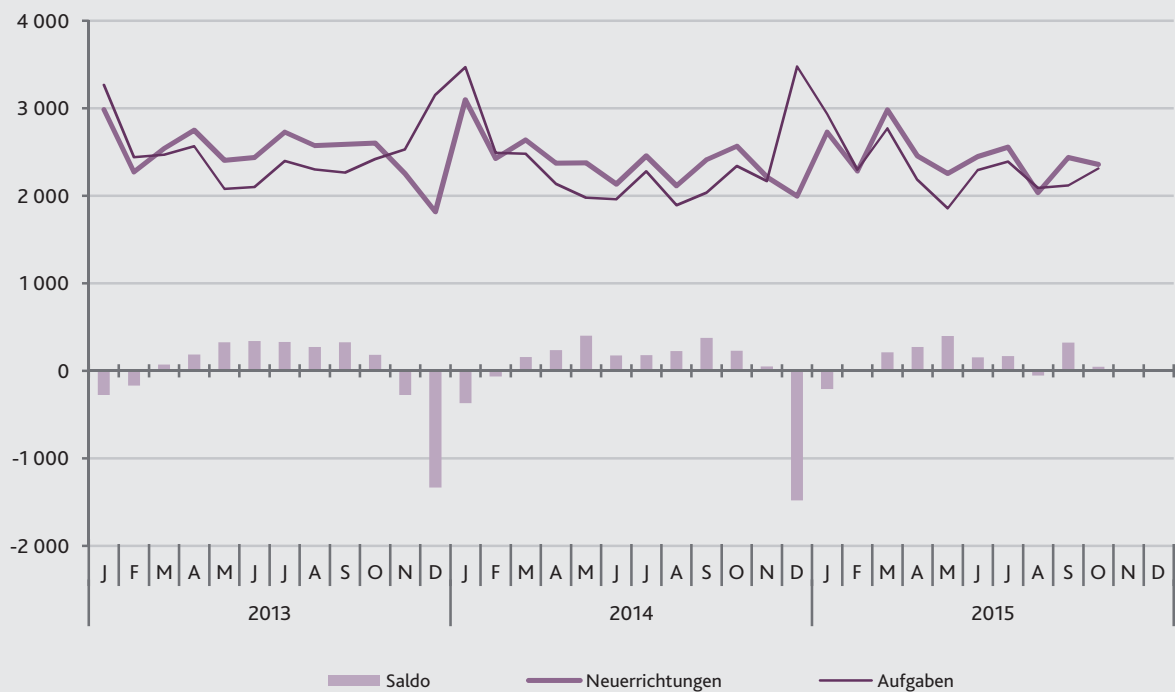
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2014 - September 2015 nach Herkunftsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

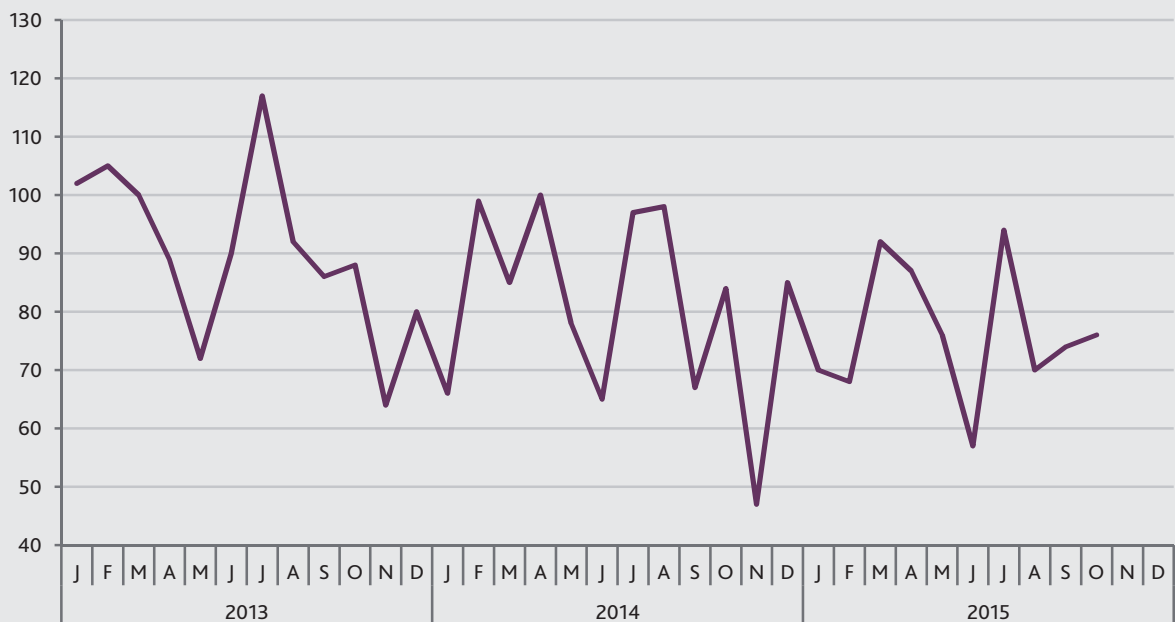
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



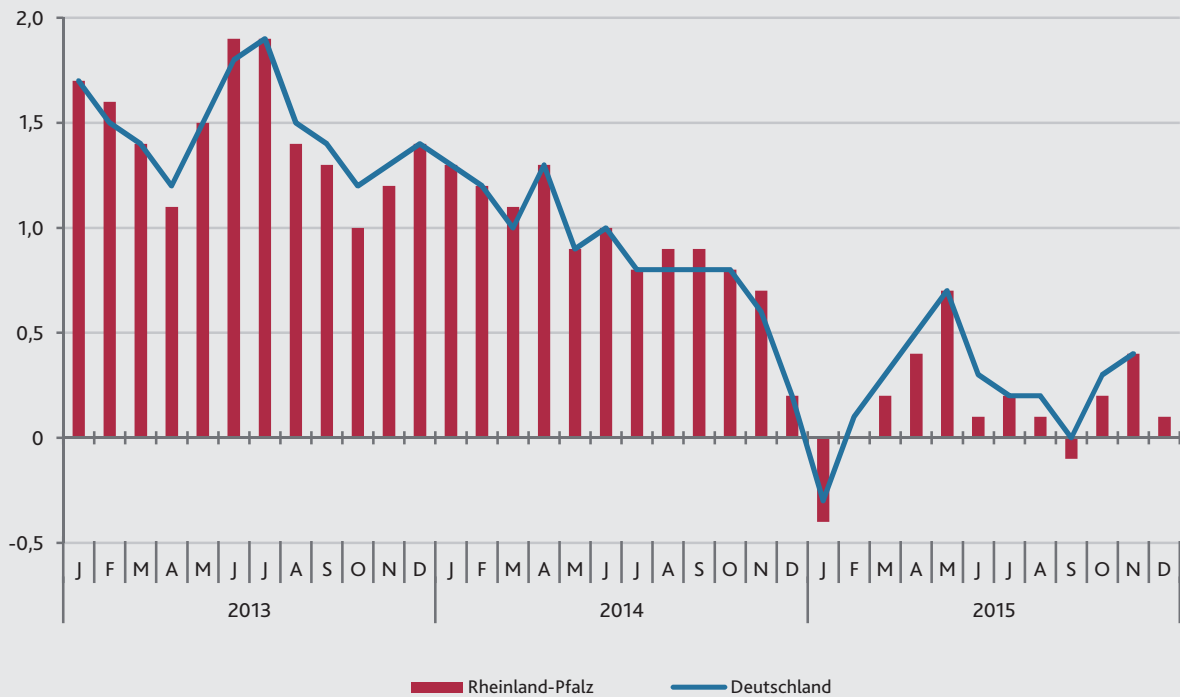
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



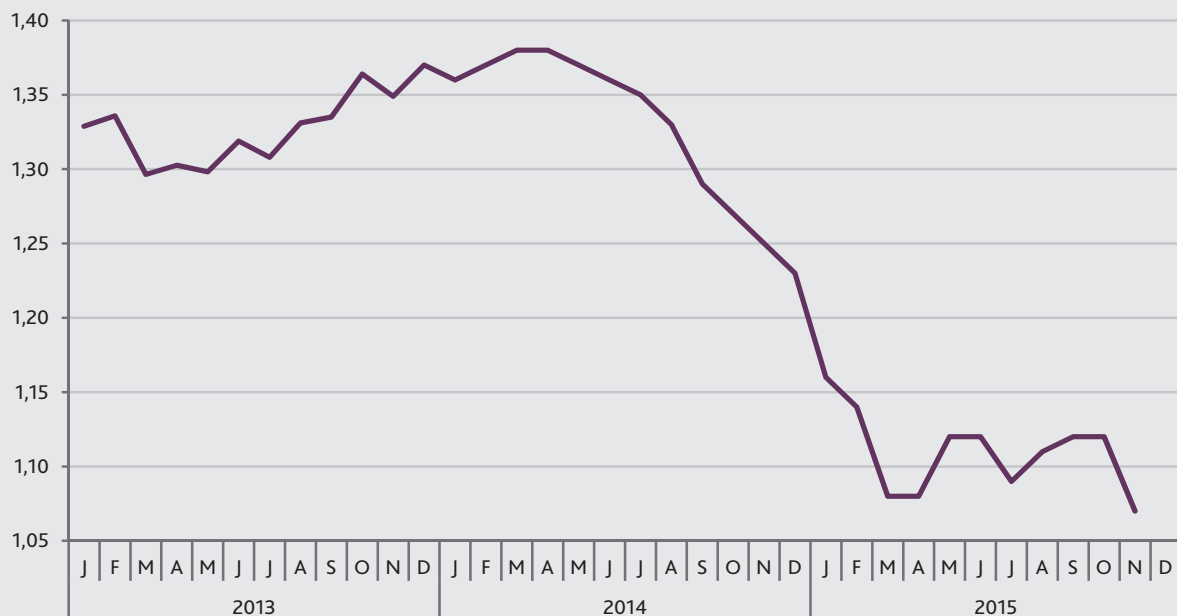
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

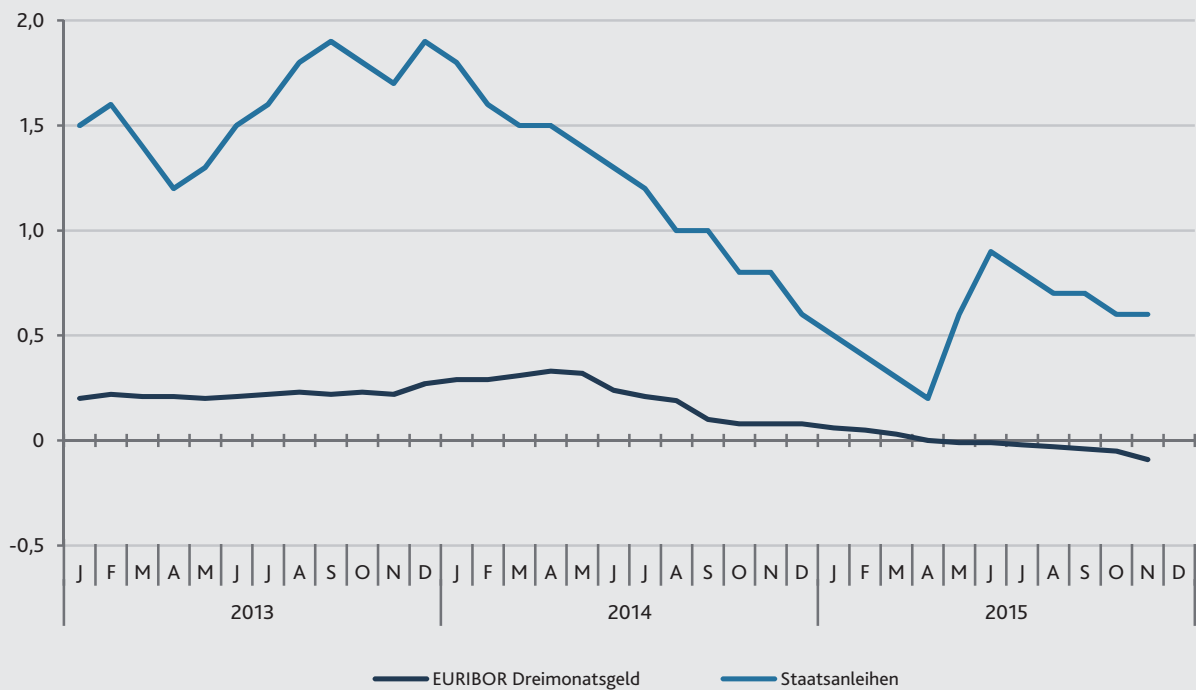
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

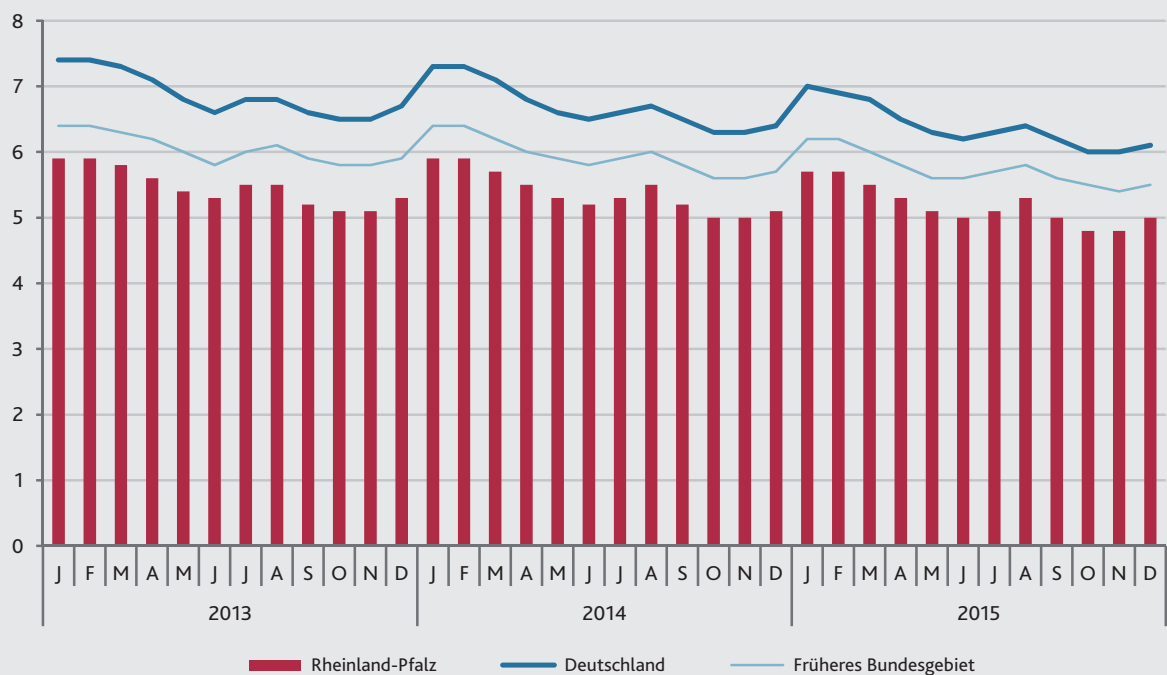
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

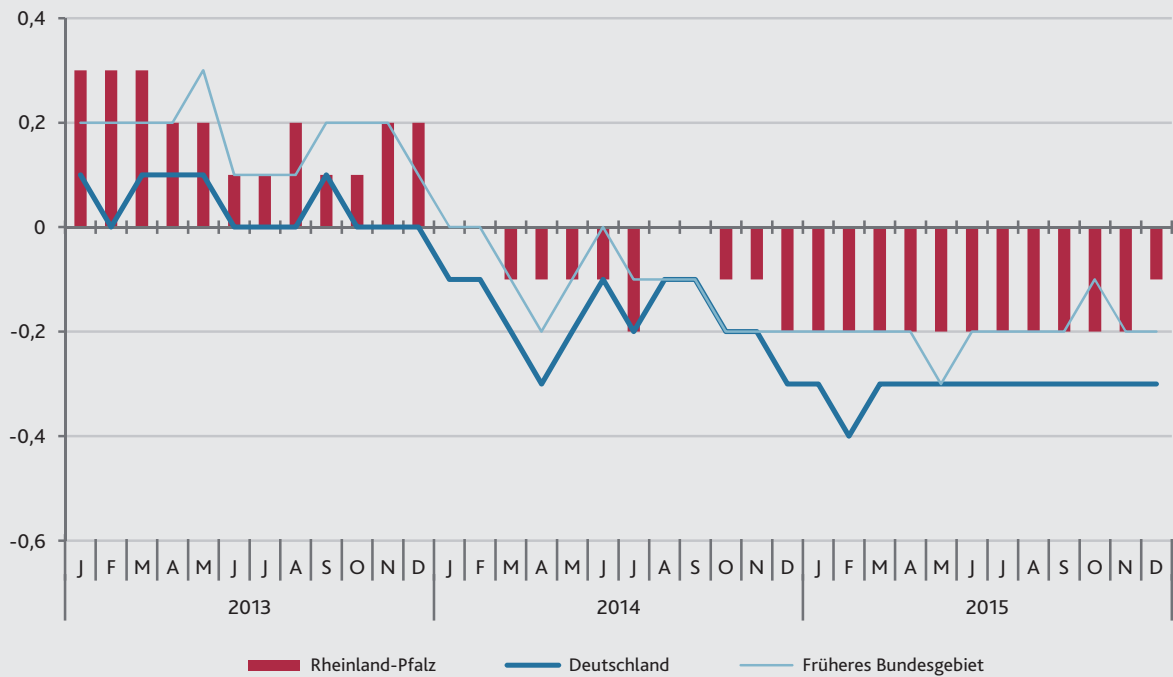
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

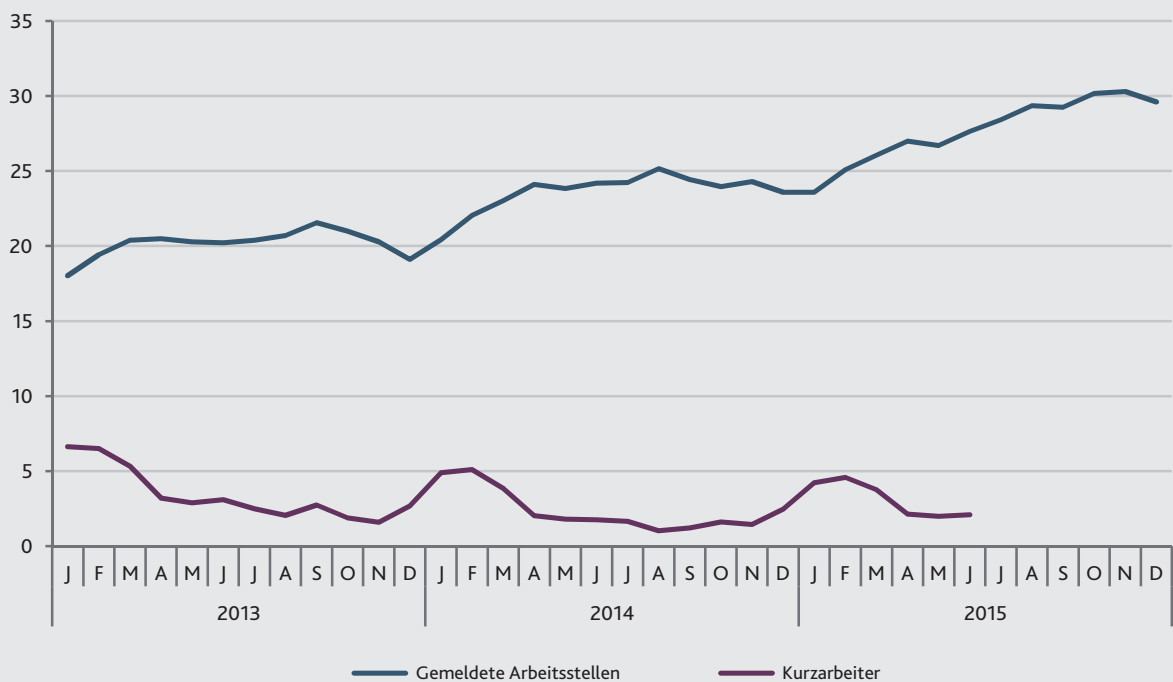
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

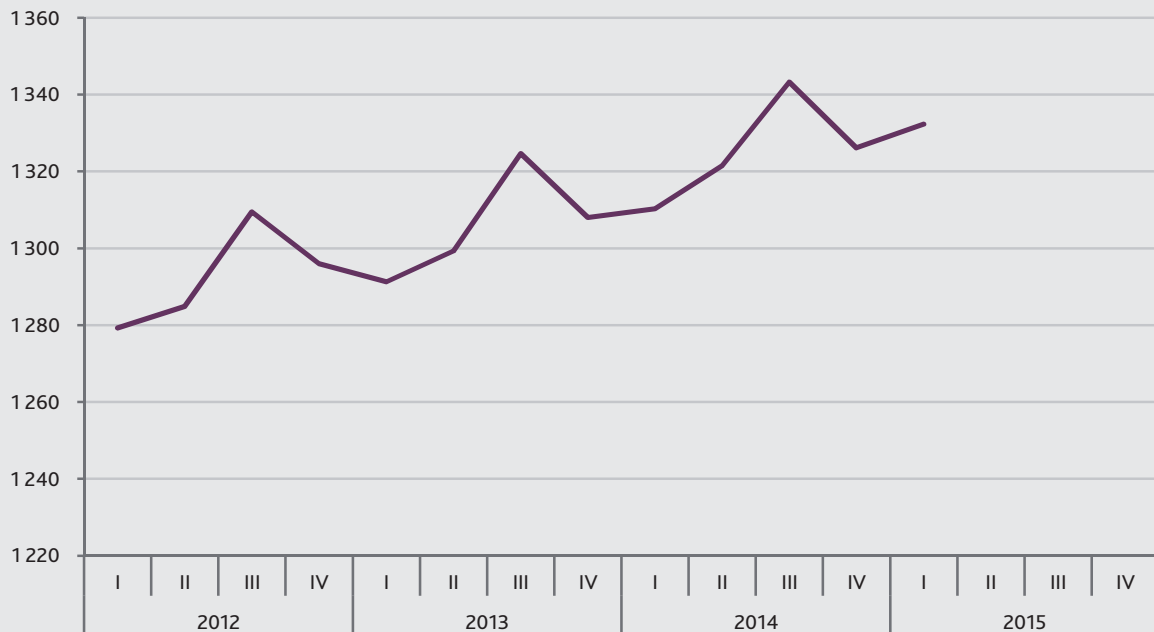
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

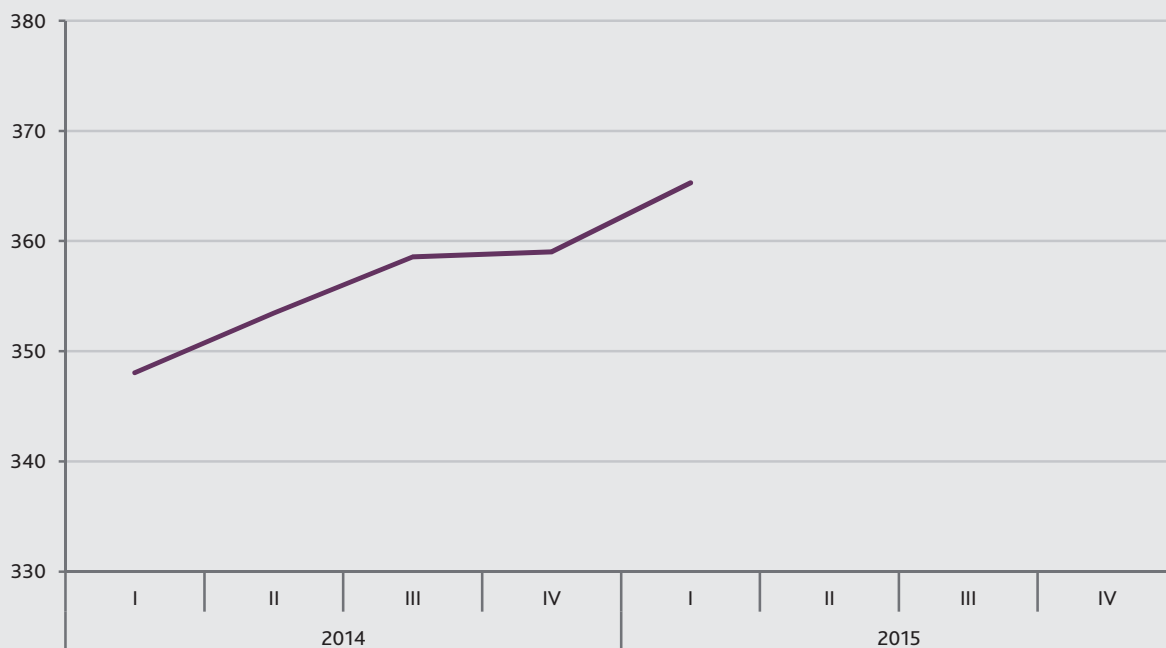
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

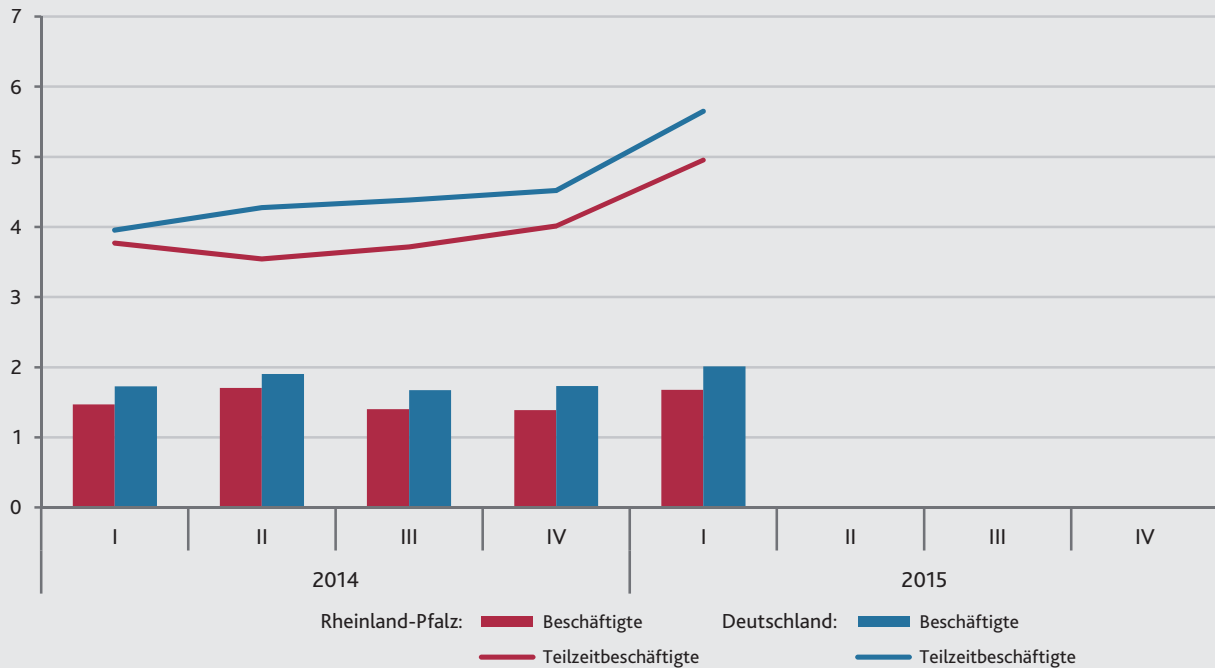


Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

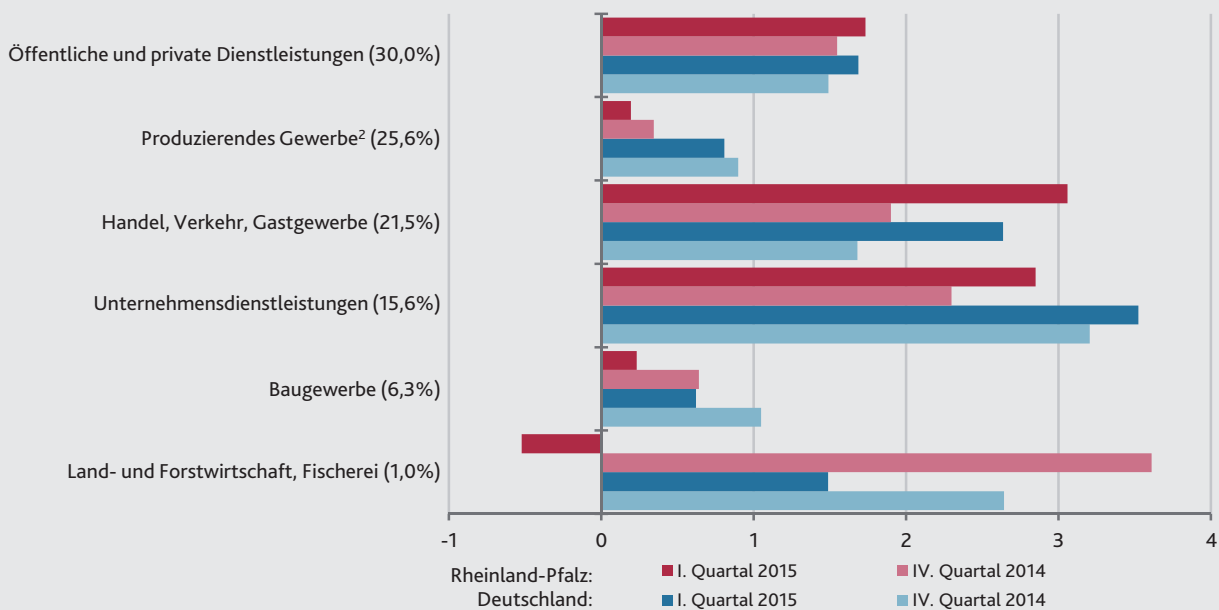


Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2014. – ² Ohne Baugewerbe.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort
in 1 000

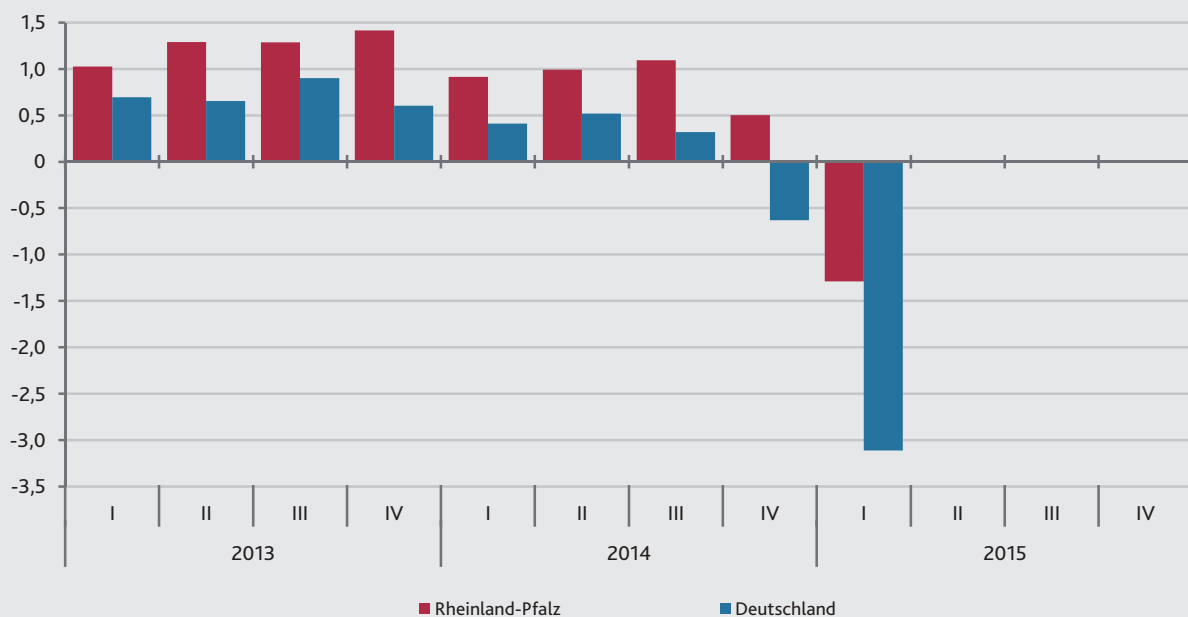


¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

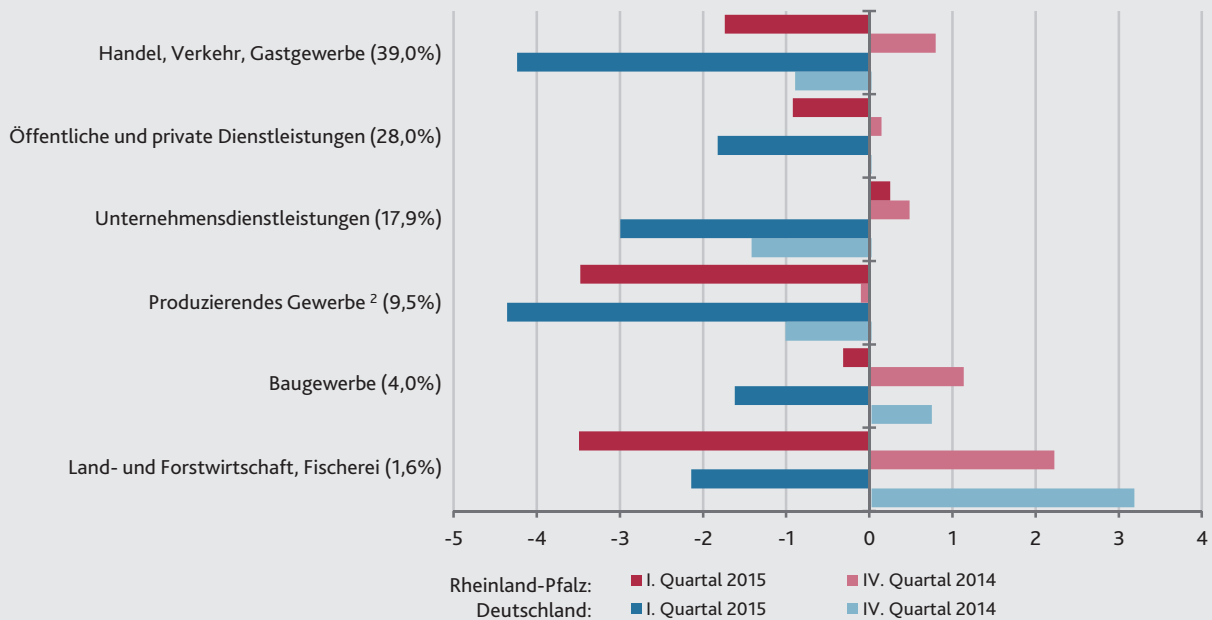
**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2014. – ² Ohne Baugewerbe.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 29. Dezember 2015.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler/-innen, Studenten/-innen oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Monatsmonat beim

Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich

anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpach-

tung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter/-innen

Kurzarbeiter/-innen sind Arbeitnehmer/-innen, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden

auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum Produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das Produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer/-innen zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten

mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie

die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger/-innen durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle

Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das Verarbeitende Gewerbe ist Teil des Produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 093	127 842	126 432
752	134 121	128 093	133 450	157 264	110 138
6 058	126 824	133 450	157 264	111 776	80 756
134 628	134 545	157 827	113 035	84 980	63 568
157 811	113 466	84 980	64 829	78 146	92 396
113 466	87 007	64 829	78 146	94 429	125 873
87 007	65 282	78 146	94 429	125 677	103 807
65 282	78 320	94 429	125 677	103 807	69 027
78 320	95 409	103 807	69 027		
95 409					

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

Bevölkerung	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 994 ^{1,2}	4 012 ^{1,2}	4 001	4 003	4 005	4 018
darunter Ausländer ³	1 000	306 ^{1,2}	331 ^{1,2}	317	319	322	345

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 602	1 636	2 160	2 397	2 951	2 543
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 666	2 786	2 773	3 307	2 838	2 543
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,0	8,4	8,4	9,7	8,3	7,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 794	3 693	3 566	3 767	3 289	3 264
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,4	11,1	10,8	11,1	9,7	9,6
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	8	8	5	11	1	8
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	3,0	1,8	3,3	0,4	3,1
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 129	- 907	- 793	- 460	- 451	- 721
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,4	- 2,7	- 2,4	- 1,4	- 1,3	- 2,1

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 962	11 303	10 258	12 746	12 268	9 230
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	4 305	5 428	5 169	6 257	5 661	5 313
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 538	9 026	7 821	9 754	10 276	7 346
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 630	3 141	2 830	3 688	3 286	2 988
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 424	2 277	2 437	2 992	1 992	1 884
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 592	14 152	12 899	14 976	14 575	11 902

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2012	2013			2014			2015
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 285	1 299	1 325	1 308	1 310	1 321	1 343	1 326
* Frauen	1 000	589	599	611	607	607	611	622	619

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1, 2, 3}**

	Einheit	2012	2013			2014			2015	
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Ausländer/-innen	1 000	90	96	100	94	100	106	110	104	110
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	326	341	346	345	348	353	359	359	365
* darunter Frauen	1 000	275	286	289	290	292	295	299	300	304
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	12	13	13	10	12	13	14	10	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	418	418	425	418	420	422	427	420	420
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	274	278	285	282	280	285	291	287	289
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	199	204	206	202	203	206	210	207	209
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	382	387	395	396	396	396	402	402	402

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Arbeitslose	Anzahl	116 353	115 741	108 009	107 830	110 332	109 037	105 525	105 209	108 290
* Frauen	Anzahl	54 039	53 744	50 942	50 585	51 018	51 413	49 701	49 246	49 813
* Männer	Anzahl	62 314	61 998	57 067	57 245	59 314	57 624	55 824	55 963	58 477
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	46 247	44 689	39 904	39 819	41 495	39 065	37 423	37 427	39 239
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	70 106	71 053	68 105	68 011	68 837	69 972	68 102	67 782	69 051
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,5	5,4	5,0	5,0	5,1	5,0	4,8	4,8	5,0
* Frauen	%	5,4	5,3	5,0	5,0	5,1	5,0	4,9	4,8	4,9
* Männer	%	5,5	5,4	5,0	5,0	5,2	5,0	4,8	4,8	5,1
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,1	4,9	4,3	4,2	4,3	4,7	4,0	4,0	4,1
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,1	2,9	2,8	2,8	3,5	2,8	2,8	2,8
* Ältere von 50–65 Jahren	%	5,8	5,6	5,3	5,3	5,4	5,0	5,0	4,9	5,0
* Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,2	5,9	5,8	5,9	5,5	5,5	5,4	5,5
* Ausländer/-innen	%	12,2	12,1	11,2	11,5	11,9	11,9	11,6	11,9	12,6
* Deutsche	%	4,9	4,8	4,5	4,5	4,5	4,4	4,3	4,2	4,3
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	3 423	2 407	1 616	1 436	2 477
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	21 221	23 602	23 960	24 283	23 591	29 258	30 164	30 285	29 601

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	218 942	221 871	221 206	220 476	220 302	225 882	224 786	222 938	...
* darunter Frauen	Anzahl	113 107	114 512	114 357	114 102	113 871	115 941	115 437	114 450	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	155 110	156 803	156 147	155 322	155 067	159 841	158 640	157 037	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	63 832	65 068	65 059	65 154	65 235	66 041	66 146	65 901	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	61 451	62 581	62 546	62 658	62 743	64 011	64 106	63 814	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	552	519	495	512	539	665	626	537	520
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	507	473	450	459	482	600	563	492	454
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	3	5	6	2	2	6	4	6
Unternehmen	Anzahl	64	74	57	105	96	83	87	33	55
private Haushalte	Anzahl	485	442	433	401	441	580	533	500	459
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 025	934	875	953	967	1 081	1 307	878	1 034
* Umbauter Raum	1 000 m ³	633	594	571	593	610	732	769	616	608
* Wohnfläche	1 000 m ²	119	112	109	109	116	135	140	114	116
Wohnräume	Anzahl	4 783	4 424	4 153	4 517	4 563	5 571	5 603	4 583	4 760
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	180	172	170	172	179	219	231	185	192

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	126	123	110	135	139	158	148	158	109
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	11	10	10	15	12	10	20	11
Unternehmen	Anzahl	99	86	78	90	98	114	110	113	74
private Haushalte	Anzahl	14	26	22	35	26	32	28	25	24
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	31	15	9	28	38	6	11	12	9
* Umbauter Raum	1 000 m ³	739	797	450	551	1 461	1 072	1 058	1 376	424
* Nutzfläche	1 000 m ²	105	105	71	84	174	108	111	163	64
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	89	90	63	72	201	77	86	137	87

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 120	1 128	1 045	1 260	1 227	1 321	1 527	1 095	1 240
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 500	5 321	4 936	5 465	6 043	6 664	6 525	5 303	5 757

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 747	...	10 646	11 531	12 882	10 858	10 579	11 809	12 441
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 847	...	1 680	1 937	2 771	1 584	1 729	2 180	2 325
darunter										
* Kälber	t	8	...	3	7	10	3	4	7	9
* Jungrinder	t	10	...	6	3	10	3	7	6	28
* Schweine	t	8 852	...	8 934	9 550	10 021	9 235	8 816	9 542	10 060
* Eierzeugung ²	1 000	14 522	...	15 581	15 500	14 587	14 635	13 560	15 152	15 330

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	984	982	983	982	983	1 003	1 006	1 009	1 005
* Beschäftigte ⁴	1 000	248 561	251 312	253 026	253 639	253 007	253 082	255 059	255 692	254 935
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 499	32 012	29 244	32 950	33 453	34 133	29 776	33 279	33 793
* Entgelte	Mill. EUR	1 002	1 029	941	952	964	1 005	977	985	994
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 045	7 107	6 566	7 130	7 339	7 683	6 647	7 519	7 225
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 945	4 006	3 748	3 914	4 001	4 095	3 570	3 948	3 863
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 839	1 846	1 616	1 942	2 034	2 139	1 795	2 166	2 046
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	85	83	65	95	97	78	79	112	97
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 176	1 172	1 138	1 179	1 207	1 373	1 204	1 294	1 219
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 337	2 386	2 247	2 223	2 254	2 350	2 034	2 199	2 117
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	961	931	841	1 040	1 089	1 079	904	1 176	1 134
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 812	3 918	3 581	3 892	4 103	4 290	3 644	4 137	3 949
Exportquote ⁶	%	54,1	55,1	54,5	54,6	55,9	55,8	54,8	55,0	54,7
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	103,0	101,6	90,3	96,8	104,3	106,9	90,9	105,8	...
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	100,2	98,2	88,0	90,1	96,8	99,3	82,8	91,8	...
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	111,2	111,9	98,9	107,4	123,2	116,4	99,1	121,9	...

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2013	2014				2015			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.

Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	75,5	58,6	47,0	53,6	52,1	44,1	49,2	73,2	...
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	89,5	85,3	74,8	97,3	76,9	119,4	107,3	121,5	...
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	102,5	98,2	86,0	86,6	95,1	100,2	81,6	92,6	...
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	119,3	114,0	103,3	109,7	132,3	116,1	95,0	116,8	...

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	172	174	175	174	173	179	179	179	179
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 694	9 764	9 762	9 838	9 805	9 385	9 478	9 567	9 480
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 188	1 190	1 070	1 233	1 234	1 231	1 026	1 197	1 201
* Entgelte ³	Mill. EUR	41	42	38	38	48	42	39	39	50

Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung⁵

* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	474	321	257	281	338	257	160	162	313
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	459	307	244	269	324	244	147	150	298

Baugewerbe

Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	38 313	38 655	39 009	39 243	39 011	38 809	39 273	39 153	40 245
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 742	4 014	3 861	4 552	4 596	4 547	3 861	4 447	4 667
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 549	1 690	1 562	1 851	1 858	1 848	1 559	1 820	1 979
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	901	982	984	1 099	1 124	1 117	1 070	1 152	1 095
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 292	1 343	1 315	1 602	1 614	1 581	1 232	1 476	1 593
darunter Straßenbau	1 000 h	630	658	653	821	801	758	583	734	778
* Entgelte	Mill. EUR	91	96	98	99	100	103	99	100	102

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	398	416	409	432	490	449	452	461	500
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	142	148	137	148	171	149	159	159	177
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	109	113	117	117	130	127	125	133	132
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	147	155	155	167	189	172	168	170	191
darunter Straßenbau	Mill. EUR	72	75	78	90	98	82	78	87	96

Ausbaugewerbe

(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Betriebe ⁴	Anzahl	415	412	414	411	411	411	423	426	425
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	1 000	15 506	15 644	15 412	15 555	15 862	15 748	15 908	15 920	16 182
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 948	4 937	4 831	4 827	5 111	4 979	4 887	4 905	5 136
* Entgelte	Mill. EUR	119	120	114	118	120	128	118	125	126
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	412	425	343	387	422	548	351	425	431

Handel⁵Großhandel^{6, 6}

	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Beschäftigte	2010=100	105,4	106,6	107,8	107,8	107,8	107,4	108,2	108,2	108,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	114,1	118,4	120,7	119,6	119,8	123,1	122,1	121,1	121,0
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	94,7	93,4	88,3	99,7	102,1	100,4	89,1	99,6	99,8
* Umsatz real ⁷	2010=100	87,6	87,1	82,3	92,9	95,8	93,1	83,0	93,5	94,0

Einzelhandel^{8, 8}

* Beschäftigte	2010=100	102,7	104,7	105,0	105,4	105,9	106,1	106,8	107,1	107,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,3	105,7	105,7	106,1	106,8	108,7	108,3	108,2	109,2
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	101,4	102,3	98,5	100,6	107,1	108,7	99,7	102,4	108,6
* Umsatz real ⁷	2010=100	96,7	97,3	93,9	95,3	101,7	103,6	95,1	97,2	102,7

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{p, 2}

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Beschäftigte	2010=100	103,7	104,3	105,2	105,9	106,3	104,3	106,2	106,9	107,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	114,5	118,2	119,1	119,1	119,7	121,6	121,3	121,2	122,0
* Umsatz nominal ³	2010=100	94,6	98,4	94,5	100,6	113,5	112,1	92,9	106,8	125,6
* Umsatz real ³	2010=100	92,1	95,7	91,8	97,3	110,2	108,1	89,5	102,8	120,6

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2010=100	99,8	101,9	105,4	106,3	105,9	107,8	108,3	107,9	105,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	100,5	103,7	107,2	108,4	108,4	110,2	111,2	111,8	108,4
* Umsatz nominal ³	2010=100	80,4	80,7	94,9	92,5	91,6	95,7	95,5	93,5	91,5
* Umsatz real ³	2010=100	75,9	74,6	88,0	84,7	83,7	86,7	86,6	83,7	81,8

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	672	684	947	938	864	961	980	946	884
* darunter von Auslandsgästen	1 000	155	154	270	204	165	291	272	202	158
* Gästeübernachtungen	1 000	1 748	1 762	2 699	2 387	2 231	2 597	2 772	2 409	2 241
* darunter von Auslandsgästen	1 000	435	439	907	572	449	932	911	557	428

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 779	1 770	2 031	1 779	1 791	1 964	2 087	1 881	2 028
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 191	1 232	1 502	1 252	1 288	1 473	1 542	1 390	1 451
* Getötete Personen	Anzahl	15	15	18	16	16	27	16	19	26
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	7	9	7	7	16	8	7	14
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	5	6	3	6	6	4	8
Radfahrer	Anzahl	1	4	1	-	-	2	1	5	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	1	5	2	-	3	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 547	1 593	1 949	1 613	1 642	1 837	1 983	1 775	1 858

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwer- wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2013	2014			2015			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
schwer verletzte Personen	Anzahl	296	305	362	340	329	350	410	383
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	137	134	154	159	121	122	174	147
Benutzer motorisierter									
Zweiräder	Anzahl	70	77	115	88	92	120	122	136
Radfahrer	Anzahl	46	48	63	63	67	72	80	65
Fußgänger	Anzahl	29	29	18	17	30	21	18	22

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2013	2014			2015			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Zulassungen fabrikneuer									
Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 881	11 953	10 263	12 014	12 368	14 258	12 373	15 009
darunter									
Krafträder	Anzahl	589	613	575	559	391	990	743	534
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	9 973	10 050	8 552	10 306	10 758	11 843	10 574	13 334
* Lastkraftwagen	Anzahl	904	878	750	782	931	944	724	771
Zugmaschinen	Anzahl	339	328	300	274	257	401	253	271

Personenbeförderung

	Einheit	2013	2014				2015		
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Beförderte Personen									
im Linienverkehr	1 000	54 521	54 611	58 819	56 619	47 029	55 977	56 253	56 127
Personenkilometer ³	Mill.	502	510	546	531	440	523	512	528

Binnenschifffahrt

	Einheit	2013	2014			2015			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gütereingang	1 000 t	1 094	1 065	1 154	1 099	996	1 051	1 072	941
* Güterversand	1 000 t	821	813	883	819	870	825	944	649

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 876	4 010	4 337	3 751	4 243	4 524	4 391	3 916	4 502
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	294	291	301	267	301	329	337	300	317
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 540	3 677	3 978	3 442	3 893	4 102	3 960	3 527	4 048

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹

Ausfuhr (Spezialhandel)²

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2013	2014				2015			
			Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
*	Rohstoffe	Mill. EUR	22	24	23	19	25	24	22	19	20
*	Halbwaren	Mill. EUR	170	159	156	130	171	178	165	134	147
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 348	3 494	3 800	3 293	3 697	3 900	3 773	3 375	3 881
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	944	931	986	885	943	1 006	992	874	991
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 404	2 563	2 813	2 408	2 754	2 894	2 780	2 500	2 890
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 653	2 731	2 916	2 465	2 914	3 155	2 936	2 617	3 127
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 283	2 200	2 565	2 159	2 575	2 817	2 574	2 298	2 793
	Belgien	Mill. EUR	187	198	183	192	201	215	183	185	208
	Luxemburg	Mill. EUR	54	54	60	47	58	66	59	47	52
	Dänemark	Mill. EUR	35	37	40	39	37	40	31	34	41
	Finnland	Mill. EUR	31	30	31	27	30	31	33	29	27
	Frankreich	Mill. EUR	430	422	462	357	456	454	373	320	461
	Griechenland	Mill. EUR	41	33	39	23	29	29	21	15	41
	Großbritannien	Mill. EUR	240	279	305	272	298	270	284	261	314
	Irland	Mill. EUR	12	14	12	13	11	15	22	15	24
	Italien	Mill. EUR	218	224	268	160	248	331	259	173	256
	Niederlande	Mill. EUR	225	222	225	204	241	353	339	309	333
	Österreich	Mill. EUR	148	155	168	147	155	178	181	158	174
	Schweden	Mill. EUR	63	70	61	79	82	75	63	72	78
	Spanien	Mill. EUR	172	194	213	170	217	197	214	173	199
	Portugal	Mill. EUR	33	32	29	27	28	37	36	25	33
*	Afrika	Mill. EUR	98	105	115	99	105	138	156	111	145
*	Amerika	Mill. EUR	530	553	618	556	523	609	611	598	591
	darunter nach USA	Mill. EUR	342	386	425	380	349	419	419	424	419
*	Asien	Mill. EUR	563	591	655	596	672	593	650	559	605
	darunter nach China	Mill. EUR	147	162	198	183	186	132	140	134	137
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	31	32	34	29	28	37	32	33

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 599	2 666	2 937	2 489	2 743	2 942	2 977	2 360	2 943
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	267	270	282	283	269	286	276	250	221
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 222	2 281	2 535	2 105	2 342	2 506	2 534	1 938	2 456
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	44	41	53	39	36	41	46	35	35
* Halbwaren	Mill. EUR	310	293	367	287	297	266	267	160	338
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 868	1 947	2 115	1 778	2 009	2 199	2 221	1 743	2 083

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2013	2014				2015			
			Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	537	550	636	539	529	568	583	448	635
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 331	1 397	1 479	1 240	1 479	1 631	1 638	1 295	1 448
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	1 911	1 983	2 187	1 819	2 052	2 225	2 232	1 697	2 236
*	darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 680	1 726	1 872	1 550	1 844	1 983	2 019	1 511	1 997
	Belgien	Mill. EUR	297	290	303	294	295	287	292	165	370
	Luxemburg	Mill. EUR	42	45	49	47	46	52	49	49	52
	Dänemark	Mill. EUR	18	19	19	18	21	22	22	18	20
	Finnland	Mill. EUR	7	8	8	7	11	13	13	12	13
	Frankreich	Mill. EUR	241	244	277	224	253	253	255	197	242
	Griechenland	Mill. EUR	9	8	12	8	7	7	8	7	8
	Großbritannien	Mill. EUR	99	111	116	98	135	103	104	89	122
	Irland	Mill. EUR	21	25	9	18	26	57	146	130	11
	Italien	Mill. EUR	163	163	198	127	167	312	194	135	147
	Niederlande	Mill. EUR	255	260	274	203	310	292	285	196	352
	Österreich	Mill. EUR	84	86	98	80	85	95	108	73	110
	Schweden	Mill. EUR	41	43	44	39	46	50	53	38	52
	Spanien	Mill. EUR	109	105	112	86	113	103	108	81	127
	Portugal	Mill. EUR	16	15	17	13	14	16	19	16	17
*	Afrika	Mill. EUR	70	51	71	41	55	34	39	46	31
*	Amerika	Mill. EUR	251	243	268	233	226	274	280	229	238
	darunter aus USA	Mill. EUR	186	173	172	148	159	222	219	157	182
*	Asien	Mill. EUR	363	385	407	391	403	400	421	382	435
	darunter aus China	Mill. EUR	161	164	183	180	178	180	185	178	182
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	5	5	6	8	5	7	4

Gewerbeanzeigen⁴

Gewerbeanzeigen ⁴	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 017	...	2 640	2 975	3 105	3 152	2 505	2 888	2 848
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	475	...	418	442	504	520	383	490	446
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 005	...	1 681	1 962	2 020	2 022	1 632	1 938	1 890
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 985	...	2 324	2 517	2 785	2 898	2 485	2 547	2 763
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	452	...	307	371	361	454	341	386	382
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 027	...	1 563	1 658	1 941	1 919	1 731	1 714	1 905

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – ⁴ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Insgesamt	Anzahl	567	524	578	454	544	539	416	462	467
davon										
* Unternehmen	Anzahl	90	81	98	67	84	94	70	74	76
* Verbraucher	Anzahl	354	320	347	262	331	294	248	263	268
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	103	105	104	109	114	133	88	110	99
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	20	19	29	16	15	18	10	15	24
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	91	96	143	82	98	101	102	63	106

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2013	2014				2015				
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.		
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,7	98,6	97,7	98,1	100,2	98,3	97,8	98,0	99,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	100,0	101,4	86,7	101,0	104,0	114,0	85,5	103,1	107,7

Preise

Preise	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	105,8	106,8	106,9	106,8	106,9	107,1	107,1	107,2	107,0
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	103,4	104,8	105,3	105,3	105,6	106,6	106,6	106,8	106,8

Verdienste⁷

Verdienste⁷

	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	EUR	3 790	3 798	3 426	3 472	3 491	3 524	3 496	3 576	3 576
* Frauen	EUR	3 268	3 266	3 006	3 021	3 052	3 062	3 082	3 122	3 131
* Männer	EUR	4 003	4 009	3 593	3 651	3 665	3 707	3 660	3 756	3 755
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 925	7 205	6 254 ^r	6 360	6 403	6 456	6 427	6 531	6 566
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 352	4 405	4 015 ^r	4 053	4 097	4 126	4 086	4 156	4 181
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 183	3 235	2 933	2 975	2 993	3 013	2 989	3 062	3 058
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 641	2 641	2 416	2 470	2 487	2 514	2 464	2 572	2 574
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 047	2 030	1 885	1 921	1 946	1 957	1 910	2 021	2 024

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtszeitraums ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

noch: Verdienste ¹	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 078	4 175	3 622	3 716	3 729	3 767	3 680	3 816	3 806
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 899	4 001	3 448	3 587	3 616	3 643	3 390	3 460	3 519
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 245	4 353	3 756	3 836	3 840	3 887	3 836	3 948	3 919
* Energieversorgung	EUR	4 955	(5 040)	4 344	4 462	4 456	4 487	4 408	4 456	4 528
* Wasserversorgung ²	EUR	3 207	3 473	3 114	3 230	(3 275)	3 260	3 139	3 145	3 130
* Baugewerbe	EUR	3 156	3 257	2 922	3 090	3 140	3 128	2 923	3 187	3 241
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 596	3 551	3 298	3 312	3 336	3 366	3 380	3 423	3 431
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 535	3 275	2 998	3 019	3 032	3 078	3 186	3 219	3 241
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 978	2 748	2 570	2 608	2 600	2 614	2 683	2 726	2 731
* Gastgewerbe	EUR	(2 026)	(2 078)	2 030	1 986	1 978	1 979	2 057	2 085	2 104
* Information und Kommunikation	EUR	4 870	5 049	4 537	4 663	4 632	4 672	4 683	4 752	4 722
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 907	4 902	4 086	4 114	4 154	4 231	4 314	4 321	4 346
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 739	3 947	(3 712)	(3 849)	(3 838)	(3 857)	(3 419)	(3 409)	(3 470)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	(4 670)	4 823	4 170	4 190	4 223	4 216	4 314	4 401	4 366
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	/	(2 160)	2 059	2 080	2 095	2 118	2 129	2 183	2 200
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 450	3 536	3 389	3 389	3 469	3 504	3 492	3 531	3 561
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 105	4 132	4 034	4 035	4 079	4 050	4 110	4 136	4 202
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 678	3 693	3 430	3 473	3 485	3 514	3 514	3 555	3 567
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	4 257	3 734	(3 565)	(3 339)	(3 362)	(3 645)	(3 354)	(3 330)	3 257
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 059	3 272	3 070	3 064	3 108	3 126	3 056	3 082	3 088

Geld und Kredit³

Geld und Kredit³

	Einheit	2013	2014				2015			
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	121 674	124 868	125 584	124 657	124 257	124 973	121 419	120 613	122 178
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 174	12 066	12 333	12 369	11 869	11 692	10 833	10 437	9 901

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2013	2014				2015			
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	14 002	13 109	13 476	13 295	13 232	12 432	11 579	11 170	11 134
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 498	99 693	99 775	98 993	99 156	100 849	99 007	99 006	101 143
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	113 342	117 843	117 767	117 623	117 462	118 519	114 975	114 545	116 013
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	102 470	106 825	106 449	106 566	106 600	107 683	103 978	103 815	105 394
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 872	11 018	11 318	11 057	10 862	10 836	10 997	10 730	10 619
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	8 332	7 025	7 817	7 034	6 795	6 454	6 444	6 068	6 165

Einlagen und aufgenommene
Kredite von Nichtbanken

	Mill. EUR	113 014	114 331	112 837	112 942	114 661	116 885	113 702	114 532	117 274
Sichteinlagen	Mill. EUR	51 536	55 411	53 185	53 933	56 215	58 309	56 724	58 709	62 506
Termineinlagen	Mill. EUR	26 577	25 128	25 455	25 226	24 928	24 903	24 002	23 215	22 608
Sparbriefe	Mill. EUR	6 639	5 817	6 059	5 884	5 687	5 637	5 335	5 147	4 995
Spareinlagen	Mill. EUR	28 262	27 976	28 138	27 899	27 831	28 036	27 641	27 461	27 165
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	110 380	111 895	110 316	110 550	112 240	114 475	111 316	112 080	115 084
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	107 492	108 955	107 664	107 716	109 307	111 133	108 838	109 442	112 439
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 888	2 940	2 652	2 834	2 933	3 342	2 478	2 638	2 645
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 634	2 436	2 521	2 392	2 421	2 410	2 386	2 452	2 190

Steuern

Einheit	2013	2014				2015			
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 515	3 652	3 455	3 241	3 906	4 143	4 135	3 433	4 075
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 104	1 158	967	631	1 170	1 212	1 353	575	1 155
Lohnsteuer	Mill. EUR	761	795	523	620	1 041	1 148	593	603	1 090
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	149	156	-	-	461	519	-	-	481
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	157	166	465	4	- 4	- 61	545	- 43	5
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	72	102	26	36	37	68	27	41	73

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2013	2014			2015			
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	32	29	7	8	43	65	7	5	44
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	16	15	0	-	34	56	1	-	37
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	83	66	- 54	- 37	53	- 7	181	- 31	- 57
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 4	6	-	-	65	- 3	-	-	- 41
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 411	2 494	2 488	2 610	2 736	2 931	2 783	2 858	2 920
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	499	542	412	541	570	540	502	575
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 931	1 995	1 946	2 198	2 195	2 361	2 242	2 356	2 344

Zölle

Mill. EUR	184	203	230	233	215	256	253	243	224
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

darunter	Mill. EUR	113	87	82	52	48	55	97	64	65
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	23	22	18	26	24	35	31
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	46	49	59	30	30	29	74	29	34

Landessteuern

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	18	26	20	21	27	16	21	19	23
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	31	32	37	31	28	40	41	39	34
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	13	15	11	11	11	15	12	10
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	1	1	2	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	2	2

Einheit	2013	2014				2015		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.

Gemeindesteuern

Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	4	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	125	130	113	141	144	121	123	139	154
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. EUR	458	445	390	491	430	469	427	523	479
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	15	18	17	17	19	17	17	21	21

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2013	2014				2015			
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Mill. EUR	909	925	593	1 017	919	1 172	672	1 072	1 008
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	379	369	380	425	346	325	412	446
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	348	363	70	391	361	632	110	416
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	37	41	8	39	43	74	5	45

Einheit	2013	2014				2015			
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	851	880	624	619	898	936	822	657
Landessteuern	Mill. EUR	66	75	76	66	69	71	82	73
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	418	442	350	208	452	462	530	185
Lohnsteuer	Mill. EUR	262	277	167	207	390	429	197	199
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	67	71	198	2	- 2	- 26	231	- 18
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	34	48	10	15	18	33	8	18
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	14	13	3	3	19	29	3	2
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	41	33	- 27	- 19	26	- 4	91	- 15
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	344	342	197	284	376	396	209	334
Umsatzsteuer	Mill. EUR	255	252	87	207	271	285	101	251
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	89	90	111	77	105	111	108	82
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	5	-	16	0	2	-	17
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	-	6	0	1	-	6
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	11	-	32	0	4	-	34
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	-	7	0	1	-	7
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 845	1 881	1 768	1 690	1 962	2 078	2 112	1 795
Bundessteuern	Mill. EUR	113	87	82	52	48	55	97	64
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	480	505	408	267	504	520	590	244
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 246	1 285	1 277	1 355	1 410	1 501	1 425	1 469
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	5	-	16	0	2	-	17

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Dezember 2015

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Sterbefälle nach Todesursachen 2013
Kennziffer: A4033 201300

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
am 30. Juni 2014 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: A6013 201400

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Berufsqualifikationsfeststellungsverfahren
2014 – Erhebung nach dem Berufsqualifikations-
feststellungsgesetz
Kennziffer: B2033 201400

Studienanfängerinnen und Studienanfänger im
Wintersemester 2014/15 und Sommersemester 2015
Kennziffer: B3053 201500

Weiterbildung 2014
Kennziffer: B4013 201400

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2015 –
Endgültiges Ergebnis der Bodennutzungshaupt-
erhebung
Kennziffer: C1023 201400

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eierzeugung
im 1. Vierteljahr 2015
Kennziffer: C3053 201541

Rinderbestände und Rinderhaltungen im November
2015
Kennziffer: C3073 201522

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 2015
Kennziffer: C4053 201500

**Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeits-
stätten, Insolvenzen**

Gewerbeanzeigen im Oktober 2015
Kennziffer: D1023 201510

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im Oktober 2015 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50
und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201510

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe im Oktober 2015
Kennziffer: E1033 201510

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im
Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden
2014
Kennziffer: E1063 201400

Bauhauptgewerbe im September 2015 – Vorbereitende
Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201509

Bauhauptgewerbe im Juni 2015 – Vorbereitende Bau-
stellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau – Ergebnisse der
jährlichen Ergänzungserhebung
Kennziffer: E2033 201500

Ausbaugewerbe im 3. Vierteljahr 2015 – Bauinstalla-
tion und sonstiges Baugewerbe – Ergebnisse der vier-
teljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrie-
ben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E3023 201543

Ausbaugewerbe im Juni 2015 – Bauinstallation und
sonstiges Baugewerbe – Ergebnisse der jährlichen
Erhebung bei Betrieben von Unternehmen mit 10 und
mehr Beschäftigten
Kennziffer: E3033 201500

Elektrizitäts- und Wärmezeugung der Kraftwerke der
allgemeinen Versorgung im September 2015
Kennziffer: E4023 201509

Stromabsatz und Erlöse 2014 – Ergebnisse der Jahres-
erhebung bei Elektrizitätsversorgungsunternehmen
Kennziffer: E4053 201400

Gasabsatz und Erlöse 2014 – Ergebnisse der Jahres-
erhebung bei Gasversorgungsunternehmen

Kennziffer: E4063 201400

Energieverwendung des Verarbeitenden Gewerbes sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden 2014

Kennziffer: E4083 201400

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 3. Vierteljahr 2015

Kennziffer: E5023 201543

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2015

Kennziffer: F2033 201510

Wohngeld 2014

Kennziffer: F2043 201400

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im September 2015

Kennziffer: G1023 201509

Aus- und Einfuhr im Oktober 2015

Kennziffer: G3023 201510

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Oktober 2015

Kennziffer: G4023 201510

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Oktober 2015

Kennziffer: H1023 201510

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern am 1. Januar 2015

Kennziffer: H1033 201500

Zulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen sowie Fahrerlaubnisprüfungen 2014

Kennziffer: H1043 201400

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 3. Vierteljahr 2015

Kennziffer: H1073 201543

Binnenschiffahrt im August 2015

Kennziffer: H2023 201508

Sozialleistungen

Ausbildungsförderung 2014

Kennziffer: B3063 201400

Sozialhilfe am 31. Dezember 2014 – Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Empfängerinnen und Empfänger

Kennziffer: K1023 201400

Sozialhilfe 2014 – Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII

Kennziffer: K1033 201400

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31. Dezember 2014

Kennziffer: K1123 201400

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 3. Quartal 2015

Kennziffer: J1033 201543

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 3. Vierteljahr 2015 – Kassenergebnisse

Kennziffer: L2023 201543

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im November 2015

Kennziffer: M1013 201511

Umwelt

Abfallwirtschaft 2013

Kennziffer: Q2023 201300

Bestimmte klimawirksame Stoffe 2014

Kennziffer: Q4013 201400

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im September 2015

Kennziffer: Z1013 201509

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Dezember 2015
Kennziffer: Z2201 201512

Faltblätter:

Bauen und Wohnen 2015
Steuereinnahmen des Landes, der Gemeinden
und Gemeindeverbände 2015

Tourismus aktuell – Tourismus von Januar bis
September 2015

Statistisches Jahrbuch 2015
Kennziffer: Z2101 201500

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätigenrechnung – Arbeitsvolumen in den Län-
dern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014 –
Berechnungsstand: Februar 2015 (Reihe 1, Band 2)
Kennziffer: A6225 201400

Erwerbstätigenrechnung – Standard-Arbeitsvolumen
in den kreisfreien Städten und Landkreisen der
Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2013 – Berech-
nungsstand: August 2014 (Reihe 2, Band 2)
Kennziffer: A6325 201300

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder –
Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse –
Ausgabe 2015 – Ergebnisse der Revision 2014
Kennziffer: P1115 201500

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder –
Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den
kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepu-
blik Deutschland 2000 bis 2013 – Berechnungsstand:
November 2014 (Reihe 2, Band 1)
Kennziffer: P1315 201300

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder –
Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und
Landkreise der Bundesrepublik Deutschland 2000
bis 2013 (Reihe 2, Band 2) – Berechnungsstand:
November 2014
Kennziffer: P1325 201300

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder –
Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien
Städten und Landkreise der Bundesrepublik Deutsch-
land 2000 bis 2013 (Reihe 2, Band 3) – Berech-
nungsstand: November 2014
Kennziffer: P1335 201300

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung.
Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statis-
tischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Beate Bayer
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte